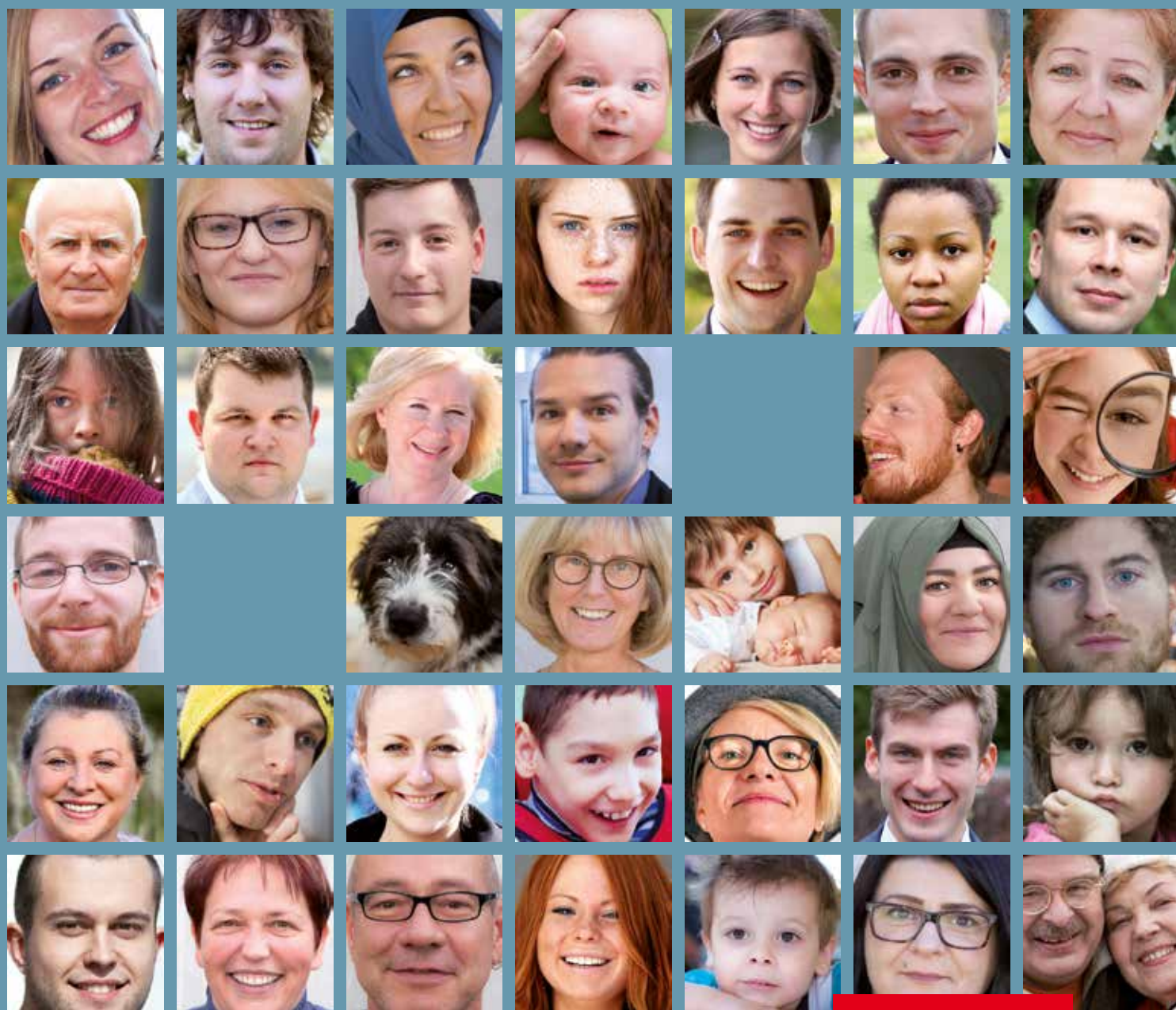


Jahresbericht 2016/2017



Impressum

Herausgeberin

Stadt Nürnberg
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg

Texte

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales; Stab Familie; Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt; Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt; Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt; NürnbergStift; Noris-Arbeit gGmbH (NOA); Jobcenter Nürnberg-Stadt; noris inklusion

Redaktion

Sabrina Havlitschek, Referat für Jugend, Familie und Soziales

Statistisches Material

Stadt Nürnberg: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt, NürnbergStift, Personalamt; Jobcenter Nürnberg-Stadt

Fotos

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stab Familie, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt, NürnbergStift, Noris-Arbeit gGmbH, Jobcenter Nürnberg-Stadt, noris inklusion; Hartmut Knipp, Sascha Duken, Peter Dörfel, Doris Reinecke, Heike Wolff, Norbert Kays, Bob Radek, Caterine Brandt/Sparda-Bank Nürnberg, Jiri Pacourek/Rampe e.V., Lea Uhlenbrock, Karin Behrens, Giulia Iannicelli, Ulrich Matz, Fotolia: Alexander Rath – olezzo – De Visu – detailblick-foto – Michael Heim – dundanim – Budimir Jevtic – auremar – aletia2011 – pavelkubarkov – Yakobchuk Olena – Oksana Kuzmina – Kzenon – Lydia Geissler – Chris Johnson – OlgaLIS – Minerva Studio – guruXOX - Picture-Factory – contrastwerkstatt – Viacheslav Iakobchuk – Brocreative – Photo-graphpee.eu – Gorilla – Laszlo – oobqoo – Andrii Zastrozhnov – carballo

Layout und Satz

HKD-Grafik & Werbung
Hartmut Knipp
Paumgartnerstraße 15
90429 Nürnberg

Druck

noris inklusion gGmbH
Dorfäckerstraße 37
90427 Nürnberg

Inhalt

Reiner Prölß, Referent für Jugend, Familie und Soziales:

Das Internet der Dinge – das Internet der Menschen. Gesellschaftspolitik im digitalen Wandel 3

Die strategischen Leitlinien im Orientierungsrahmen für eine nachhaltige

Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik..... 9

1. Familie stärken, Erziehung unterstützen 9
2. Bildung fördern, früh beginnen 18
3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen 27
4. Beschäftigung ermöglichen 39
5. Armut bekämpfen, Chancen eröffnen 48
6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten 59
7. Bürgerschaftliches Engagement stärken 70
8. Stadt als Lebensraum, Stadtteile sozial nachhaltig entwickeln 77
9. Zuwanderung gestalten, interkulturelle Vielfalt leben 84
10. Geschlechtersensibel handeln, Gleichstellung verwirklichen..... 98

Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich

des Referats für Jugend, Familie und Soziales 106

1. Organisationseinheiten 106
2. Die Fachausschüsse des Stadtrats: Jugendhilfe-, Sozial- und Werkausschuss NürnbergStift 110





Das Internet der Dinge – das Internet der Menschen. Gesellschaftspolitik im digitalen Wandel

„Was man heute als Science Fiction beginnt, wird man morgen vielleicht als Reportage zu Ende schreiben müssen.“ (Norman Mailer, Schriftsteller und Regisseur, 1923-2007)



Reiner Pröb,
Referent für Jugend, Familie und Soziales.

Digitalisierung ist in aller Munde, ist das Modethema der Zeit. Im Vergleich zu vielen Trends wird die Beschäftigung mit dem digitalen Wandel bleiben, denn die Veränderungen, die er mit sich bringt, werden all unsere Lebensbereiche radikal verändern. Dies betrifft selbstverständlich

Arbeitsmarkt und Wirtschaft, aber auch das Bildungswesen, zwischenmenschliche Interaktion, Freizeit u.a. Die Digitalisierung ist in ihrem Veränderungspotenzial mit dem Buchdruck zu vergleichen, der ebenfalls eine disruptive Technologie darstellte, die neben weitreichenden Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt ebenso gesellschaftliche Diskurse radikal veränderte, weil er Informationsbeschaffung und publizistische Aktivität demokratisierte. Der große Unterschied zu damals ist die enorme Geschwindigkeit, mit der sich die Digitalisierung ausbreitet. Der israelische Historiker Yuval Noah Harari glaubt sogar, der Mensch erreiche durch neue Technologien wie Bioengineering, Cyborgs und anorganisches Leben bald die nächste Evolutionsstufe.

Der vorliegende Jahresbericht umfasst die Jahre 2016 und 2017 und ist somit – um bei Norman Mailer zu bleiben – eine Art „Reportage“. Gleichzeitig beschäftigt uns die Digitalisierung aktuell so sehr, dass kaum eine Veröffentlichung

ohne eine Prise „Science Fiction“ auskommt, weshalb die folgenden Seiten einen Ausblick auf das geben, was Schwerpunkte des nächsten Berichts sein könnten.

Bei null fangen wir nicht an – allein in der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik gibt es viele positive Ansätze. So arbeitet das Jugendamt aktuell an einem Kita-Online-Portal, das es für Eltern und die Verwaltung leichter und transparenter machen wird, Kita-Plätze zu vergeben. Mit der „Integreat-App“ für Geflüchtete gehen wir erstmals neue Wege in der Ansprache unserer Zielgruppen. Das NürnbergStift stellt sich in einem Modellprojekt den Chancen und Grenzen der Digitalisierung in der Pflege und hat die elektronische Pflegedokumentation eingeführt. Das Seniorenamt ist seit vielen Jahren Vorreiter darin, ältere Menschen im Umgang mit neuen Medien zu schulen. Doch natürlich wird es nicht allein darum gehen, analoge Prozesse digital aufzusetzen – letztendlich bedeutet Digitalisierung auch, Prozesse und Strukturen ganz neu zu denken. Hier stehen wir noch am Anfang.





Der Arbeitsmarkt zwischen Selbstverwirklichung und Abstellgleis

Der schwedische Ökonom Mårten Blix spricht in seinem Buch „Digitalization, Immigration and the Welfare State“ von einer Dreiecksbeziehung zwischen Digitalisierung, Zuwanderung und dem Sozialstaat. Letzterer gerate durch die beiden anderen Entwicklungen unter massiven Druck. Der Schlüssel zur Integration in die Aufnahmegesellschaft ist Arbeit, doch gerade Berufe für Geringqualifizierte, in denen sich viele Zugewanderte zunächst wiederfinden, sind laut Blix durch die Digitalisierung bedroht. Bleiben diese Menschen dauerhaft arbeitslos, entgehen dem Sozialstaat dringend benötigte Steuereinnahmen – eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Problematik betrifft freilich auch viele Geringqualifizierte ohne Zuwanderungsgeschichte, die einfache Tätigkeiten im Industriesektor ausüben. Deutschland wandelt sich immer mehr zum Dienstleistungs- und Wissensstandort – einfache Tätigkeiten verschwinden jetzt schon. Nürnberg ist mit dem Niedergang der ehemals großen Industriebetriebe AEG und Grundig ein Beispiel von vielen. Andere Stimmen wiederum meinen, dass es auch in der Produktion weiterhin einfache Tätigkeiten geben wird, die lediglich anders ausgestaltet sein werden.

Erste Konfliktlinien zeichnen sich bereits ab: Wenn künftig bestimmte Jobs wegfallen, weil Algorithmen oder Roboter Tätigkeiten effizienter erledigen können, sehen einige die Lösung für die auftretende Arbeitslosigkeit in einem

bedingungslosen Grundeinkommen. Es fußt auf der Idee, dass Arbeitslosigkeit im digitalen Wandel unvermeidbar ist und manche Arbeiten als solche überflüssig werden. Verknüpft sind damit häufig Vorstellungen von Arbeit als Zwang und unangenehmer Beschäftigung. Statt einer Vielzahl von Sozialleistungen und einer komplexen Bürokratie hätte nach dem Modell des bedingungslosen Grundeinkommens jede Bürgerin und jeder Bürger Anspruch auf einen bestimmten monatlichen Betrag, der ohne Bedingungen und Restriktionen und ohne Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs ausgezahlt wird. Ob die Menschen dann zusätzlich arbeiten gehen, sich ehrenamtlich engagieren oder die freie Zeit anders nutzen, bleibt ihnen selbst überlassen.

Ein Modellversuch in Finnland mit 2.000 Arbeitslosen deutet darauf hin, dass Menschen die neue Möglichkeit nutzen, um mit kreativen Tätigkeiten, die auch der Selbstverwirklichung dienen, das Grundeinkommen aufzubessern. Sie erhielten 560 Euro im Monat, was in etwa der dortigen Arbeitslosenhilfe entspricht, allerdings wurden keine Gegenleistungen mehr erwartet und wer das Grundeinkommen mit Arbeit aufbesserte, musste den Lohn nicht mehr auf die Sozialleistung anrechnen lassen. Aber ist das ein wirklich schlauer Weg? Das monatliche Durchschnittseinkommen in Finnland lag laut Angaben der Weltbank 2016 bei rund 3.000 Euro. In Städten wie Helsinki sind Mieten und Lebens-

haltungskosten hoch. Der Modellversuch bezog sich zudem nur auf Arbeitslose und sagt nichts darüber aus, wie sich Menschen verhalten, die bei Einführung des Grundeinkommens bereits Arbeitseinkommen oder Vermögen haben. Aktuell wird das Experiment ausgewertet, Ergebnisse sollen 2019 veröffentlicht werden.

Zudem: Arbeit ist mehr als bloßes Geldverdienen. Die psychosozialen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit sind bestens erforscht – sie führen zu mangelndem Selbstwertgefühl, Antriebslosigkeit, Verlust sozialer Kontakte und Rückzug aus der Gesellschaft. Wie umgehen mit Menschen, die Arbeitslosigkeit gepaart mit Grundeinkommen nicht als Freiheit, sondern als Herabwürdigung verstehen? Und was ist mit jenen, die so gering qualifiziert sind, dass es für sie schlicht keine Jobs mehr gibt, mit denen sie die staatliche Leistung aufbessern können? Eine Gesellschaft, die diese Menschen ausgrenzt, kann keine humane oder inklusive Gesellschaft sein.

Darüber hinaus ist auch die Annahme, Digitalisierung würde Massenarbeitslosigkeit hervorrufen, höchst fraglich. Deutschland ist bereits heute ein stark roboterisiertes Land. Roboter haben das Gesamtvolumen an Arbeitsplätzen jedoch keineswegs reduziert; es entstehen auch neue Formen der Arbeit. Und gerade in Bereichen, in denen die zwischenmenschliche Komponente entscheidend ist – also im gesamten Bereich der Betreu-

ung, Erziehung und Pflege – werden Maschinen und Algorithmen menschliche Fähigkeiten nicht ersetzen können. Denn Empathie, Kreativität, Managementkompetenzen, aber auch solche Skills wie Feinmotorik, können zumindest auf längere Sicht nicht von Robotern erlernt werden.

Anstatt sich also auf ein Vorhaben wie das bedingungslose Grundeinkommen zu stürzen – das im Übrigen noch von niemandem mit einer soliden, machbaren Finanzierung hinterlegt wurde – sollte man sich den Chancen und Herausforderungen widmen, die die Digitalisierung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer birgt. Denn zweifelsohne ergeben sich individuelle Gestaltungspotenziale, die beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen, über flexible Arbeitsorte auch gesundheitlichen oder Belastungsgrenzen von Mitarbeitenden besser gerecht werden oder neue, spannende Fortbildungsformate ermöglichen. Neben einer reinen Flexibilisierung der Arbeitszeit lohnte es sich auch, über Arbeitszeitverkürzungen zu sprechen. Firmen- und Führungskulturen stehen vor einem drastischen Wandel, wenn durch die steigende Flexibilität Vertrauen statt Kontrolle zur Maxime des Führungsverständnisses wird und Mitarbeitende gleichzeitig ihre Selbstmanagement-Kompetenzen weiterentwickeln müssen. Gleichzeitig müssen auch Arbeitgebende eine Haltung entwickeln, die verhindert, dass Beschäftigte rund um die Uhr erreichbar sein sollen.

Fake News, Filter Bubble und Datenschutz – neue Herausforderungen für die Bildung

Ebenso sind die Auswirkungen auf demokratische Prozesse bereits heute sichtbar. Wir sprechen von „Filterblasen“, wenn Nutzerinnen und Nutzern in sozialen Medien nur noch das angezeigt wird, was sie interessiert und sie sich mit gegenteiligen Meinungen gar nicht mehr auseinandersetzen können. Es wird vermutet, dass Hacker versuchten, die US-Wahlen 2016 zu beeinflussen. Und leider zeigt sich, dass viele Menschen gerade im Netz zu wenig unterscheiden können, was aus seriösen Quellen stammt und was nicht.

Hier entsteht eine neue Herausforderung für die Demokratiebildung. Demokratische Prozesse zu verstehen und erleben zu können, ist eine wesentliche Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen ist das Erfahren von Selbstwirksamkeit eine wichtige Ressource. Die Digitalisierung eröffnet neue Spielräume der Beteiligung mit mehr Transparenz und niedrigschwelligen Zugängen.

Wir können jedoch nicht davon ausgehen, dass die junge Generation – obwohl sie quasi „im Netz“ aufwächst – ganz automatisch mit den neuen Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen umgehen kann, echte von „Fake News“ unterscheiden kann oder weiß, wie man die eigenen Daten wirksam schützt.

Die Gesellschaft wird immer komplexer und eine Vielzahl von Lebensentwürfen existiert nebeneinander. Die Geschwindigkeit, mit der sich Gewissheiten ändern, führt zu Unsicherheiten, die sich populistische Akteure zunutze machen. Eine Studie im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung ergab etwa, dass 40% aller Anhängerinnen und Anhänger der AfD häufig Nachrichten über Politik in sozialen Medien lesen. Der „Echoraum“ Internet erzeugt lawinenartig selbstbestätigende Narrative bestimmter Ideologien der jeweiligen Gruppe und lässt keine Hinterfragungen, Konfrontation mit anderen Positionen und damit auch keinen rationalen Diskurs mehr zu. Um das zu erkennen, kommt der Demokratiebildung hier die Schlüsselrolle zu, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dafür zu sensibilisieren, dass es gerade im Netz gegen die Demokratie gerichtete Diskurse gibt, mit denen kritisch und reflektiert umgegangen werden muss. Demokratie ist keine Dienstleistung, sondern muss immer wieder auf's Neue erarbeitet werden.

Demokratiebildung ist dabei keineswegs auf die Kinder- und Jugendarbeit beschränkt. Familie ist der erste Ort, an dem Kinder an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden sollten, in den Kitas und Schulen sowieso bis hin zu Ausbildungsorten und Hochschulen. Im Kontext von Medienbildung kommt der Eltern- und Familienbildung eine wichtige Rolle zu: Eltern sind in ihrem Mediennutzungsverhalten Vorbilder für ihre Kinder, reflektieren aber ihren eigenen Umgang mit Smartphone und Co. bisweilen zu wenig und sind selbst keine Expertinnen und Experten in Bezug auf Algorithmen, Metadaten und Datenschutz. Von großer Besorgnis bis völliger Unbedarftheit ist die Spanne elterlichen Verhaltens riesig: Verletzt es

die Privatsphäre meines Kindes, wenn ich ohne dessen Zustimmung Bilder von ihm auf sozialen Medien veröffentliche? Wem gebe ich wie viel über mein Familienleben preis, wenn ich eine App nutze, die mir maßgeschneiderte Tipps für Erziehung und Beschäftigung mit dem Kind gibt, sie dies aber nur dadurch erreicht, dass sie Metadaten über mein Kind sammelt und mich dazu animiert, im Rahmen eines virtuellen Tagebuchs Fotos und Zeichnungen meines Kindes in die App zu laden?

Auch Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssen sich bewusst werden, dass die Kommunikation mit der eigenen Klientel über soziale Medien problematisch ist. Facebook, Instagram, YouTube sind die Kanäle, über die junge Menschen kommunizieren und sich informieren. Jedoch hilft man mit, Metadaten über die Klientinnen und Klienten zu erzeugen, wenn man diese Kommunikationskanäle nutzt – und es ist nicht klar, wer diese Daten in welcher Form weiterverarbeitet bzw. was in Zukunft mit diesen Informationen möglich sein wird. Gerade für benachteiligte Personengruppen besteht künftig die Gefahr, dass sich Metadatenanalysen negativ für sie auswirken. Das Stichwort hierzu ist „Predictive Policing“ („vorausschauende Polizeiarbeit“), das in den USA bereits im Einsatz ist: Die Polizei versucht dabei, über Metadatenanalysen Risikogruppen und -orte für künftige Verbrechen herauszufiltern. Indikatoren hierfür können Substanzmissbrauch oder familiäre Schwierigkeiten sein.

Metadaten erleichtern die Überwachung und wir alle produzieren jeden Tag, zu jeder Stunde fleißig mit – sei es aus Unwissenheit oder aus Unbedarftheit. Selbst, wer sich komplett aus sozialen Medien heraushält, wer nicht online einkauft, kein Online-Banking macht, entgeht der Überwachungsindustrie nicht, weil es immer genug Bekannte und Verwandte gibt, die ihr Leben bereitwillig im Netz teilen. Hierbei geht es also nicht allein um die Verantwortung für einen selbst, sondern auch um eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Das Sammeln von Metadaten ist deshalb demokratietheoretisch so

bedenklich, weil es hilft, Menschen zu sortieren und zu klassifizieren und sie in unterschiedliche Gruppen einzuteilen, die sich anschließend optimal „verwalten“ lassen.

Verknüpft mit der Frage der Nutzung von Metadaten ist auch das so genannte „Nudging“ (von engl. „to nudge“ = „anstoßen/anstupsen“). Damit gemeint ist die sanfte Beeinflussung menschlichen Verhaltens. Es basiert auf der Tendenz des Menschen, sich „normgerecht“ verhalten zu wollen. Veröffentlicht man, wie viele der Nachbarinnen bzw. Nachbarn bereits ihre Steuerschuld beglichen haben oder wie viel Strom sie verbrauchen, animiert dies dazu, ebenfalls die Steuererklärung bald einzureichen bzw. Energie zu sparen.



Die Rolle demokratischer Aushandlungsprozesse

Das Internet und insbesondere soziale Medien geben Menschen eine Plattform, die keine andere Möglichkeit der Öffentlichkeit oder Veröffentlichung haben. Diese Demokratisierung gesellschaftlicher Diskurse führt gleichzeitig dazu, dass etablierte Medien ihre „Gatekeeper“-Funktion ein Stück weit einbüßen. Zu jeder Weltanschauung und auch zu jeder Verschwörungstheorie finden sich Bestätigungen im Netz. Der Ton wird rauer, Menschen scheuen sich nicht, auch unter Klarnamen andere zu beleidigen, zu verunglimpfen und zu bedrohen. Der Autor Sascha Lobo fragte in einer SPIEGEL-Kolumne angesichts zunehmender Entgleisungen im Netz: „Wie kann man ernsthaft von „Merkel-Diktatur“ sprechen, weil einem zwei Regierungsentscheidungen nicht passen?“ Angesprochen ist damit auch eine Unzufriedenheit mit demokratischen Aushandlungsprozessen, die allerdings nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern angelastet werden kann. Vielmehr gilt es, demokratisch legitimierte Interessensdurchsetzung immer wieder kritisch zu reflektieren und zu beobachten, ob Exklusionsprozesse dazu führen, dass die Belange bestimmter Gruppierungen nicht zum Tragen kommen. Auch die Rolle „konventioneller“ Medien ist zu hinterfragen,

die in ihrer Darstellung politischer Prozesse und Akteure häufig skandalisieren und verkürzen. Zur Wahrheit gehört auch, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland die Interessen junger Menschen aufgrund des bestehenden Wahlrechts unterrepräsentiert sind. Wir sollten unsere jungen Leute ernst nehmen und uns darauf einigen, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken.

Die Digitalisierung wird nur dann eine positive gesellschaftliche Entwicklung nach sich ziehen, wenn nicht Unternehmen, sondern die Politik die Spielregeln festlegt. Momentan entwickeln Unternehmen aus dem Silicon Valley Produkte, die unser Zusammenleben auf drastische Weise ändern – eine Abstimmung über diese Produkte findet nicht statt. Zu spät oder bislang gar nicht reagieren Kommunen auf Plattformen wie AirBnB, die die Wohnungsmärkte touristisch attraktiver Großstädte weiter verengen, oder auf Uber, das etablierte Taxiunternehmen mit teils ruinöser Konkurrenz bedroht. Wir befinden uns in einer neuen Phase des „Raubtierkapitalismus, der die Gesellschaft bedroht“, wie es Altbundeskanzler Helmut Schmidt 2003 angesichts fragwürdigen moralischen Verhaltens von

Großkonzernen formulierte. Der demokratische Souverän müsste über solch lebensverändernde Entwicklungen befinden dürfen. Und am Anfang muss immer die Frage des „Warums“ stehen: Wem nutzt es? Verbessert es das Leben der Menschen? Was sind mögliche Folgen, Risiken und Nebenwirkungen und wie verändert es das Zusammenleben der Menschen und die Gesellschaft? Mit der Frage von Haltung und Werten wird sich bislang viel zu wenig auseinandergesetzt. Letztlich geht es auch weniger um die Medien- oder Digitalkompetenz des Einzelnen, sondern vielmehr um die Frage, wie unser demokratisches System in der digitalisierten Welt funktioniert.

Eine beachtenswerte Initiative in diese Richtung ist die „Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union“.¹ Medienschaffende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Aktive auf verschiedenen politischen Ebenen erarbeiteten einen Vorschlag für eine Digital-Charta für die EU. Kritik äußern die Initiatoren an den „unverbindlichen Debatten um Grundrechte im digitalen Zeitalter“. Festgestellt wird, dass sich durch „neue Formen der Automatisierung, künstliche Intelligenz, Vorhersage und Steuerung menschlichen Verhaltens (Nudging), Massenüberwachung, Robotik und Mensch-Maschine-Vernetzung sowie Machtkonzentration bei privaten Unternehmen“ neue Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben und das Verhältnis zwischen Menschen und sowohl staatlichen als auch privaten Akteuren ergeben würden. In der Charta der digitalen Grundrechte sind zusammengefasst folgende Felder angesprochen:

- Die Freiheit der Information, Kommunikation und Meinungsäußerung, welche ihre Grenzen in der Würde und Unversehrtheit des Menschen findet.
- Die gleichberechtigte Teilhabe in der digitalen Sphäre und die Nicht-Beschränkung der Teilhabe beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen oder dem gesellschaftlichen Leben durch automatisierte Verfahren.
- Enge rechtsstaatliche Grenzen bei der Nutzung und Verarbeitung von Daten. Einhaltung des Datenschutzes. Transparenz und Anonymisierung bei der Nutzung von Big Data.

- Keine Entscheidungen auf Basis von Algorithmen bei ethisch-normativen Fragen.
- Kontrolle und Krisenvorsorge bei Infrastrukturen, die auf künstlicher Intelligenz beruhen.
- Schutz vor Identitätsdiebstahl und -fälschung.
- Bildung, die ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt ermöglicht.
- Arbeit als wichtige Grundlage des Lebensunterhalts und der Selbstverwirklichung. Gestaltung des Strukturwandels nach sozialen Grundsätzen.

Initiativen wie die Digital-Charta sind deshalb so ermutigend, weil sie aufzeigen, wie der digitale Wandel für Mensch und Gesellschaft positiv genutzt werden könnte. Denn zweifelsohne birgt die Digitalisierung riesige Potenziale für Kommunikation, Zusammenleben, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Sie verspricht eine Effizienzsteigerung, die Entlastung von routinemäßigen und gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten, das engere Zusammenwachsen der Weltgemeinschaft und birgt zahlreiche Verheißungen in der Zukunft, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Was viele Menschen momentan verhalten bis skeptisch reagieren lässt, ist die fehlende Regulierung und politische Steuerung des Wandels.

Der digitale Wandel kommt nicht – er ist schon da. Wir müssen ihn gestalten und ihn für uns nutzbar machen. Nicht der Mensch sollte sich der Digitalisierung unterwerfen – die Digitalisierung muss der gesellschaftlichen Weiterentwicklung dienen.

Digitalisierung bedeutet ganz profan auch, Papier einzusparen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und haben die Inhalte des vorliegenden Zweijahresberichts gestrafft. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern stellen die Highlights unserer Arbeit der Jahre 2016 und 2017 vor. Eine anregende Lektüre wünscht



Reiner Pröb

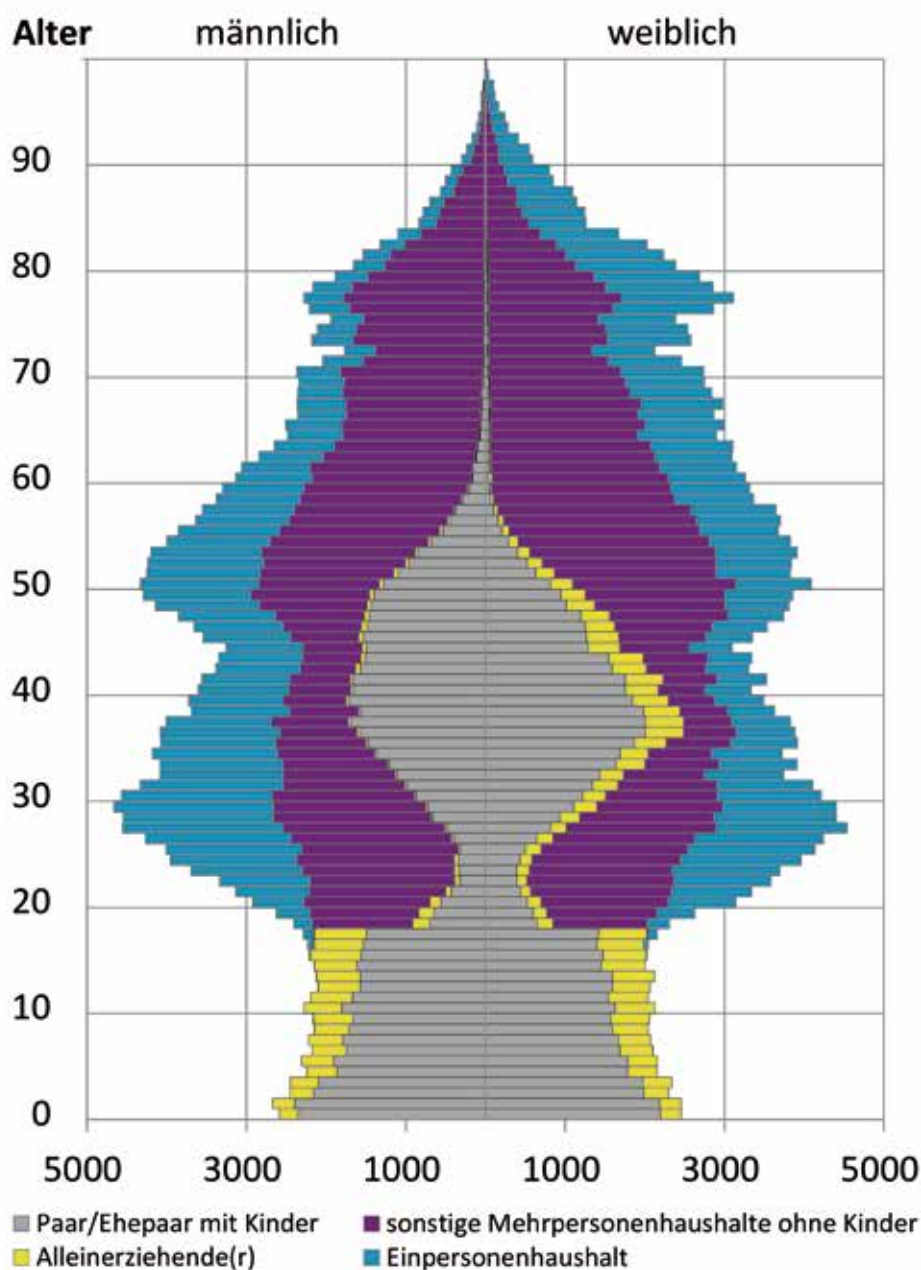
Referent für Jugend, Familie und Soziales

1. Familie stärken, Erziehung unterstützen

Die Lebensbedingungen von Familien so zu gestalten, dass diese ihren Alltag sowie Krisensituationen bestmöglich bewältigen können, hat in der Nürnberger Familienpolitik einen zentralen Stellenwert. Erst ein ausgewogener Mix aus finanziellen Leistungen, niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Prävention sowie einer zielgruppenspezifischen Begleitung und Unterstützung von Familien in schwierigen Lebenssituationen kann der Vielfalt familiärer Lebensformen und unterschiedlicher

Bedarflagen in unserer Stadt gerecht werden. Der Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur zur Kindertages- und Ferienbetreuung, die Schaffung niedrigschwelliger Begegnungsorte und Angebote der Eltern- und Familienbildung, die Unterstützung durch geeignete Beratungs- und Begleitangebote sowie finanzielle und organisatorische Hilfestellung im Alltag wie auch die Gestaltung eines familienfreundlichen Klimas in der Stadtgesellschaft stellen deshalb unsere Handlungsschwerpunkte dar.

Bevölkerung in Privathaushalten 2017 nach Haushaltstypen



Quelle: Einwohnermelderegister, KOSIS Haushaltegenerierung Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.



Kita-Ausbau in Nürnberg – es geht weiter!

Betrachtet man die Entwicklung der Kinderzahlen der jüngsten Vergangenheit sowie der nahen Zukunft, so wird schnell klar, dass der Kita-Ausbau weiter vorangetrieben werden muss. Nürnberg wächst dank steigender Geburten und einer positiven Wanderungsbilanz deutlich stärker und schneller als dies noch vor wenigen Jahren zu erwarten war. Mit über 5.500 geborenen Kindern im Jahr 2016 wurde der letzte Geburtenrekord aufgestellt. Und auch 2017 wurde mit 5.482 Geburten ein hohes Geburtenniveau erreicht. Das sind rund 1.000 Geburten mehr als dies noch im Jahr 2011 der Fall war. Durch den starken Bevölkerungszuwachs in den vergangenen Jahren haben sich die Bedarfsgößen zur Schaffung von Krippen-, Kindergärten- und Hortplätzen deutlich nach oben verändert und unterliegen auch in Zukunft einer dynamischen Entwicklung. Um damit Schritt halten zu können, beschloss der Stadtrat im Juli 2016 den Zeitraum des Investitionsprogramms zum „Ausbau der Nürnberger Kindertageseinrichtungen und Tagespflege“ von 2020 bis 2026 zu verlängern. Es wird angestrebt, bis zum Jahr 2026 für 48% der unter 3-Jährigen, 100% der Kindergartenkinder sowie 60% der Grundschulkinder einen Platz in Kindertageseinrichtungen oder der Tagespflege anbieten zu können.

Um die hoch gesteckten Ausbauziele erreichen zu können, arbeiten das Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau, Einrichtungsträger und Investoren Hand in Hand bei der Suche und Realisierung neuer Standorte und Objekte für Kindertageseinrichtungen. Gemeinsam konnten in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von neuen Plätzen und neuen Einrichtungen in Nürnberg

geschaffen werden. Ende Dezember 2017 standen in der Stadt Nürnberg für

- 36% (= 4.487 Krippen- und 1.046 Tagespflegeplätze) der unter 3-Jährigen,
- für 93% (= 15.077 Plätze) der Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung und
- für 50% (= 7.743 Plätze) der Grundschulkinder Plätze in Kindertageseinrichtungen bzw. der Tagespflege zur Verfügung.

In den Jahren 2016 und 2017 konnten insgesamt 18 neue Kitas an den Start gehen. Gegenüber Ende 2015 wurde der Platzbestand somit um 315 Plätze für Kinder unter drei Jahren, um 197 Plätze für Kindergartenkinder und 844 Plätze für Grundschulkinder in Horten ausgebaut. Es wird jedoch immer schwieriger, beim Ausbau mit der dynamischen Bevölkerungsentwicklung Eins zu Eins Schritt zu halten. Und der Blick auf die Entwicklung der Kinderzahlen in den nächsten Jahren macht deutlich, dass es weiterer großer Anstrengungen bedarf, die stark steigende Nachfrage ausreichend und rechtzeitig bedienen zu können. Lag bislang der Fokus des Kita-Ausbaus auf dem Bereich der Krippen und Horte, muss nun aufgrund der aktuellen und sich rasant veränderten Rahmenbedingungen insbesondere der Ausbau der Platzzahlen im Kindergartenbereich vorangetrieben werden.





Die besondere Herausforderung wird darin bestehen, die wichtigen Ausbauziele für unter 3-Jährige sowie für Grundschulkinder parallel dazu nicht zu vernachlässigen.



Weitere Informationen:

www.kita-ausbau.nuernberg.de

Daten zum Projekt Kita-Ausbau

	2002	2005	2016	2017	Ziel 2026
Plätze in Krippen	235	450	4.330	4.487	~6.200
Plätze in Tagespflege	370	520	1.030	1.046	~1.000
Plätze insg. für <u>unter 3-Jährige</u>	605	970	5.360	5.533	~7.200
Versorgungsquote	4,8%	7,6%	36,0%	36,0%	48,0%
Plätze für <u>3- bis 6-Jährige</u> in Kindergärten/Häusern für Kinder	12.876	13.100	14.892	15.077	~16.600
Versorgungsquote	86,1%	89,1%	95,0%	93,0%	100,0%
Plätze für <u>Grundschulkinder</u> in Kinderhorten/Häusern für Kinder	2.994	3.153	7.375	7.743	~10.800
Versorgungsquote	19,9%	20,8%	48,0%	50,0%	60,0%
	2002	2005	2016	2017	Prognose 2026
Anzahl unter 3-Jähriger	ca. 12.700	ca. 12.750	14.943	15.400	~15.000
Anzahl der 3- bis 6-Jährigen	14.955	ca. 14.700	15.650	16.200	~16.600
Anzahl der Grundschulkinder	15.045	15.136	15.363	15.500	~18.000

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, Stand: 31.12.2017.





Einführung der zentralen Essensversorgung für städtische Kindertageseinrichtungen

Der Auftrag in Kindertageseinrichtungen ist heutzutage äußerst vielschichtig und umfasst neben Aspekten der Bildung, Erziehung und Förderung auch die Sorge für das körperliche Wohlbefinden der Kinder. Dazu gehört unter anderem auch eine adäquate und qualitativ hochwertige Verköstigung in der Mittagszeit. Eine vom Jugendamt durchgeführte Erhebung kam zum Ergebnis, dass zwischenzeitlich in fast allen städtischen Kindertageseinrichtungen Nürnbergs eine Mittagsverpflegung angeboten wird und 85% der Kinder das Angebot annehmen. Bis zum Jahr 2017 lag die Verantwortung für die Bereitstellung, Organisation und Abrechnung der Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen bei der Elternschaft. Zur zukünftigen Sicherstellung eines standardisierten und hochwertigen Angebotes für die Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen fasste der Jugendhilfeausschuss im Dezember 2016 folgenden Beschluss: Die Essensversorgung wird zukünftig zentral vom Jugendamt organisiert und abgerechnet. Zudem sollen zur Entlastung des pädagogischen Personals Hauswirtschaftskräfte eingesetzt werden.

Im Januar 2017 wurde die Essensversorgung für städtische Kindertageseinrichtungen europaweit ausgeschrieben. Nach über zweijähriger Vorbereitung nehmen nun seit September 2017 im Rahmen der stufenweisen Umsetzung des Vorhabens 52 städtische Kindertageseinrichtungen an der zentral organisierten Essensversorgung teil. Das neu entwickelte Verpflegungskonzept orientiert sich an den Standards der

Deutschen Gesellschaft für Ernährung, hat einen Bioanteil von 50% und sieht die verbindliche Teilnahme aller anwesenden Kinder am gemeinsamen Mittagessen vor. Zudem erhalten die Kinder zukünftig tagsüber weitere Zwischenmahlzeiten und in ausgewählten Einrichtungen auch ein regelmäßiges Frühstück.

Seit September 2017 werden täglich rund 4.000 Essensportionen an die teilnehmenden Kindertageseinrichtungen ausgeliefert. Die teilnehmenden Kindergärten und Kinderhorte können vorab aus zwei Gerichten auswählen. Am Ende der Woche geben die Kinder eine Bewertung zur Qualität wie auch zur Quantität ab. Die Rückmeldungen können sich durchaus sehen lassen: Rund 90% der Kinder sind zufrieden mit der Essensqualität und auch die Portionsgrößen werden zu 96% positiv beurteilt. Und auch mit der erwünschten Unterstützung durch Hauswirtschaftskräfte konnte gleich zu Beginn des Kitajahres 2017/2018 begonnen werden, weitere Hauswirtschaftskräfte kommen ab März 2018 hinzu.

Die Umsetzung der zweiten Stufe mit 25 weiteren städtischen Kindertageseinrichtungen ist zum September 2018 vorgesehen. Mit der Einführung der zentral vom Jugendamt organisierten Essensversorgung wurde ein wichtiger Beitrag zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots für städtische Einrichtungen sowie zur gleichberechtigten Teilhabe der Kinder an einer regelmäßigen und qualitativ hochwertigen Mittagessensversorgung auf den Weg gebracht.

Familienbildung

Eltern- und Familienbildung ist eine präventive Leistung zur Förderung der Erziehung in der Familie. Zehn Nürnberger Familienbildungsstellen und das Jugendamt bilden seit 2011 eine Arbeitsgemeinschaft. Der jährlich stattfindende Nürnberger Familienbildungstag war 2016 und 2017 bereits einige Wochen im Voraus ausgebucht. Um den Bekanntheitsgrad zu steigern und das Image der Familienbildung zu verbessern, hat die AG Familienbildung 2017 in Kooperation mit dem Bündnis für Familie und der finanziellen Unterstützung durch die Sparda-Bank eine gemeinsame Öffentlichkeitskampagne durchgeführt, bei der bewusst auf Werbebilder mit „perfekten Familien“ verzichtet und stattdessen mit so genannten Knuddelmonstern gearbeitet wurde, welche die Individualität der Familienmitglieder und die Vielfalt des Familienlebens widerspiegeln. Statt reinen Informationsmaterialien wurde auf einen Mix aus Informationen und Spielspaß gesetzt.

Die Kooperation mit dem Kita-Bereich wurde auf unterschiedlichen Ebenen intensiviert. Das Programm „Eltern- und Familienbildung“ des Jugendamts wurde um eine kompakte Übersicht über die von Kitas buchbaren Angebote der Familienbildungsstellen ergänzt. Im Rahmen einer Themenreihe zur Familienbildung konnte der fachliche Austausch von Fachkräften aus Kitas und Familienbildungsstellen gefördert werden und Kitas konnten bei den Familienbildungsstellen Angebote für Eltern vor Ort in ihren Einrichtungen buchen. Der Stab Familienbildung führte 2016 und 2017 insgesamt zwölf Fortbildungen mit ca. 150 pädagogischen Fachkräften zum Thema Zusammenarbeit mit Eltern durch und vermittelte 117 Elternabende, an denen ca. 1500 Eltern in Kindertageseinrichtungen teilnahmen. Die Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden Schulen konnte insbesondere über das Programm „Familienfreundliche Schule“ erreicht werden: Der Angebotskatalog für die Mitgliedsschulen umfasst eine wachsende Zahl von Angeboten der Familienbildungsstellen.





Aufgrund der hohen Zuzugszahlen geflüchteter Familien in den vergangenen Jahren (vgl. Leitlinie 9) haben die Familienbildungsstellen ihre Angebote zur Unterstützung dieser Familien bei der Erziehung ihrer Kinder sowie zur Information über das hiesige Bildungssystem und die Infrastruktur für Familien ausgebaut. Auch konnten Zugänge in die familienbildenden Regelangebote sowie zu anderen Diensten und Einrichtungen geschaffen werden. Im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Starke Netzwerke Elternbegleitung für geflüchtete Familien“ konnten pädagogische Fachkräfte aus Nürnberger Familienbildungsstellen zu zertifizierten Elternbegleitern bzw. -begleiterinnen ausgebildet werden, die untereinander Kooperationsstrukturen auf- bzw. ausbauen, um gemeinsam neu zugewanderte Familien in Erziehungs- und Bildungsfragen zu begleiten und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Im Nürnberger „Netzwerk Elternbegleitung für geflüchtete Familien“ wurden unter der Koordination der AWO vernetzte Angebote von der AWO, dem Deutschen Kinderschutzbund, der Ev. Familien-Bildungsstätte und dem Treffpunkt e.V. geschaffen.



Im Rahmen des „Bayernweiten Programms zur Förderung der strukturellen Weiterentwicklung institutioneller Familienbildung und von „Familienstützpunkten“ stehen weiterhin an sieben

Familienbildungsstellen Familienstützpunkte als niedrigschwellige Anlauf- und Vermittlungsstellen in allen Erziehungs- und Alltagsfragen zur Verfügung. 2016 haben die Familienstützpunkte insgesamt rund 10.100 Anfragen von Eltern erreicht. Der Stab Familienbildung im Jugendamt hat zusätzlich die Geschäftsführung des Netzwerks Familienbildung der Großstadtjugendämter inne, das 2016 und 2017 regelmäßig getagt und sich intensiv mit fachlichen Fragen auseinandergesetzt hat.



Weitere Informationen:

www.familienbildung.nuernberg.de

Hilfe es brennt – gutes Krisenmanagement bewiesen!

In der Nacht des 7. August 2016 wurde ein Gebäude des Familienzentrums Reutersbrunnenstraße 40, das bisher 80 Hort- und 75 Kindergartenkindern Platz bot, durch einen Brand so schwer beschädigt, dass die weitere Nutzung ausgeschlossen war. In Folge dessen nahm die Task Force „Ausweichquartier Reutersbrunnen“

des Jugendamts ihre Arbeit auf. Dabei wurden die vorhandenen Strukturen und Arbeitsabläufe des Dienstleistungszentrums Kita-Ausbau genutzt, um schnell und auf kurzem Wege eine Lösung für die insgesamt 155 betroffenen Kinder zu finden. Um allen Kindern zu Anfang des Schuljahres wieder einen Betreuungsplatz an-

bieten zu können, begann mit viel jugendamts- und stadtinterner Unterstützung die Suche nach kurzfristigen Ausweichlösungen. Schnell wurde das Jugendamt in seinen eigenen Räumen und im Kinder- und Jugendhilfezentrum Reutersbrunnenstraße fündig. Zum einen wurde kurzerhand die ehemalige Jugendamtskantine für die Nutzung als Kindergarten ertüchtigt. Ab Anfang September zogen hier 40 Kindergartenkinder erstmals in ihre neue Bleibe und nutzten sowohl die ehemalige Kantine als auch Büroräume zum Schlafen und den Innenhof des Jugendamts zum (leisen) Toben. Zum anderen fanden die restlichen 35 Kindergartenkinder in den beiden kommunalen Kindergärten Lortzing- und Dörfelstraße einen temporären Unterschlupf. Auch für die Hortkinder war schnell Ersatz gefunden: Das Kinder- und Jugendhilfezentrum Reutersbrunnenstraße stellte seinen Festsaal für die Betreuung von 40 Kindern zur Verfügung, die anderen Hortkinder konnten die Zentralhorte Ahorn- und Georgstraße nutzen.

Insgesamt wurden 52 Standorte im Stadtgebiet als längerfristige Ausweichoption geprüft, bevor zwei geeignete Objekte gefunden wurden. Ab Mitte April 2017 konnten die Hortkinder ihren neuen Ausweichstandort in der Buchheimerstraße beziehen. Die Kindergartenkinder werden seit Mai 2017 nun täglich mit dem Bus vom

Familienzentrum Reutersbrunnenstraße zu den „neuen“ Kindergartenräumen am Rennweg gefahren.

Für alle Beteiligten war dieser Brand mit großer Verunsicherung, Trauer und auch Fassungslosigkeit verbunden. Auch wenn die Kinder und deren Familien sich relativ schnell und gut mit den veränderten Situation arrangierten, so galt es doch die Trauer über den Verlust der gewohnten Räumlichkeiten und der durch den Brand zerstörten persönlichen Gegenstände und Materialien aufzunehmen und durch Gespräche und beispielsweise Besuche der Brandstätte zu bearbeiten. Zwischenzeitlich haben sich Kinder und Eltern an die neue Situation gewöhnt, und doch können sie die Rückkehr in ihr Familienzentrum kaum erwarten, denn aktuell befindet sich das vom Brand betroffene Gebäude in der Sanierung und soll im Sommer 2018 wieder bezogen werden. Das Team des Familienzentrums hat seit August 2016 viele Herausforderungen und Belastungen meistern müssen. Der Umgang mit den Folgen des Brandes im Familienzentrum Reutersbrunnenstraße zeigt eindrucksvoll, wie engagierte Fachkräfte vor Ort gemeinsam mit der Verwaltung des Jugendamts und anderen Dienststellen der Stadt Nürnberg kreativ, erfolgreich und unkompliziert zusammenarbeiten. Allen Beteiligten hierbei sei herzlich gedankt.

Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes

Der Unterhaltsvorschuss dient der finanziellen Absicherung von Alleinerziehenden und deren Kindern, die zu wenig oder keinen Unterhalt vom anderen Elternteil erhalten. Mitte August 2017 ist rückwirkend zum 01.07.2017 eine Gesetzesänderung des Unterhaltsvorschussgesetzes in Kraft getreten. Seitdem können Kinder statt bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres nun bis zur Volljährigkeit Unterhaltsvorschuss erhalten, außerdem ist die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten weggefallen. Aufgrund der geänderten Anspruchsvoraussetzungen wurden seit dem Sommer 2017 so viele Anträge gestellt, dass sich zum Jahresende die Antragszahl im Jahr 2017 im Vergleich zu den Vorjahren fast

verdreifacht hat. Um diese Antragsflut für die Alleinerziehenden möglichst gut zu bewältigen wurde in der Unterhaltsvorschussstelle kurzfristig ein Antragszentrum zur Entgegennahme und Registrierung der Anträge geschaffen. Hierfür wurden mit großer jugendamtsinterner Unterstützung die Räumlichkeiten der ehemaligen Jugendamtskantine zum Großraumbüro umfunktioniert und dank stadtinterner Unterstützung neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Das Antragszentrum konnte zum 03.07.2017 in Betrieb genommen werden.

Durch das große Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterhaltsvorschuss-

stelle ist es gelungen, die neuen Kolleginnen und Kollegen einzuarbeiten, die Antragsentgegennahme geordnet durchzuführen und dennoch den Leistungsbezug für die laufenden Unterhaltsvorschussempfangenden sicher zu stellen. Seit Ende August 2017 werden bereits Anträge für die Gesetzesänderung entschieden und Leistungen ausbezahlt. Dennoch haben sich aufgrund der hohen Antragszahlen Rückstände

in der Bearbeitung gebildet. An deren Aufarbeitung arbeitet die Unterhaltsvorschussstelle mit Hochdruck.



Weitere Informationen:

www.unterhaltsvorschuss.nuernberg.de

Bündnis für Familie



Im guten Miteinander von Verbänden, Behörden, Unternehmen, Schulen, Kitas, Initiativen und vielen mehr liegt eine Kraft, die schon viele gute Ideen befördern konnte: Im Bündnis für Familie sind mittlerweile rund 270 Partner unterwegs, um Nürnberg familienfreundlich weiter zu entwickeln. Highlights aus den Jahren 2016 und 2017 waren:

- Der Zweite Nürnberger Familienbericht, der 2016 erschien und seinen Schwerpunkt auf „Behinderung und psychische Erkrankung in der Familie“ hatte.
- Das Offene Forum Familie widmete sich 2016 dem Thema „Erziehungspartnerschaften“ und 2017 der Stärkung armer Kinder und ihrer Familie.
- Hervorzuheben sind die öffentlichkeitswirksamen jährlicher Kampagnen – 2016 zur Werbung für Familienbildung in Nürnberg, 2017 zu den wichtigsten Inhalten der UN-Kinderrechtskonvention.

Fortbildungen für „Betriebliche Pflegelotsen“ bot das Bündnis für Familie in den Jahren 2016 und 2017 in Nürnberg an, um Beschäftigten und Unternehmen ein praktikables Angebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu machen: Betriebliche Pflegelotsinnen und -lotsen werden – unter dem Dach der „In-





initiative Familienbewusste Personalpolitik“ – in drei Halbtagschulungen „fit“ gemacht für eine kollegiale Erstberatung im Betrieb oder in der Behörde. Eine wachsende Zahl von Berufstätigen steht vor der Situation, sich von einem Tag auf den anderen mit der Pflege von Angehörigen beschäftigen zu müssen. Ein Gespräch mit dem Betrieblichen Pflegelotsen kann wertvolle Hilfestellung leisten, um besser mit der Situation umzugehen und zu wissen, wo professionelle Beratung und Unterstützung geholt werden kann. Die „Pflegelotsen-Kurse“ werden durchgeführt von der Rummelsberger Diakonie, unter Einbeziehung des Pflegestützpunktes (vgl. Leitlinie 6). Ende 2017 gab es bereits insgesamt 105 Betriebliche Pflegelotsen im Großraum Nürnberg.



Weitere Informationen:

www.bff-nbg.de



2. Bildung fördern, früh beginnen

Frühzeitige Förderung, Bildung und Erziehung haben eine wichtige Schutz- und Investitionsfunktion für die nachwachsenden Generationen in unserer Gesellschaft. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die erfolgreiche Bewältigung kindlicher Entwicklungsprozesse, schulischer Bildungswege und sozialer Teilhabe. Frühe Hilfen unterstützen und begleiten junge Familien in den Startjahren und schützen Kinder, wenn junge Eltern mit ihrer neuen Rolle überfordert sein sollten. Kindertageseinrichtungen übernehmen einen wichtigen Bildungsauftrag und stellen zentrale Erfahrungs- und Lernorte für Kinder außerhalb der Familien dar. Vor allem Kinder bildungsferner Eltern und aus zugewanderten Familien profitieren von einer möglichst frühen Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen.

Wir wissen auch, dass Kinder dann optimal aufwachsen, wenn ihre Eltern auch deren Entwicklung und Bildung aktiv und gestaltend begleiten können. Gute Elternkooperation und -beteiligung ist daher ein Kernthema für alle außerfamiliären Bildungsorte. Kindertageseinrichtungen, Tagespflegestellen, Familienzentren und „Kitas als Orte für Familien“ oder die

„Familienfreundliche Schule“ sind wichtige Orte zur Stärkung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern. Eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft ist die Gestaltung ganztägiger Bildung im Zusammenspiel von Familien, Jugendhilfe und Schule sowie Modelle der Zusammenarbeit, die auch die Neuausrichtung der bayerischen Schulpolitik im Hinblick auf die Ganztagschule berücksichtigen.

Insbesondere durch die Einführung der „Offenen Ganztagschule“ in der Grundschule und dem ab 2025 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter eröffnen sich neue Optionen zur Gestaltung der Ganztagsbildung unter gemeinschaftlicher Beteiligung von Schule und Jugendhilfe. Mit den bereits etablierten Kooperationsstrukturen zur Unterstützung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule, den Hortklassen sowie dem erfolgreichen Start des Modellprojekts zur Integrierten Ganztagsbildung an der Michael-Ende-Grundschule in St. Leonhard konnten in der jüngsten Vergangenheit schon wichtige Grundsteine für mehr Bildungsteilhabe und bessere Bildungschancen gelegt werden.

Qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung

Im Jahr 2007 hat die Stadt Nürnberg ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur qualitativen Weiterentwicklung der Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen auf den Weg gebracht. Die Schwerpunktthemen und Ziele für die Jahre 2014 bis 2018 wurden im Jugendhilfeausschuss am 26. September 2013 beschlossen und befinden sich noch in der Umsetzung. Ein Schwerpunkt stellt die Verbesserung der Personalausstattung und Rahmenbedingungen zur Sicherung der Qualität in Kindertageseinrichtungen dar. Zu nennen sind hier exemplarisch die geschaffenen Fachstellen zur Weiterentwicklung der Tagesbetreuung,

zur Fachberatung freier Träger sowie für pädagogische Qualitätsbegleitung in Kitas und bei Trägern, zur Weiterentwicklung der Ferienbetreuung oder zum Betrieb der Servicestelle Kitaplatz. Zur Förderung des Einsatzes von Fachkräften bzw. Erzieherinnen und Erziehern konnten Kindergärten (wie auch Horte) zudem Mittel für zusätzliche Fachkräfte beantragen. Mit mehr Erzieherinnen und Erziehern statt Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern können die Bildungs- und Erziehungsprozesse fachlich besser umgesetzt werden. Dies war möglich für Einrichtungen, die einen hohen Migrationsanteil aufwiesen, bei denen viele Elternbeiträge

durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen werden und deren Einrichtung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf liegen.



Ein weiterer Schwerpunkt war und ist die Förderung von „Kitas als Orte für Familien“ und als „Familienzentrum“. Die Förderung besteht zum einen aus der Verbesserung des Anstellungsschlüssels von 1:10,5 auf 1:10, zum zweiten aus der (Teil-)Freistellung der Leitung und zum dritten aus Projektmitteln zur Finanzierung niedrigschwelliger Angebote zur Förderung von Kindern und alltagsintegrierter

Eltern- und Familienbildung. Darüber konnten im Bereich der „Kitaförderung plus“ Einrichtungen freier Träger in Nürnberger Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, wie zum Beispiel in der Südstadt oder Schweinau, zusätzlich finanziell gefördert und unterstützt werden. Im Mittelpunkt standen auch zahlreiche Projekte und Maßnahmen mit dem Fokus „Bildung“, insbesondere zur Förderung der Sprach-, Medien- und Gesundheitskompetenz.



Weiterhin gab es einen gesonderten Bereich zur Krippenförderung. Hier können unterschiedliche Formen von Elternbeteiligung, Beratung und Unterstützung durch verschiedenste Maßnahmen, Kurse und Angebotsformen, aber auch durch themenbezogene Fortbildungen und Beratungen für Teams und Eltern erprobt und umgesetzt werden. Pro Einrichtung können jährlich 2.500 Euro Förderung beantragt werden. Im Bereich der Qualifizierungsförderungen erhalten pädagogische Ergänzungskräfte, die sich zu Fachkräften ausbilden lassen, bis zu 2.000 Euro Förderung. Dazu muss es sich um eine Beschäftigte bzw. einen Beschäftigten in einer Nürnberger Einrichtung handeln, die Zusage einer Qualifizierungsmaßnahme vorliegen und mindestens eine Eigenbeteiligung von 500 Euro erfolgen.

Brücken bauen in frühe Bildung



Nürnberg beteiligt sich trägerübergreifend am Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das

Programm richtet sich an Eltern und Kinder, die bisher nur unzureichend von der Kindertagesbetreuung erreicht werden. Dies können Familien sein, die von Armut, Bildungsbenachteiligung, mangelnden Sprachkenntnissen oder stark belasteten Sozial- und Wohnräumen betroffen sind. Hierzu können auch Familien mit Fluchterfahrung zählen.

Im Zeitraum von 2017 bis 2020 fördert das Programm niedrigschwellige Angebote, die helfen, den Weg ins

Regelangebot der Kita oder der Kindertagespflege zu ebnen und so die Bildungsteilhabe der Kinder und ihrer Familien zu erhöhen. Die Stadt Nürnberg hat die Umsetzung des Programms mit zwei Bausteinen konzipiert:

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

- **Modellregion Stadtteil Bleiweiß:** Die erste Nürnberger Kita als Familienzentrum entstand im Stadtteil Bleiweiß. Dort wurden Strukturen entwickelt, um Familien in besonderen Lebenslagen besser zu erreichen.



Darauf aufbauend werden durch das Programm „Kita-Einstieg“ neue Wege eruiert, um die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln und zu verstetigen. Eine Übergangsbegleiterin bzw. ein Übergangsbegleiter konzipiert zielgruppenspezifische Angebote, wie Eltern-Kind-Gruppen und Begleitung der Familien auf der Suche nach einem geeigneten Betreuungsplatz und vertieft außerdem die Vernetzungsarbeit im Sozialraum mit Kooperationspartnerschaften.

- **Gruppenangebote in Anker-Kitas:** In Nürnberger Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf bieten sogenannte „Anker-Kitas“ in städtischer und freier Trägerschaft niedrigschwellige Angebote für Eltern mit Kindern unter drei Jahren, die noch keinen Betreuungsplatz haben. Übergangsbegleiterinnen und -begleiter führen dort regelmäßig Eltern-Kind-Gruppen durch. Hier erhalten Eltern einen Einblick in das System der Kindertagesbetreuung und werden über die Möglichkeiten der frühen Bildung informiert. Diese Gruppen

bereiten Eltern und Kinder auf den Kita-Alltag vor und geben ihnen die Möglichkeit, Kontakt zu anderen Familien aufzunehmen. Die initiierten Gruppenangebote unterstützen die Familien beim Erwerb der notwendigen Kompetenzen zur Bewältigung des Übergangs von der Familie in die Kita. Unter pädagogischer Anleitung erhalten die Kinder zudem Impulse und Anregungen für den Erwerb ihrer Mutter- und Zweitsprache.

Am Programm beteiligen sich die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e.V. (AWO), die Diakonie Neuendettelsau, die Gesamtkatholische Kirchengemeinde Nürnberg (GKG) und das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit Nürnberg (ISKA).



Weitere Informationen:

www.fruehe-chancen.de/kita-einstieg

Maßnahmen für geflüchtete Kinder in Kitas

Viele Kinder mit Fluchterfahrungen sind in den vergangenen zwei Jahren in den Nürnberger Kindertageseinrichtungen neu hinzugekommen. Das Einleben und die Integration der Kinder und deren Familien gestaltete sich sehr unterschiedlich, häufig waren die fremde Sprache, die mit der Flucht verbundenen Erfahrungen oder auch der bisher wenig bekannte kulturelle Hintergrund eine Herausforderung für die Be-

teiligten. Zur Unterstützung für die Fachkräfte vor Ort wurden Fortbildungen, Fachgespräche sowie Teamcoachings im Kontext der Fluchttematik angeboten. Zusätzlich entwickelten die Einrichtungen eigene Angebote und Projekte, um die Familien willkommen zu heißen, ein rasches Kennenlernen des Kita-Alltags zu ermöglichen oder Begegnungen zwischen den Familien der Kita zu fördern.



Das Jugendamt konzipierte für die eigenen städtischen Einrichtungen ein Nachschlagewerk „Wer weiß was?“ mit wichtigen Informationen zur Unterstützung für die Zusammenarbeit mit geflüchteten Familien. Dieses Nachschlagewerk wie auch andere Projekte wurden mit Mitteln des Freistaats Bayern gefördert. Mithilfe von Fördermitteln der Zukunftsstiftung Sparkasse konnten im Jahr 2017 die ursprünglich vom Jugendamt entwickelten Angebote „Schultüte“ und „Mama/Papa lernen Deutsch in der Kita“ wiederbelebt und neu umgesetzt werden (vgl. Leitlinie 9). Die bestehenden Angebote wurden für die Bedarfe von Familien mit Fluchterfahrung und zugezogenen Familien mit Migrationshintergrund modifiziert und angepasst, mit dem Ziel, die zugewanderten Familien in Nürnberg bei ihrer Integration in der Kita zu unterstützen. Das Format „Mama/Papa lernen Deutsch in der Kita“ beinhaltet weniger einen klassischen Deutschkurs, sondern hat als Schwerpunkt ein Kennenlernen der deutschen Sprache und Kultur sowie Unterstützung beim Kontakte knüpfen mit anderen Müttern und Vätern und Ankommen bzw. Wohlfühlen im Stadtteil. Als Kooperationspartner konnte die Stiftung Sozialidee gGmbH gewonnen werden, sowohl was die Projektdurchführung als auch die Organisation und fachliche Begleitung betreffen. Die acht Kurseinheiten, komprimiert auf vier Termine, wurden jeweils im Tandem umgesetzt. Auch in diesem Projekt hatte die Mehrheit der sieben Referentinnen Migrationshintergrund und Erfahrung im Unterrichten, z.B. als Leitung ehrenamtlicher Deutschkurse. Teilgenommen haben acht Kitas im Zeitraum von Mai bis Juli 2017.

Aufgrund eher kleiner Gruppen entstand für die Eltern ein intensives Lernklima. Dadurch konnte sehr individuell auf bestimmte Alltagsthemen eingegangen werden, z.B. Erziehungsfragen, Freizeitgestaltung, Behördengänge. Sowohl die teilnehmenden Familien als auch die Referentinnen äußerten abschließend den Wunsch, bei einer Neuauflage die Anzahl der Kurstermine auszudehnen, damit die teilnehmenden Eltern noch mehr profitieren können.

Das Format „Schultüte“ richtet sich an Eltern(teile) mit ihren Vorschulkindern zur Vorbereitung auf die Schule und wichtigen Informationen zum deutschen Schulsystem. Der Kurs setzt sich aus drei Einheiten zusammen, die in der Kita stattfinden. Die Vorschul Kinder wurden aktiv mit einbezogen. Als Kooperationspartnerin konnte die AWO Kreisverband Nürnberg gewonnen werden, sowohl für die Koordination bzw. fachliche Begleitung als auch für die Durchführung mithilfe von acht Referentinnen. Die bei der AWO beschäftigten Referentinnen sind mit dem Thema Integration gut vertraut, weil sie alle selbst nach Deutschland zugewandert sind und als Muttersprache Türkisch oder Arabisch sprechen, teilweise auch noch eine andere Fremdsprache. Der Referententätigkeit ging eine Schulung in Bezug auf die Inhalte voraus. Im Jahr 2017 haben neun Nürnberger Kitas das Angebote Schultüte in ihrer Einrichtung angeboten und erfolgreich durchgeführt, jeweils eine Kita-Fachkraft war bei der Durchführung mit beteiligt.



Zwischenzeitlich wurden die beiden Angebote nach dem ersten Durchlauf nochmals überarbeitet und sollen im Jahr 2018 wieder in weiteren Nürnberger Kindertageseinrichtungen umgesetzt werden. Auch wenn die Angebote sicherlich nur einen kleinen Beitrag zu Integration der zugewanderten Familien leisten können, so sind sie doch wichtig zur Informationsvermittlung und zur Förderung von persönlichen Begegnungen und des kulturellen Austausches.



Akzeptanzstudie zum Bildungs- und Teilhabepaket

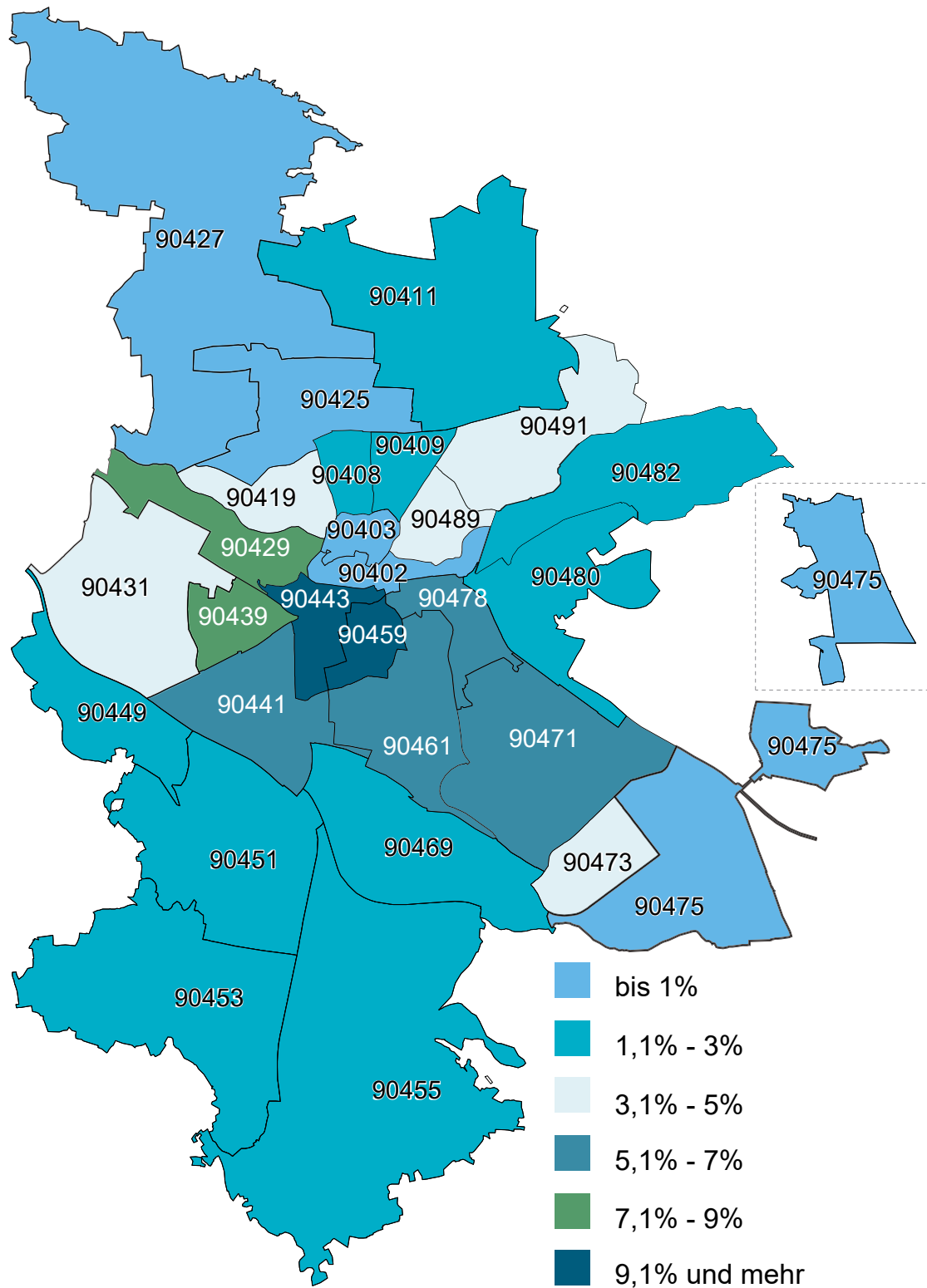
2014 gab das Sozialamt eine Studie zur Akzeptanz der Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) in Auftrag, deren Ergebnisse im Jahr 2016 veröffentlicht wurden. Befragt wurden Eltern von BuT-berechtigten Kindern, ergänzend wurden Experteninterviews durchgeführt. Zielsetzung der Studie war es, die Akzeptanz der Leistungen zu analysieren und herauszufinden, wie die Akzeptanz noch gesteigert werden kann. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind:

- Knapp 25% aller Kinder und Jugendlichen in Nürnberg sind BuT-berechtigt. Das entspricht etwa 18.000 Minderjährigen. Für drei von vier Berechtigten werden Anträge gestellt.
- Die befragten Familien beziehen in großer Mehrheit Grundsicherung für Arbeitsuchende. Wohngeld und Kinderzuschlag sind ebenfalls nennenswert vertreten.
- Nahezu drei von vier Familien haben einen Migrationshintergrund, vorwiegend aus Staaten der ehemaligen UdSSR oder Osteuropa.
- Hauptschul-, ausländische Schulabschlüsse und die mittlere Reife haben die meisten Eltern, etwa die Hälfte eine abgeschlossene Berufsausbildung und etwa ein Drittel keine Berufsausbildung.
- Die erfassten Kinder und Jugendlichen sind am häufigsten sieben bis zehn Jahre alt, ca. 40% sind im Alter von null bis sechs Jahren und besuchen mehrheitlich eine Kindertageseinrichtung.

- Ca. 80% der Befragten kennen die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets. In den meisten Fällen haben sie davon über persönliche Kontakte oder Einrichtungen wie Kitas erfahren. Kennen Eltern das BuT-Paket, so stellen sie zu 90% auch einen Antrag. Die meisten Eltern haben ihre Gutscheine noch nicht vollständig eingelöst. Dies liegt an fehlenden Gelegenheiten, weil z.B. eine Klassenfahrt noch nicht stattgefunden hat. Stigmatisierungsängste spielen kaum eine Rolle.
- Die große Mehrheit der BuT-berechtigten Kinder und Jugendlichen besucht weder Vereine noch Gruppen, Kurse oder Workshops. Entsprechend gering ist die Einlösung von Gutscheinen in diesem Bereich. Gründe sind mangelnde Information und fehlendes Interesse.

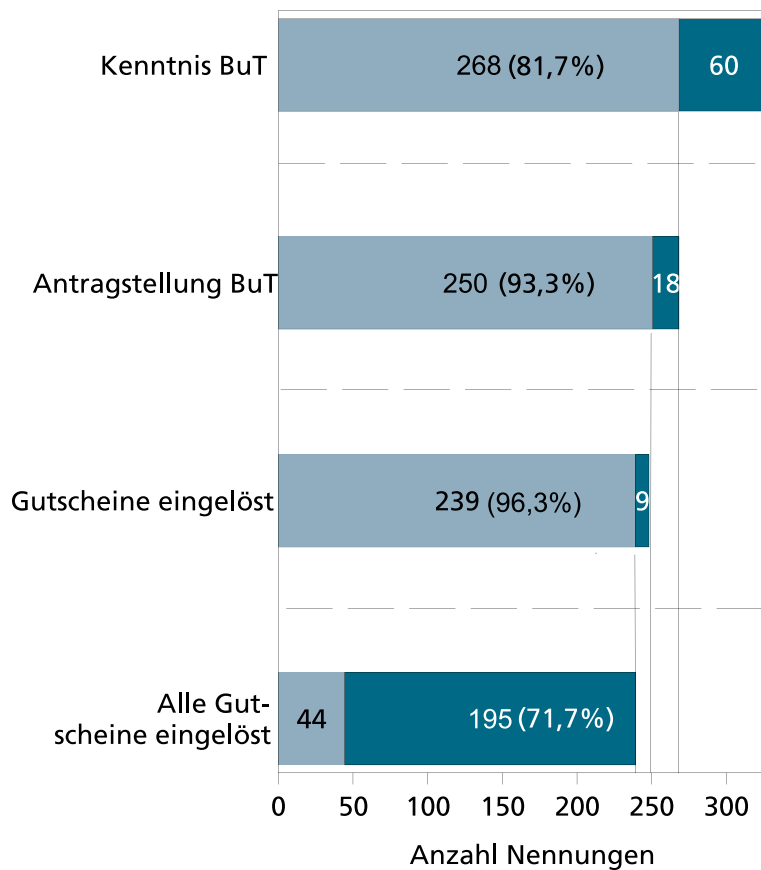


Prozentuale Anteile der BuT-berechtigten Kinder und Jugendlichen in Wohngebieten nach Postleitzahlen an allen BuT-Berechtigten Kindern und Jugendlichen (Stand: Ende Januar 2015)



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Das Bildungs- und Teilhabepaket in Nürnberg – Eine Akzeptanzstudie, Erscheinungsdatum: Mai 2016.

Kenntnis BuT, Antragstellung und Einlösen von Gutscheinen



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Das Bildungs- und Teilhabepaket in Nürnberg – Eine Akzeptanzstudie, Erscheinungsdatum: Mai 2016.



Basierend auf den Ergebnissen der Studie leiten die Autorinnen und Autoren diverse Handlungsempfehlungen für die Verwaltung ab. Nachdem die Information meist über persönliche Kontakte und weniger über Informationsmaterial und Medien erfolgt, ist die kontinuierliche Sensibilisierung von Fachkräften in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie Anlaufstellen für Eltern besonders wichtig. Ebenfalls Erwähnung findet die noch konsequenter Anwendung von fremdsprachigen Informationen. Das Dienstleistungszentrum Bildung und Teilhabe, in dem die Leistungen beantragt werden, wird überwiegend gut bewertet, dennoch äußerten die

Befragten Verbesserungspotenzial, z.B. in Form von längeren Öffnungszeiten für Berufstätige, kürzere Wartezeiten mit Anzeigesystem der voraussichtlichen Wartezeit oder ein weiterer Standort in der Nordstadt. Die Studie empfiehlt zudem die Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialamt/studie.html



Einmalig in Bayern: Integrierte Ganztagsbildung im Stadtteil St. Leonhard



Nach über sechsjähriger Planungszeit und etwa zweijähriger Bauzeit nahm im September 2016 die Michael-Ende-Schule mit dem bayernweit einmaligen Modellkonzept der Integrierten

Ganztagsbildung den Betrieb auf. Der Neubau der fünfzügigen Grundschule mit integriertem Hort für rund 400 Grundschulkinder hat nicht nur die Raumnot im ursprünglichen Schulgebäude beendet, sondern auch das erklärte Ziel der Stadt Nürnberg eingelöst, im Stadtteil St. Leonhard mit seinen sozial- und bildungspolitisch herausfordernden Rahmenbedingungen eine pädagogisch qualitätvolle Ganztagsbildung in Kooperation von Ganztagschule und Jugendhilfe in verzahnter und abgestimmter Form umzusetzen. Der gesamte Planungs- und Bauprozess wurde ab Juli 2011 von einer Planungsgruppe begleitet, mit Vertreterinnen und Vertretern

des Staatlichen Schulamts, des Jugendamts, des Sozialreferats, der Kommunalen Schulverwaltung, der Stadtteilkoordination, der Regierung von Mittelfranken und des Kulturreferats, koordiniert durch das Institut für Pädagogik und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg.

Durch die architektonische Verzahnung von Schule und Hort ist es möglich, dass Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal intensiv zusammenarbeiten können. Pädagogische Fachkräfte kommen mit in den Unterricht, Lehrkräfte beteiligen sich an Angeboten während freier Erholungs- und Spielzeiten, die morgendliche „Ankommphase“ der Kinder und die Studierzeiten werden gemeinsam von Fach- und Lehrkräften vorbereitet und betreut. Der Tagesablauf ist rhythmisiert, d. h. Phasen mit Unterricht und konzentriertem Lernen, künstlerische, musische und sportliche Aktivitäten, aber auch Pausen mit Freizeitgestaltung wechseln sich über den Tag ab. Die gesamte Entwicklung des Kindes





wird mit diesem Konzept durch multiprofessionale Teams begleitet und unterstützt. Die Verknüpfung von formalen und nichtformalen Bildungsinhalten stellt hierbei eine große Bereicherung sowohl für die Kinder als auch für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte dar. In schulischen Kontexten können Fachkräfte methodisch-didaktische Herangehensweisen beobachten, in außerschulischen Kontexten lernen Lehrkräfte beispielsweise Verknüpfungsaspekte für die Umsetzung des Lernstoffes einzubeziehen.

Die Stadt Nürnberg und das Staatliche Schulamt gehen mit diesem Konzept im bildungspolitischen Bereich neue und innovative Wege. Dabei soll das oberste Ziel sein, dass Lehrende, pädagogische Fachkräfte, Schülerinnen und Schüler, sowie deren Eltern die Michael-Ende-Schule

als einen Ort des gemeinsamen Lernens, des Wohlfühlens und des gewinnbringenden Miteinanders erleben und schätzen. Durch die eng verzahnte Zusammenarbeit von Ganztagschule und Hort wird dies erreicht. Die Nachfrage seitens der Eltern nach dem neuen integrierten Schulangebot ist hoch. So besuchen im Schuljahr 2017/2018 bereits 251 von insgesamt 429 Kindern das integrierte Ganztagsangebot, die restlichen Kinder gehen dort in Halbtagschule. Im neuen Schuljahr 2018/2019 werden voraussichtlich weitere 50 Kinder hinzukommen.



Weitere Informationen:

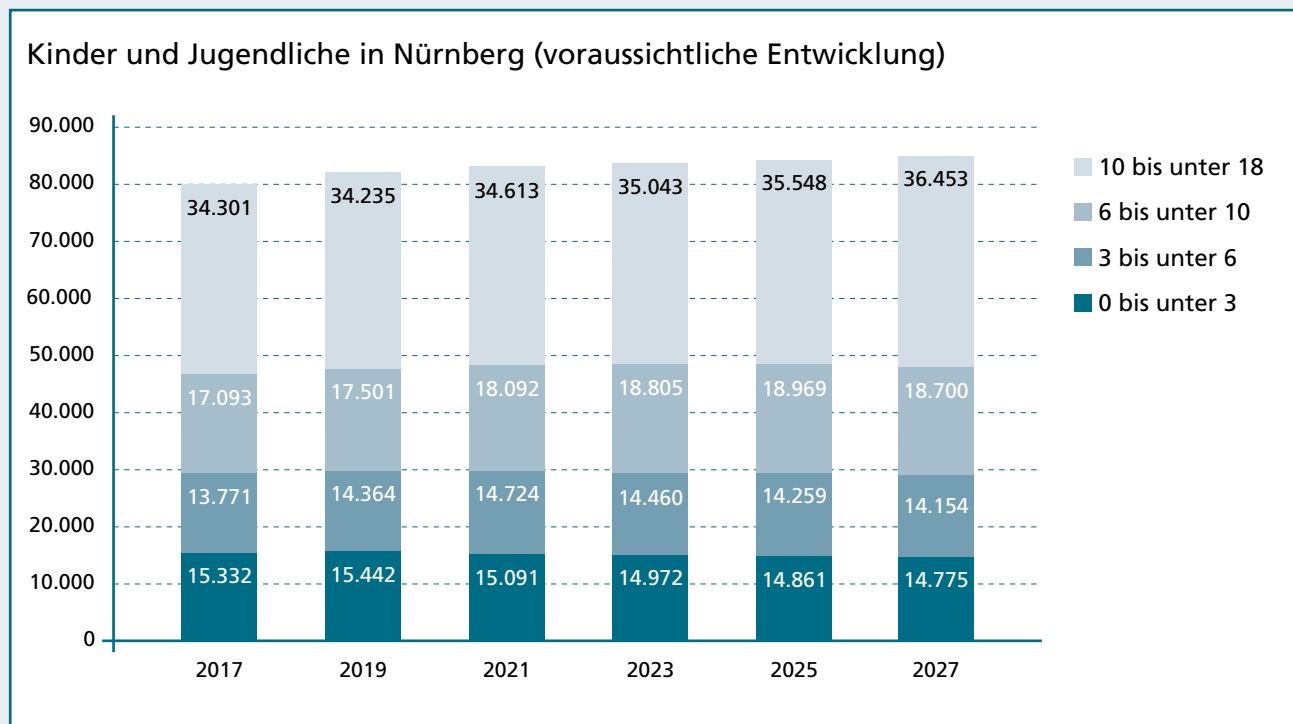
www.nuernberg.de/internet/ganzleo



3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) tragen wir zur Durchsetzung ihrer Rechte bei: sowohl auf Förderung ihrer individuellen und sozialen Entwicklung als auch auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Wir wollen sie stärken und schützen. Dafür nehmen wir unsere gesetzliche Verantwortung durch systematische Planung,

Steuerung und Beteiligung wahr und treten in den relevanten Lebensbereichen für Bedürfnisse und Interessen junger Menschen ein – auch in Handlungs- und Aufgabenfeldern außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. Wir wollen dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien in Nürnberg sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.



Quelle: Melderegister der Stadt Nürnberg; Ausgangsbestand: Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.2016 (ohne Flüchtlinge in großen Unterkünften); Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2017.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Stadt Nürnberg betrieb im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2017 insgesamt 49 Einrichtungen, davon 15 pädagogisch betreute Aktivspielplätze (überwiegend in freier Trägerschaft), 16 Kinder- und Jugendhäuser mit dem Jugendbüro Altstadt, neun Jugendtreffs, City-Streetwork, den Jugendclub Diana, die Streetwork-Projekte Vogelherd und Schniegling, die Mobile Jugendarbeit, sowie die Spielmobile

„Mobbl“ und „Ratz“ mit dem „Äktschnbus“ und seit September 2017 das Stadtteilhaus FiSch.

Im Jahr 2017 wurden in den kommunalen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (ohne Aktivspielplätze) an insgesamt knapp 8.000 Nutzungstagen im Jahr 450.000 Nutzerinnen und Nutzer gezählt (42% davon weiblich und 58% männlich). Der Anteil der



jungen Menschen mit Migrationshintergrund lag bei durchschnittlich 66%, womit sich in etwa der Anteil an der jeweiligen Altersgruppe im Quartier widerspiegelt. Zu den Schwerpunkten 2016/2017 in den Kinder- und Jugendhäusern und Jugendtreffs gehörten:

- der Auf- und Ausbau von Angeboten für geflüchtete junge Menschen: von allgemeinen Informationen zu Land, Kultur, Stadt, Stadtteil über Hilfen zum Alltag hin zur Integration in die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit;
- der Baubeginn des neuen Kinder- und Jugendhauses Pastorius in Gleißhammer, dessen Fertigstellung und Inbetriebnahme für die zweite Jahreshälfte 2018 geplant ist;
- der neu angebaute Jugendraum des Streetwork-Projektes in Schniegling im Stadtteilhaus FiSch (2016). Die Maßnahme wurde im Zuge einer Brandschutzsanierung verwirklicht und beschert Jugendlichen endlich eine eigene Anlaufstelle;
- der Umzug der Spielmobile in die Klingenhofstraße im Frühjahr 2017. Damit folgten die mobilen Angebote für Kinder der Mobilen Jugendarbeit, die bereits 2016 den Ortswechsel vollzog. Der Standort ist nach der Schließung von „Rädda Barnen“ als Interimslösung gedacht;
- die „4. Deutsche Kinder- und Jugendmeisterschaft Jucker“ im Mai 2017 mit ca. 400 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet, geplant und durchgeführt vom Kinder- und Jugendhaus „Mikado“ mit den Einrichtungen „Linie 6“ und „Suspect“.
- die 50-Jahr-Feier des Kinder- und Jugendhauses Bertha in Sündersbühl (2017); Festivitäten und Festschrift präsentierten die bedarfsorientierten pädagogischen Angebote in den neuen zeitgemäßen Räumen;
- die Zuordnung des Stadtteilhauses FiSch zum Bereich Kinder- und Jugendarbeit im September 2017. Angebote von Jugendhilfe und Familienbildung werden hier bedarfsgerecht kombiniert;
- die Feierlichkeiten zu „40 Jahre Spielmobile in Nürnberg“ im Mai 2017 mit Festakt, Fachvortrag, Workshops und großem Spielefest mit Spielmobilen aus ganz Bayern.
- die Einweihung des Neubaus des Jugendtreffs Container im Herbst 2017, mit der die viele Jahre währende äußerst unbefriedigende räumliche Situation der Einrichtung ein gutes Ende fand;
- die Idee, mit den Museen der Stadt Nürnberg das Pellerhaus mit dem Imhoff'schen Bau zu einem gemeinsam genutzten Komplex zu entwickeln. Als Alternativstandort kristallisierte sich das Herrenschießhaus heraus, in dem nun ein Kinder- und Jugendhaus und ein zweigruppiger Hort geplant sind.

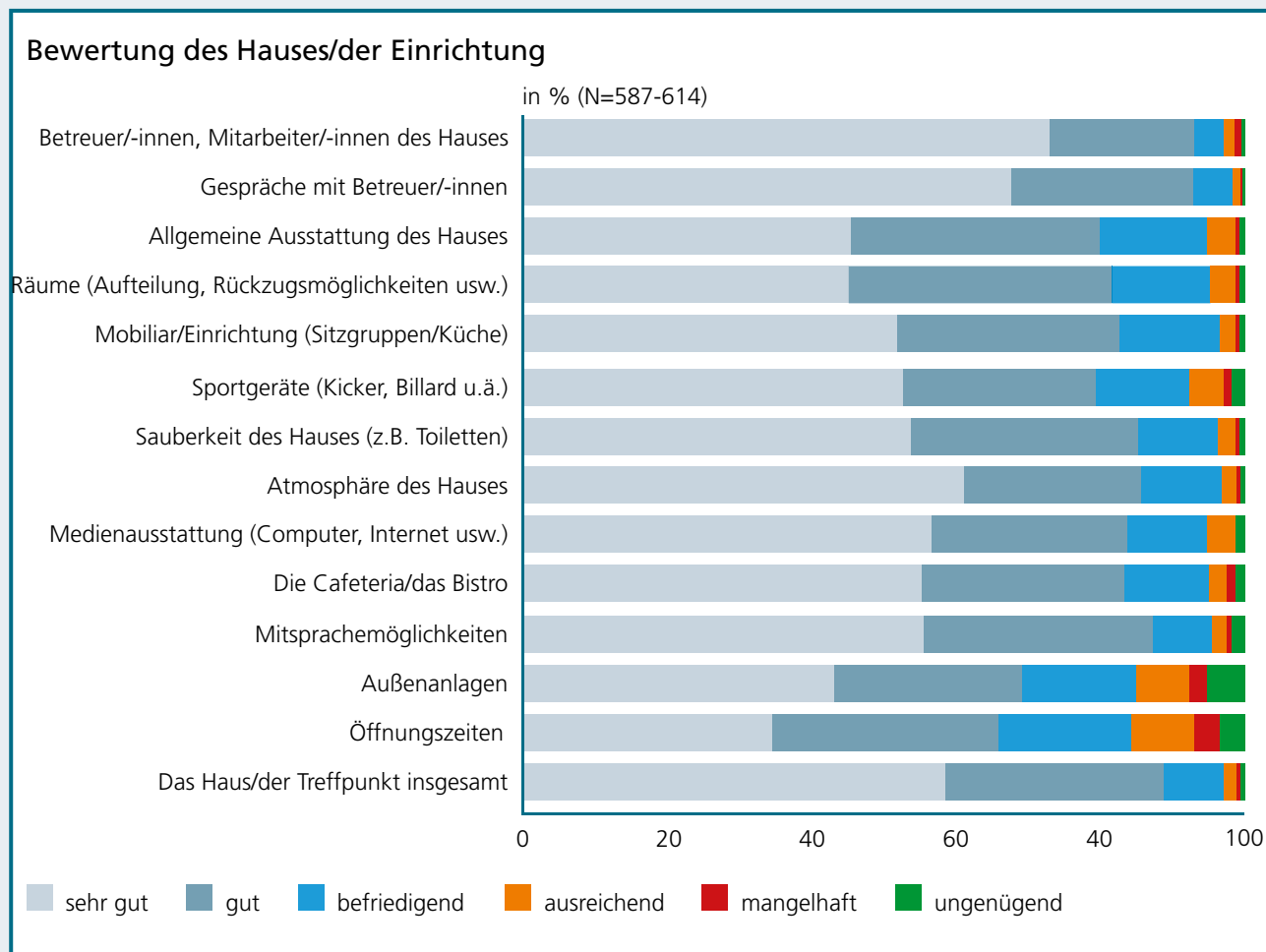


Befragung von Nutzerinnen und Nutzern der Offenen Jugendeinrichtungen

Die Studie „Jugendliche in kommunalen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg – eine wiederholte Befragung von Nutzerinnen und Nutzern“ im Jahr 2016 erlaubt einen Blick auf Veränderungen in den Zielgruppen, die Funktionen der Einrichtungen für junge Menschen und auf deren Bewertung der Häuser: Ausstattung, Angebote, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die sozialpädagogische Arbeit. Die Studie führten, wie schon die Erstuntersuchung 2010/11, Prof. Dr. Frank und Prof. Dr. Wüstendörfer (Technische Hochschule Nürnberg, emwe-Sozialforschung) durch. Die Erkenntnisse fließen in die Planungen der nächsten Jahre ein. Die Untersuchung wird 2018 im emwe-Verlag Nürnberg veröffentlicht. An der Befragung beteiligten sich 644 junge Menschen. Bestätigt wurden die Wichtigkeit der Häuser als Alltags-treff, der Wert der räumlichen Ressourcen und die der Mitarbeitenden als Ansprechpersonen

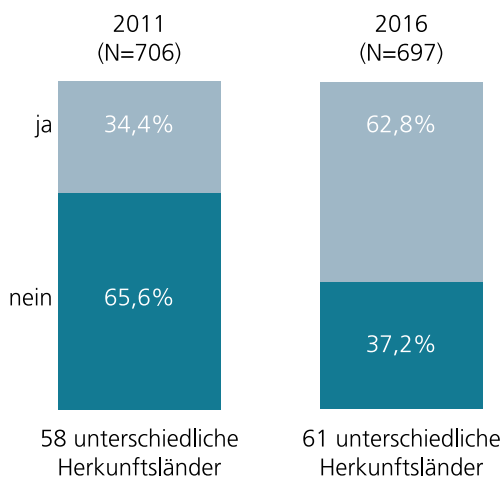
für Alltagsfragen und als Vertrauenspersonen. Die Angebote dienen insbesondere finanziell und sozial benachteiligten jungen Menschen als zusätzliche Lebens-, Erfahrungs- und Lernräume, die dazu beitragen können, Benachteiligungen zu mindern und Chancen zu eröffnen.

Die etwas älteren Jugendlichen stellen eine sich vergrößernde Zielgruppe dar. Diese Entwicklung korrespondiert mit den fachlichen Einschätzungen des 14. Jugendberichts der Bundesregierung, der eine deutliche Verlängerung der Jugendphase beschreibt. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen richten sich nach den Bedarfen der jungen Menschen und den personellen Ressourcen. Vielfach stehen Häuser oder einzelne Räume für Jugendclubs, selbst gestaltete Aktivitäten oder Feiern zur Verfügung, was auch die Nutzungszeiten deutlich ausweitet.



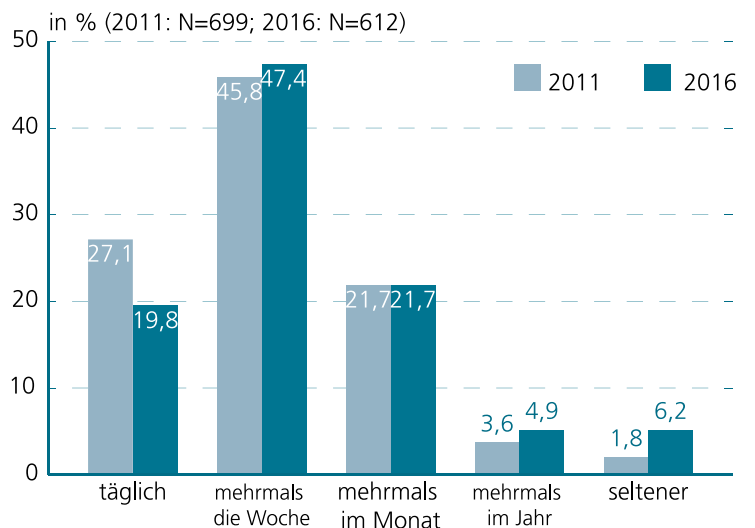
Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Migrationshintergrund (Eltern oder Befragte in Deutschland geboren)



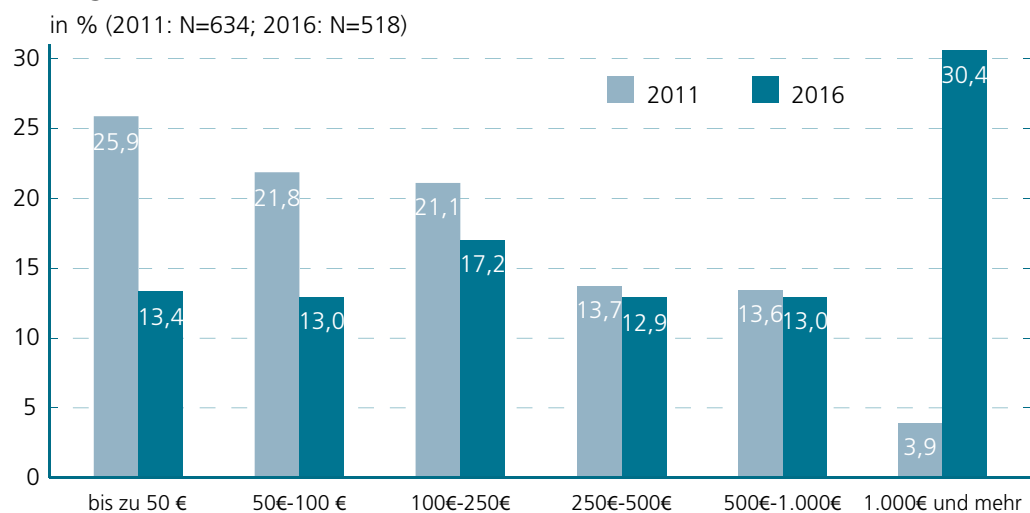
Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Häufigkeit des Besuches



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

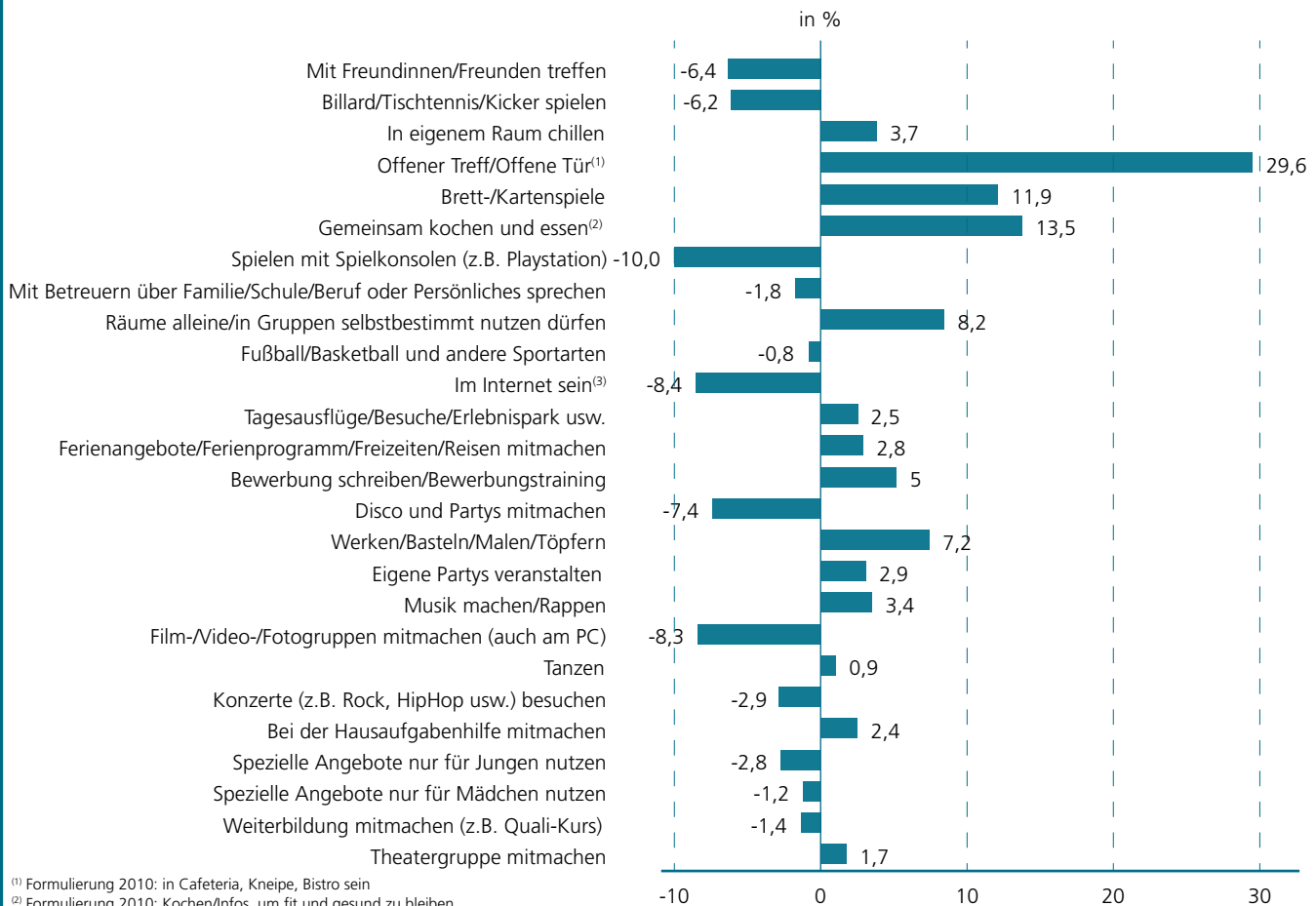
Verfügbares Geld



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.



Wahrgenommene Angebote (Veränderung 2011-2016)



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Jugendhilfeplanung Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die neue Jugendhilfeplanung „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ lag im September 2017 dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vor. Sie löst den Rahmenplan Jugendhilfe, Teilplan Offene Jugendarbeit (1990) ab und stellt die zentrale Arbeitsgrundlage für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg dar. Die Ausarbeitung der neuen Jugendhilfeplanung umfasst

- Band 1 – Fachliche Planung und Weiterentwicklung,
- Band 2 – Kleinräumige Bestands- und Bedarfsanalyse und
- Band 3 – „Was ist Offene Jugendarbeit? Materialien und Konzepte für die Jugendhilfeplanung“.

Die neue Planung geht auf die veränderte Stadtentwicklung, die veränderten Lebenslagen junger Menschen sowie deren daraus resultierende Bedürfnisse ein und ist Rüstzeug für die jugend- und sozialpolitischen Anforderungen an die Jugendarbeit des nächsten Jahrzehnts. Sie ist die fachliche Grundlage, die Offene Kinder- und Jugendarbeit inhaltlich und strukturell weiterzuentwickeln und die dazu erforderlichen Ressourcen zu erzeugen. Sie ermöglicht eine fundierte konzeptionelle Basis, zukunftsorientierte Handlungskonzepte, Zielgruppendefinitionen, strukturell-inhaltliche Ziele, Grundsätze und Schwerpunkte für die künftige Ausgestaltung. Differenzierte Angebotsformen, situationsangepasste Nutzungsarten und Nutzungszeiten, unterschiedliche Profile der Einrichtungen,

Qualitätsstandards und Ausstattung sind ebenfalls Inhalte der Fortschreibung. Mit der Jugendhilfeplanung „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ hat die Verwaltung des Jugendamts die zentrale Grundlage für die weitere Entwicklung dieses Handlungsfeldes, um im Rahmen ihrer Planungs- und Gesamtverantwortung auch im Kontext der Stadtentwicklung agieren zu können.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/jugendamt/jugendhilfeplanung.html

Pädagogisch betreute Aktivspielplätze

15 pädagogisch betreute Spielplätze, über das Nürnberger Stadtgebiet verteilt, werden größtenteils von freien Trägern betrieben und von der Stadt Nürnberg mit Zuwendungen für Betrieb und Personal nach dem „Nürnberger Modell“ finanziert und unterstützt. In den Jahren 2016/2017 besuchten insgesamt über 220.000 Kinder die Nürnberger Aktivspielplätze, pro Platz sind dies rechnerisch knapp 7.900 im Jahr. Die betreuten Spielplätze haben im Durchschnitt an 203 Tagen im Jahr mit einem pädagogischen Programm für Kinder geöffnet. Der Mädchenanteil berechnet sich in beiden Jahren auf 43%, der der Jungen auf 57%. In den Jahren 2016 und 2017 gab es einige Highlights neben dem pädagogischen Regelbetrieb der Einrichtungen in ihren Stadtteilen:

- Der 15. pädagogisch betreute Spielplatz „Am Zeisigweg“, welcher von der Elterninitiative Aktivspielplatz Zeisigweg Thon/Neu-Wetzensdorf e.V. betrieben wird, startete im Jahr 2017 mit einem Vorläuferbetrieb. Der Regelbetrieb wird in 2018 aufgenommen, somit steht den Kindern aus den Stadtteilen Thon, Neu-Wetzensdorf und Schniegling künftig ein täglich offenes Angebot und besondere Veranstaltungen in den Ferien oder an Wochenenden zur Verfügung.
- Der Aktivspielplatz Mammuthaus feierte gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendhaus Mammuthaus in Schoppershof im September 2017 sein fünfjähriges Bestehen mit einem bunten Programm für Groß und Klein.
- Im Jahr 2016 feierte der Aktivspielplatz Gostenhof sein 40-jähriges Bestehen. Anlässlich des Jubiläums fand im Juni 2016 ein großes Fest mit Kindern, Eltern, ehrenamtlich Unterstützenden und Freundinnen und Freunden des Aktivspielplatzes auf dem Spielplatz in der Austraße statt.
- Im Juli 2016 wurde der 30. Sommernachtsraum gefeiert. Dieses Fest sticht durch seine Angebote unter üblichen Kinderveranstaltungen hervor und wird vom Jugendamt der Stadt Nürnberg, den pädagogisch betreuten Aktivspielplätzen, sowie den beiden Spielmobilen „Mobbl“ und „Ratz“ durchgeführt. Der Sommernachtsraum ist über den langen Zeitraum seines Bestehens ein nicht kommerzielles Fest geblieben, eine sehr beliebte Veranstaltung für Familien, die kostenfrei besucht werden kann. Sie zieht Jahr für Jahr Tausende von Kindern und Erwachsenen an, die sich bis in den späten Sommerabend hinein vom idyllischen Ambiente, der entspannten Atmosphäre, den abwechslungsreichen Mitmachstationen und den Vorführungen auf der Bühne verzaubern lassen. Der Sommernachtsraum ist bunt und vielfältig, ebenso wie seine Gäste, denn er führt Kinder und Ihre Familien aus allen Nürnberger Stadtteilen zusammen und schafft mit multikulturellem Charme Raum für Begegnung. 2016 waren es 7.000 Gäste, die der Einladung zur Jubiläumsfeier folgten. Für sie standen 27 Angebote, ein im Jubeljahr besonderes Bühnenprogramm und insgesamt 82 Mitarbeitende zur Verfügung.



- Erstmals fand im Oktober 2017 in Nürnberg die bundesweite Austausch- und Vernetzungsveranstaltung der Aktivspielplätze statt. Diese wurde in Kooperation des Jugendamts der Stadt Nürnberg mit dem Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V., dem Bayerischen Jugendring und der Iaja Bayern e.V. organisiert. Über drei Tage verteilt gab es neben theoretischen Inputs auch pädagogische Workshopangebote aus den Bereichen Feuer, Kinderrechte, Inklusion, Schmieden,

Upcycling u.v.m. und Zeit zum kollegialen Austausch. Teilnehmende waren hierbei ca. 150 Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Bundesrepublik.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/kinder_und_jugendliche/aktivspielplaetze.html

Internationale Jugendarbeit

Seit dem Start des Programms „Kommune goes International“, einem bundesweiten Netzwerk von anfangs 22 Kommunen, dem auch Nürnberg seit 2012 angehört, ist die Internationale Jugendarbeit wieder verstärkt in den Fokus gerückt. Im Zentrum der strukturellen und fachlichen Implementierung der Internationalen Jugendarbeit steht die Vernetzung mit den in Nürnberg tätigen Akteuren. Dazu hat das Jugendamt das „Treffen Internationaler Partner/-innen“ ins Leben gerufen, dem als feste Mitglieder der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, der Bezirksjugendring Mittelfranken, das Amt für



Internationale Beziehungen und das Jugendamt angehören. Durch den fachlichen Austausch der in der Internationalen Jugendarbeit Beschäftigten soll in den folgenden Jahren der Prozess



von „Kommune goes International“ wieder neu belebt werden. Dazu wurde bereits ein Fachtag durchgeführt und weitere sind geplant. Hier soll auch über den Tellerrand Nürnbergs hinausgeblickt werden.

Ein wichtiges Instrument sind Fachkräfteaustauschmaßnahmen. Hier soll einerseits ein Einblick in die Strukturen von Jugendarbeit an anderen Orten ermöglicht werden und andererseits den in der Jugendarbeit tätigen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre interkulturellen Kompetenzen zu erweitern. Ein Schwerpunkt lag in den vergangenen Jahren auf Maßnahmen in Glasgow (Schottland) und Sarajewo (Bosnien-Herzegowina). Im Jahr 2017 nahm das Jugendamt darüber hinaus am Seminar „Brücken bauen Moskau – Bayern“ teil, einem vom Bayerischen Jugendring durchgeführten zweiteiligen Fachkräftetreffen in Nürnberg und Moskau. Aufbauend auf diesen

sehr produktiven Kontakten ist ein Jugendaustausch zwischen dem Kinder- und Jugendhaus „Geiza“ in Langwasser und einer vergleichbaren Einrichtung in Moskau für den Sommer 2018 geplant. Der Jugendaustausch ist dabei mehr als eine Ferienfahrt und beinhaltet jeweils eine Maßnahme im In- und Ausland unter einer bestimmten Themenstellung, im Idealfall mit der gleichen Gruppe von Jugendlichen. Die besondere Zielgruppe der Aktivitäten der Offenen Jugendarbeit sind dabei benachteiligte junge Menschen, die meist von den bestehenden Angeboten im internationalen Bereich nicht erreicht werden oder sich diese Maßnahmen oft einfach nicht leisten können. Gerade in Zeiten großer globaler gesellschaftlicher und politischer Veränderungen fällt der Internationalen Jugendarbeit eine Schlüsselrolle dabei zu, junge Menschen zusammen zu bringen und Brücken zu errichten.

Jugendsozialarbeit an Schulen mit Geflüchteten und Zugewanderten – Stellenausbau und fachliche Umsetzung



Ab 2016 wurden die Kapazitäten der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) in Nürnberg um insgesamt

11,5 Vollzeitstellen aufgestockt, um die Kinder und Jugendlichen auch an 17 weiteren Schulen entsprechend der städtischen Rahmenkonzeption bei den besonderen Belastungen hinsichtlich Migration und Flucht zu unterstützen. Ende 2017 arbeiteten von den über 90 Nürnberger JaS-Fachkräften rund ein Drittel an 27 Schulen, die für Geflüchtete und Zugewanderte Übergangsklassen (Grund- und Mittelschulen), Berufsintegrationsklassen (Berufliche Schulen) oder Sprintklassen (an einer Realschule) eingerichtet hatten. JaS ist für die Schülerinnen und Schüler dieser Klassen in besonderem Maß eine direkt an der Schule verfügbare niedrighschwellige Anlaufstelle. Gleichmaßen arbeiten fast alle JaS-Fachkräfte auch mit Geflüchteten und Zugewanderten, die Regelklassen besuchen.

Ein Viertel der JaS-Stellenschaffungen wurde deshalb auch für die Arbeit mit geflüchteten Kindern in Regelklassen an Grundschulen eingesetzt. Angebote und Maßnahmen der JaS sind:

- Krisenintervention, z.B. bei Konflikten aufgrund unterschiedlicher kultureller Hintergründe oder Erfahrungen im Asylverfahren - JaS kooperiert dabei u.a. mit der Schulpsychologie, mit Therapeutinnen und Therapeuten, dem Allgemeinen Sozialdienst, Gesundheitsamt, Ärzten und Ärztinnen oder den Jugendmigrationsdiensten.
- Beratung und individuelle Unterstützung, z.B. bei Problemen in der Schule, familiären Konflikten, Alltagsunterstützung oder Freizeitgestaltung –



das Angebot wird auch von Eltern und Familien wahrgenommen.

- Vermittlung und Begleitung zu Fachdiensten und Maßnahmeträgern, z.B. zu Beratungsstellen, Vereinen, Betrieben, Arbeitsagentur oder Jobcenter – auch die Zusammenarbeit mit Schulverbindungsbearbeiterinnen und -beamten der Polizei, mit Fachkräften der Jugendarbeit oder mit ehrenamtlich Engagierten ist Teil dieser begleitenden Arbeit durch JaS.
- Arbeit mit Gruppen in Übergangs- und Berufsintegrationsklassen, z.B. Projektangebote zum Geschlechter- und Rollenverständnis oder zur Gewaltprävention, angepasste Streitschlichter-Maßnahmen, Workshops, Gruppen- und Freizeitaktivitäten in den Ferien – auch in Kooperation mit Lehrkräften und

externen Partnern (DEGRIN e.V., Kinderschutzbund u.a.). Der unmittelbare Zugang über die Klasse ist auch ein guter Ausgangspunkt für die weitere integrationsbegleitende JaS-Unterstützung.

Ende 2017 waren insgesamt rund 1.700 Schülerinnen und Schüler in 58 Übergangsklassen an 14 Grund- und Mittelschulen, 54 Berufsintegrationsklassen an zwölf Beruflichen Schulen und zwei Sprintklassen an einer Realschule Zielgruppe der Jugendsozialarbeit an Nürnberger Schulen.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/jugendsozialarbeit

Kinderschutz und erzieherische Hilfen

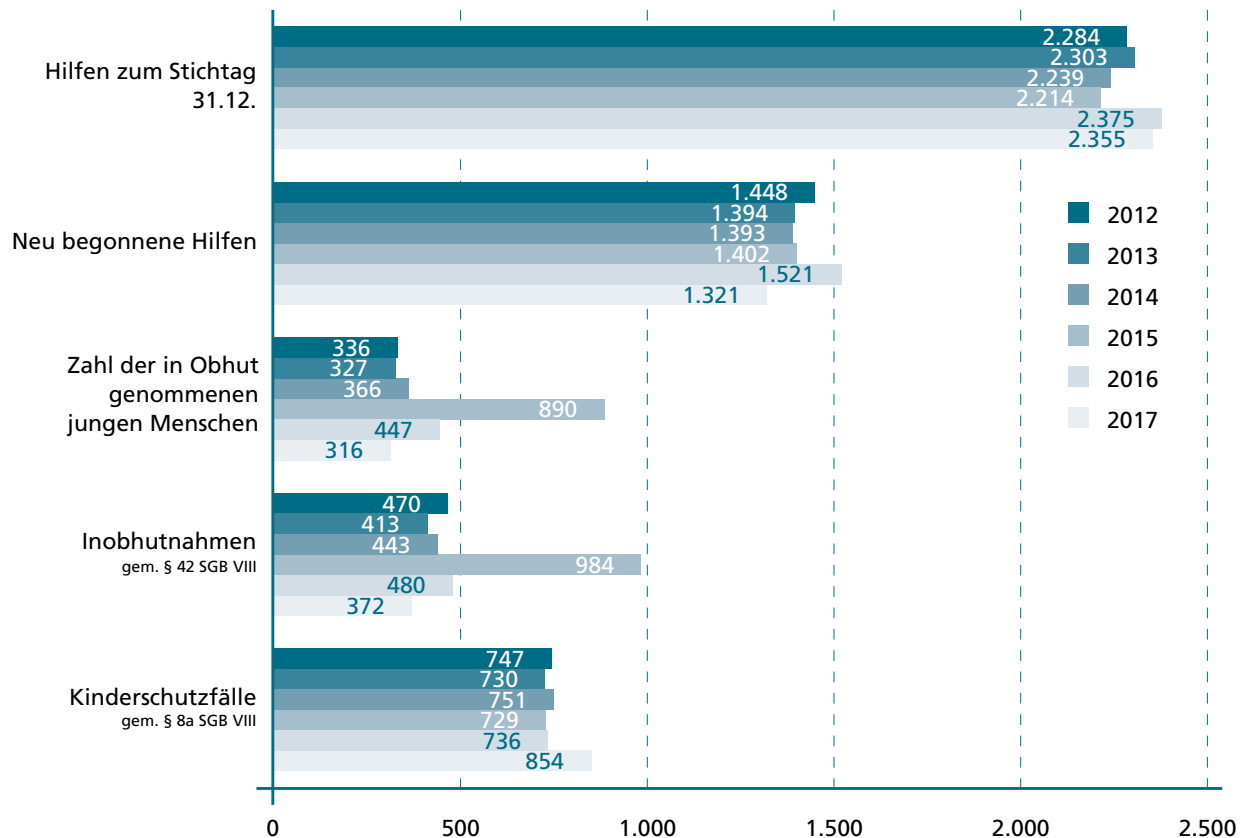
Im Bereich des Kinderschutzes und der erzieherischen Hilfen stieg zunächst ab 2006 die Zahl der Mitteilungen einer möglichen Kindeswohlgefährdung an den ASD durch die tragischen Fälle von Kindstötungen und die mediale, politische und fachliche Aufmerksamkeit und Sensibilisierung der Öffentlichkeit steil an und war ab 2012 bis 2016 relativ konstant. In 2017 gab es einen Anstieg der Mitteilungen um 16% weil mehrere Großfamilien mit fünf oder sechs Kindern teilweise mehrmals betroffen waren. Die Mitteilungen betreffen aber auch oft sehr junge, alleinerziehende und unerfahrene Mütter. Die Zahl der Inobhutnahmen stieg v.a. im Jahr 2015 durch die große Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge stark an, normalisierte sich aber in den Jahren 2016/2017 (vgl. Leitlinie 9). Bei den Inobhutnahmen ist zu beobachten, dass der Anteil der sehr kleinen Kinder ansteigt. Diese Kinder müssen oft länger in Obhut verbleiben, als es fachlich wünschenswert ist, weil meistens familiengerichtliche Entscheidungen notwendig sind, damit die Kinder in Anschlusshilfen vermittelt werden können.

Eine fachliche Herausforderung sind zunehmend auch sehr schwierige Jugendliche, für die keine passende Anschlusshilfe mehr gefunden

werden kann. Die ansteigende Zahl von in Obhut genommenen kleinen Kindern schlägt sich auch in der Entwicklung der Fallzahlen nieder. Die Zahl der Vollzeitpflegen steigt kontinuierlich an. Anstiege gibt es auch bei Integrationshelfern, da eine stetig zunehmende Zahl von Kindern für den Besuch von Regelschulen, aber zum Teil auch in Förderzentren eine Schulbegleitung benötigen. Im Städtevergleich ist allerdings die Zahl der Fälle in Nürnberg immer noch moderat.

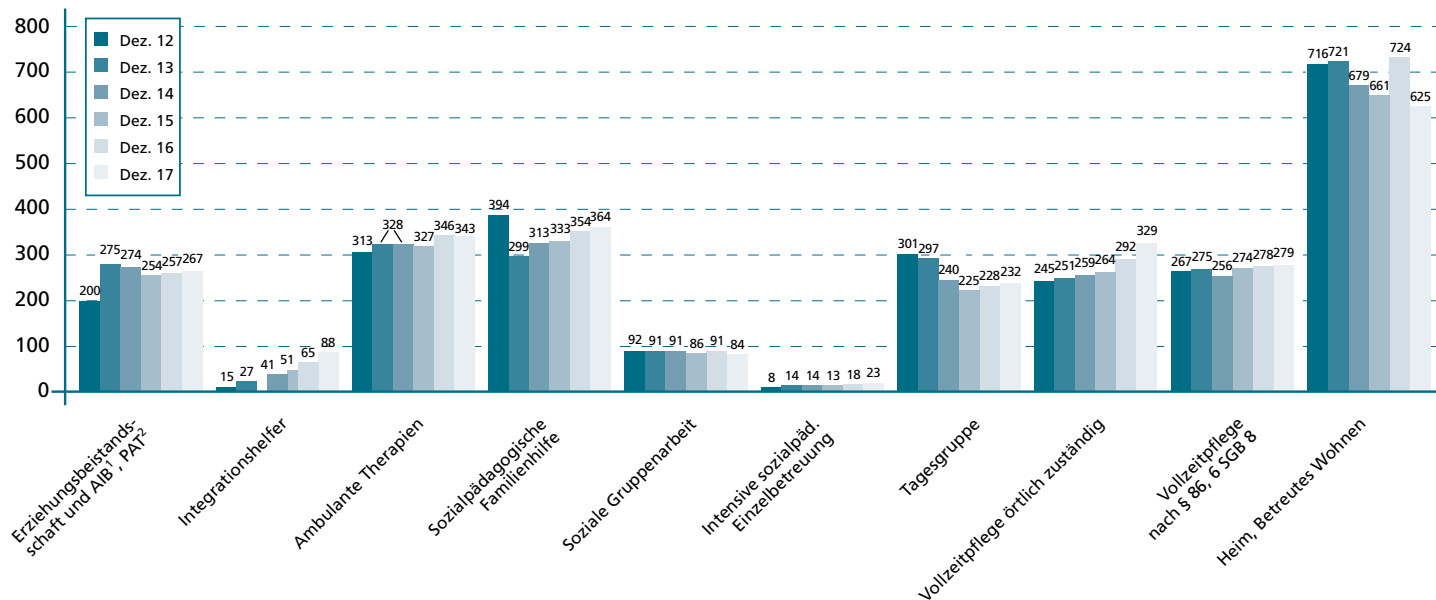
Bei den stationären Hilfen führten im Jahr 2016 die Anschlusshilfen nach der Inobhutnahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu einem kurzzeitigen Anstieg, insgesamt sinken jedoch die Fallzahlen bei Heimunterbringungen. Die insgesamt verhältnismäßig konstanten Fallzahlen bei erzieherischen Hilfen können als Ergebnis des Ausbaus präventiver Maßnahmen wie Frühe Hilfen, Jugendsozialarbeit an Schulen, Ausbau Kindertagesbetreuung, Familienbildung (vgl. Leitlinie 1) und der kontinuierlichen Steuerungsmaßnahmen des Allgemeinen Sozialdienstes wie Stärkung der eigenen Beratung nach § 16 SGB VIII, Klärungsgespräche Inobhutnahme, Revisionsverfahren stationäre Hilfen u.a. angesehen werden.

Aufgabenentwicklung des ASD: Kinderschutz, Inobhutnahmen, Hilfen zur Erziehung



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

ASD: Hilfen zur Erziehung



¹Ambulante Intensive Begleitung, ²Programm: PAT – Mit Eltern Lernen (Parents As Teachers)

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.



Aufnahmen im Kinder- und Jugendnotdienst (KJND)		
Gesamtaufnahmen KJND	2016	2017
Kinder und Jugendliche	664	709

Belegung Jugendschutzstelle (JSST)		
Jugendschutzstelle	2016	2017
Aufnahmen	450	457
Belegtage	4.798	5.222
Ø Verweildauer	10,7	10,6
Ø Jugendliche/Tag	13,1	14,3

Aufnahmen in der familiären Bereitschaftsbetreuung (FBB)		
fam. Bereitschaftsbetreuung	2016	2017
Aufnahmen FBB	55	60
Ø Verweildauer	90	110
Kinder/Tag	13,6	18
Anzahl Fachkräfte	16	18
Aufnahmen bei Kooperationspartnern	10	21
Gesamtaufnahmen KJND, Kooperationspartner	65	81

Aufnahmen Kindernotwohnung		
Kindernotwohnung	2016	2017
Aufnahmen	149	171
Belegtage	2.710	3.197
Ø Verweildauer	18,2	18,7
Ø Kinder/Tag	7,41	8,8
Geschwister-Anteil	38%	39%

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Frühe Hilfen für Eltern und Kinder in Nürnberg

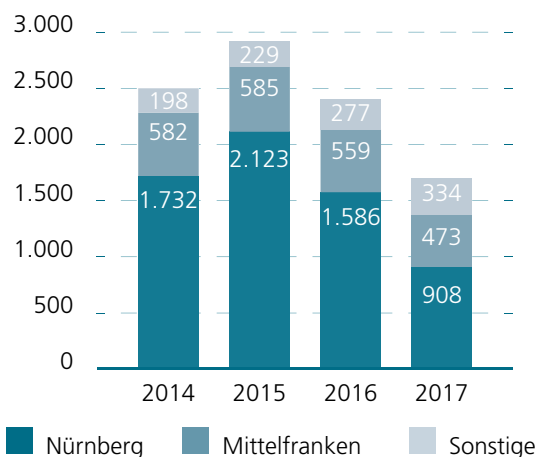
Wissenschaftliche Studien belegen: Die Phase der frühen Kindheit legt den Grundstein für die weitere Entwicklung eines Kindes. Wohlergehen, Bildung, beruflicher Erfolg, Gesundheitsstatus und Bindungskompetenzen sind stark geprägt von familiären Kindheits-erfahrungen und sozioökonomischen Bedingungen. Mit den „Frühen Hilfen“ wurde durch die Koordinierende Kinderschutzstelle seit 2009 ein niedrigschwelliges, multiprofessionelles und präventiv tätiges Versorgungsnetzwerk rund um Schwangerschaft, Geburt und erste Lebensjahre ausgebaut. Angebote für alle (werdenden) Eltern und spezifische Hilfen für besonders belastete Familien ergänzen sich zu einer breiten Angebotspalette. In einem koordinierten Netzwerk sind viele Nürnberger Dienste und Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Gesundheitshilfen beteiligt, mit dem Ziel, (werdende) Eltern zu stärken und damit bereits in der frühesten Lebensphase eines Kindes zu dessen Recht auf Schutz beizutragen.

Besonders aufsuchende und entlastende Angebote sind rund um Schwangerschaft, Geburt und erste Lebenszeit gefragt: Fünf Kinderkrankenschwestern und vier Familienhebammen waren 2017 bei 113 Familien im Einsatz, um bei medizinisch-pflegerischen und sozialen Belangen zu unterstützen. Mit mobilen Sprechstunden vor Ort leisten die Frühen Hilfen zusätzlich einen Beitrag für Schwangere und Familien in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende. Dort lebten zum Jahresende 2017 693 Kinder im Alter zwischen 0 und 3 Jahren (vgl. Leitlinie 9).

Zur Information über die Angebote vor Ort bekommen alle frischgebackenen Eltern bei der Anmeldung des Neugeborenen am Nürnberger Standesamt ein „Willkommenspaket“. Neben einem Willkommensschreiben und Informationsmaterial enthält es auch Gutscheine oder Geschenke der Familienbildungsstellen, der N-Ergie und der Sparkasse.

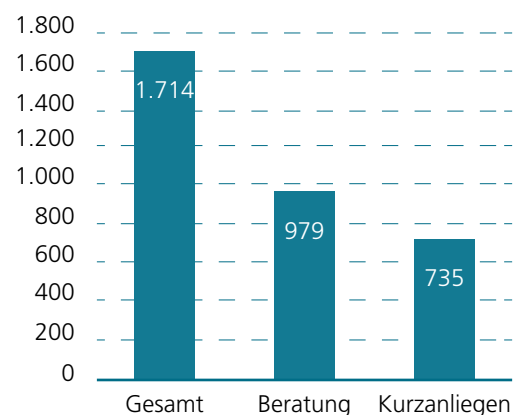


Herkunft der Anrufenden



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Anrufe in der Hotline 2017



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Auf diesem Weg werden alle Nürnberger Eltern von Neugeborenen mit wichtigen Informationen und gezielten Hinweisen auf frühzeitige Unterstützungsangebote versorgt.

Wer weitergehende Informationen zu Frühen Hilfen sucht, Fragen rund um Erziehung oder zum Schutz von Kindern hat, ist bei der Koordinierenden Kinderschutzstelle – der „KoKi“ – richtig. Sie ist die zentrale Zugangs-, Vermittlungs- und Beratungsstelle für alle Fragen und Hilfen ab der Schwangerschaft bis zum Ende des dritten Lebensjahres. Rund um die Uhr können sich (werdende) Eltern, Bürgerinnen und Bürger aber auch Fachkräfte an der Telefon-Hotline 09 11/ 2 31-33 33 beraten lassen. 2017 nutzten 1.714 Anruferinnen und Anrufer das niedrigschwellige Beratungsangebot.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/jugendamt/fruehehilfen.html



4. Beschäftigung ermöglichen

Die Arbeitsmarktdaten 2017 für das Stadtgebiet Nürnberg spiegeln den guten Konjunkturverlauf in Deutschland wieder. So sank der Bestand an Arbeitslosen von Dezember 2016 auf Dezember 2017 in Nürnberg um ca. 1.800 auf 15.842 Personen (-10,2%). Die Kategorie „Unterbeschäftigung“ verzeichnet neben den registrierten Arbeitslosen auch diejenigen Personen, die als Teilnehmende an Maßnahmen oder aufgrund einer kurzfristigen Erkrankung nicht als arbeitslos erfasst sind. Deren Anzahl verrin-

gerte sich ebenfalls von 2016 auf 2017 um ca. 1.800 auf 24.581 Personen (-6,9%). Eine Analyse der Arbeitslosenquote der zwanzig größten Großstädte in Deutschland zeigt für Nürnberg ebenfalls positive Ergebnisse. Nürnberg weist im Dezember 2017 mit 5,5% die viertniedrigste Arbeitslosenquote im Vergleich auf.

Eine Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung im Vergleich der Jahre 2012 und 2017 ergibt für Nürnberg folgendes Bild¹:

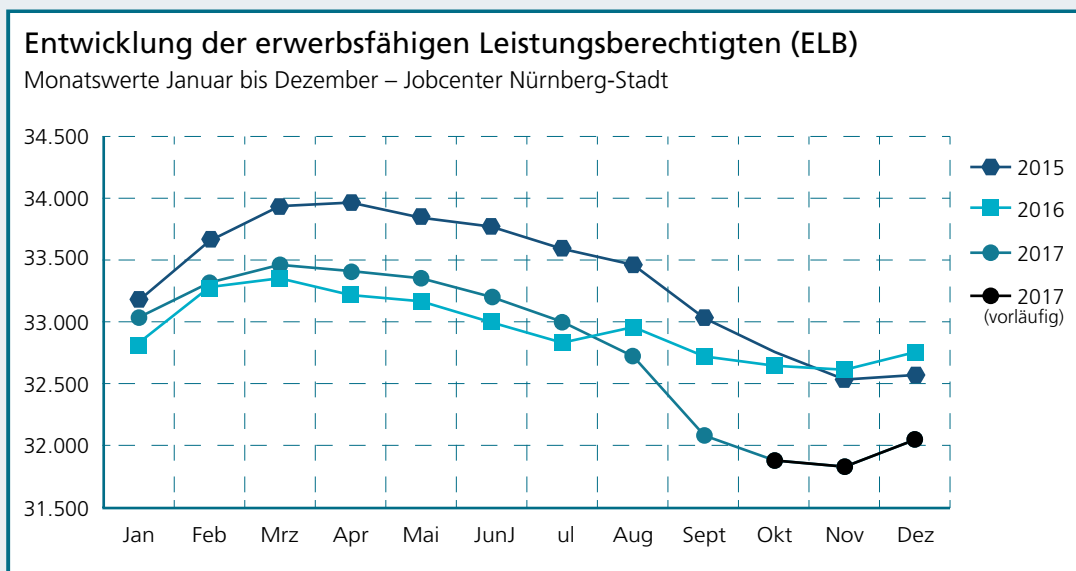
Beschäftigungsentwicklung			
	2012	2017	2012-2017
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	280.697	308.707	+28.010 (+10,0%)
davon Vollzeit	212.070	224.084	+12.014 (+5,7%)
davon geringfügige Beschäftigung ¹	56.586	57.868	+1.282 (+2,3%)
davon ausschließlich geringfügige Beschäftigung	34.489	31.816	-2.673 (-7,8%)

¹geringfügig entlohnte Beschäftigung und kurzfristige Beschäftigung

Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg, 2017.

Zu beachten ist jedoch auch, dass sich im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ca. 20% der arbeitenden Menschen in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis befinden. Die allgemein positive Arbeitsmarktentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Deutschland – aber auch in Nürnberg – sehr viele Personen oft schon seit

Jahren keine Arbeit im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben und von Sozialleistungen leben. So verzeichnet das Jobcenter Nürnberg-Stadt Mitte 2017 über 33.000 erwerbsfähige Leistungsbeziehende. Nur ein kleiner Teil (13,9%) wird dabei als in den nächsten Monaten in den ersten Arbeitsmarkt vermittlungsfähig eingestuft.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg, Jobcenter Nürnberg-Stadt, 2017.

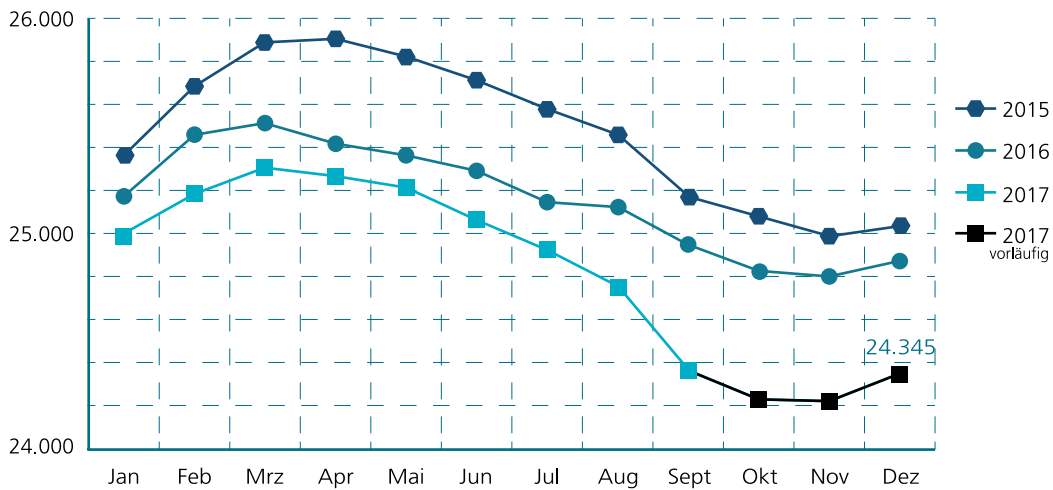


¹Quelle: www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung/index.php



Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften (BG)

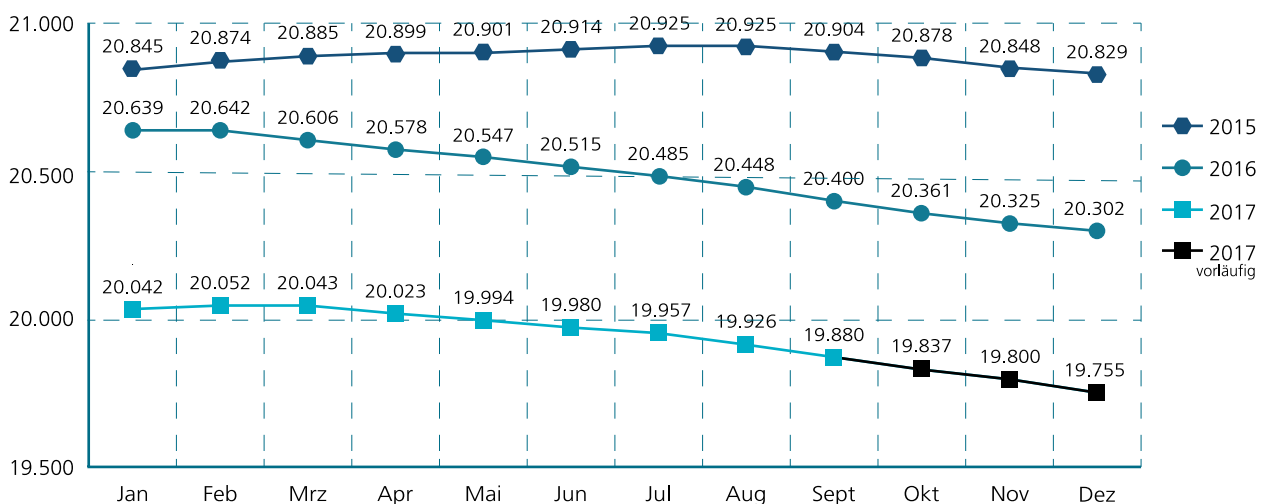
Monatswerte Januar bis Dezember – Jobcenter Nürnberg-Stadt



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg, Jobcenter Nürnberg-Stadt, 2017.

Langzeitleistungsbeziehende

Monatswerte Januar bis Dezember – Jobcenter Nürnberg-Stadt



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg, Jobcenter Nürnberg-Stadt, 2017.



Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“

Die Lebenslagen von langzeitarbeitslosen Menschen sind heterogen. Neben persönlichen Hemmnissen – z.B. gesundheitliche Einschränkungen, mangelnde Sprachkenntnisse, geringe Qualifikation und/oder fehlende Mobilität bzw. zeitliche Flexibilität – beeinträchtigen auch Rahmenbedingungen wie unzureichende Kinderbetreuungsangebote bzw. Erreichbarkeit mit öffentlichem Nahverkehr die Integrationswahrscheinlichkeit erheblich. Ein wichtiges Handlungsinstrument stellte im Jahr 2017 das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgelegte Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ dar. Mit dem Programm soll arbeitsmarktfernen Personen eine Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht und deren Chancen auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt verbessert werden. Zielgruppe sind Menschen, die seit mindestens vier Jahren im SGB-II-Leistungsbezug stehen und unter gesundheitlichen Einschränkungen leiden und/oder mit mindestens einem minderjährigen Kind in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Gefördert werden bundesweit rund 20.000 wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Arbeitsplätze. Die Förderung wird höchstens für 36 Monate und längstens bis zum 31.12.2018 gewährt. Als Besonderheit sieht das Programm begleitende Aktivitäten zur sozialen Teilhabe sowie zur Unterstützung an Übergängen in den allgemeinen Arbeitsmarkt vor. Seit 2017 ist das Jobcenter Nürnberg-Stadt am Bundesprogramm mit 110 bewilligten Arbeitsplätzen beteiligt. Mit Hilfe einer weitgefassten

Akquise konnten insgesamt sieben Einsatzorte mit folgenden Arbeitsstellen gefunden werden:

- Noris-Arbeit gGmbH: „Kreativmarkt“ mit Useful Things (Upcycling) und Handmade-Kultur (aus Altem mit kreativen Ideen Neues schaffen), City-Service, Sozialhelfer/-innen in den Bereichen Senioren- und Flüchtlingshilfe
- Wertstoffzentrum Veitsbronn: Service-/Sortierkräfte, Lager-, Verkaufs- und Verwaltungshilfen
- Treffpunkt e.V.: Begleitungs- und Veranstaltungshilfen im Frauenintegrationszentrum
- Lilith: Resets! (Upcycling) und Basic! (Spendservice)
- Mudra: Restart (Upcycling)
- Paritätischer Wohlfahrtsverband: Verkaufshilfe und Assistenz für Menschen mit Behinderung
- Stadtmission: Fahrer/-innen, Verkauf- und Lagerhilfe.

Begleitende Aktivitäten in Form von Einzel- und Gruppencoachings zu Themen wie Gesundheit, Kinderbetreuung etc., Qualifizierungsangebote zu Grundkompetenzen und Anleitungen am Arbeitsplatz fördern das Durchhaltevermögen während der Programmteilnahme.



Weitere Informationen:

www.jobcenter-ge.de/Jobcenter/Nuernberg



Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten durch das Jobcenter Nürnberg-Stadt

Einen weiteren Schwerpunkt der Jobcenter-Aktivitäten der vergangenen beiden Jahre stellt die Integration anerkannter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeit dar. (Kriegs-)Flüchtlinge sind keine Ausgewanderten. Sie hatten keine Vorbereitungszeit, um sich mit den Bedingungen im Ankunftsland zu beschäftigen und die eigene Rolle zu reflektieren. Aus Sicht des Jobcenters ist es unabdingbar, den Integrationsprozess nicht nur auf den Bereich Spracherwerb und Arbeit zu reduzieren. Studien zeigen, dass Investitionen in Sprache und Qualifikation sowie in soziale und gesellschaftliche Teilhabe langfristig dazu beitragen, Langzeitarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit

und die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Um dieses Bestreben zu unterstützen und die umgehende Leistungsgewährung nach Anerkennung des Asylanspruchs sicherzustellen, gründete das Jobcenter im Januar 2016 die Sondereinheit Flucht mit den beiden Teams Arbeitsvermittlung und Leistungssachbearbeitung. Mitte 2017 betreute das Jobcenter Nürnberg-Stadt knapp 4.700 Personen mit dem Hintergrund Asyl/Flucht.

Ziel der spezialisierten Betreuung im Bereich Arbeitsvermittlung ist es, die beruflichen Integrationschancen durch die gezielte Förderung von Sprache, Qualifikation und Heranführung an den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu verbessern. Der erste Schritt besteht in der Regel in der sofortigen Verpflichtung zu Integrations- und fortführenden Sprachkursen. Das Jobcenter konzipierte hierfür in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen integrierten Ansatz zu Kompetenzfeststellung, Aktivierung und frühzeitigem Spracherwerb (KompAS), der als bundesweite Maßnahme große Beachtung fand. Daneben stehen die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse sowie der Zugang zu praktischer Berufserfahrung über betriebliche Erprobungen im Fokus. Auch hier bewährten sich Kooperationen, wie z.B. mit der Deutschen Post, bei der parallel zu einer Beschäftigung in Teilzeit eine berufliche Weiterbildung im Bereich Logistik gefördert wurde.



Zur Unterstützung der sozialen Integration organisierte das Team neben Gruppenveranstaltungen zu Themen wie „Sport in Nürnberg“ oder „Kinderbetreuungsangebote“ und Kleingruppen-Workshops in Kooperation mit der Stadt Nürnberg, z.B. zu „Freiheit und Würde“ (vgl. Leitlinie 9), jährliche Foren „Migration und Integration“ unter dem Motto: „Gemeinsam neue Wege gehen“ im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit Nürnberg mit rund 500 Gästen und 30 Ausstellenden. Für die umfassende Beratung der Geflüchteten konnte ein umfangreiches lokales Netzwerk aufgebaut

werden. Eine besonders enge Zusammenarbeit besteht mit der Stadt Nürnberg, Diensten von freien Trägern (z.B. Jugend- und Erwachsenenmigrationsdienste, Agentur Familie & Beruf), sowie mit der Berufsberatung und dem Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit, den Integrationskursträgern und dem BAMF.



Weitere Informationen:

www.jobcenter-ge.de/Jobcenter/Nuernberg

Angebote der Noris-Arbeit gGmbH

Eine weitere wichtige Akteurin in Nürnberg zur Qualifizierung und Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen und deren Integration in den Arbeitsmarkt ist die städtische Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit gGmbH (NOA). Vom Jobcenter finanzierte Arbeitsgelegenheiten stellen einen wichtigen Baustein für langzeitarbeitslose Menschen auf ihrem oft langwierigen Weg zurück in die Arbeitswelt dar. Zum Ende des Jahres 2017 organisierte die NOA ca. 500 **Arbeitsgelegenheiten**, davon 400 bei sich selbst und 100 bei der Stadt Nürnberg und weiteren freien Trägern. An Geflüchtete richteten sich 10% dieser Plätze (Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen).

Die ca. 400 Arbeitsgelegenheiten bei der NOA finden zu je 40% im Betrieb Umweltservice (Gutenstetter Str. 20) und im Betrieb Bürgerservice (verschiedene Standorte) statt. Die übrigen Stellen befinden sich im Südstadtforum Service & Soziales in der Siebenkeesstraße 4.

Für die unterschiedlichsten Einsatzfelder werden immer wieder Grundsicherungsberechtigte nach dem SGB II gesucht, die sich in sinnvollen Projekten engagieren, mit netten Kolleginnen und Kollegen im Team arbeiten und sich hierbei wieder fit für den Arbeitsmarkt machen wollen. Außerdem erhalten sie je nach Bedarf unterschiedlichste Förderungen. Neu ist insbesondere die Kombination von Arbeitsgelegenheiten mit Sprachförderung von Zugewanderten.

Im Betrieb Umweltservice werden Innentätigkeiten wie Fahrradmontage/ Metall, Schreinerei, Elektrogerätezerlegung, Lager-, Transport-, Vertriebs- und Textilhilfe und Mitarbeit in der Kreativwerkstatt angeboten. Beim Betrieb Bürgerservice handelt es sich hingegen um Außentätigkeiten wie Gebietsaufsicht, Außenpflege, Grün- und Gärtnerhilfe. Andere Einsatzfelder wie Einkaufs-, Verkaufs-, Vertriebs- und Transporthilfe, Spielzeuggestaltung, Hilfe bei „Useful Things“ (Upcycling von Bedarfsgegenständen und Kleidung für Asylsuchende) und Sozialhilfe finden jedoch überwiegend innen statt und sind im Südstadtforum oder an verschiedene Standorten des Bürgerservice angesiedelt.



Film der NOA zu den Arbeitsgelegenheiten:

<https://vimeo.com/209569593>

Das Projekt „**Jobbegleiter**“ ist ein gemeinsames Angebot der Noris-Arbeit gGmbH und des Bildungszentrums Nürnberg. Es ist eine Brücke in die Beschäftigung für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive, Asylberechtigte und Geduldete aus Nürnberg. Die ca. 100 Teilnehmenden werden bei der Integration in den deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt begleitet. Unternehmen und Betriebe erhalten Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Bewerbern und Bewerberinnen und Unterstützung in Fragen

zum Aufenthaltsstatus und der Alltagsbewältigung. Aufnahmevoraussetzungen sind ein Mindestalter von 25 Jahren und berufsrelevante Sprachkenntnisse. Der Jobbegleiter – gefördert durch den Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg – ist ein passgenaues Anschlussangebot für Asylsuchende und -berechtigte mit Arbeitserlaubnis, die einen Integrationskurs mit B1-Niveau abgeschlossen haben und nach einer Beschäftigung oder Ausbildung suchen oder sich noch weiterqualifizieren wollen.



Beschäftigte mit **Lohnkostenzuschüssen** bei der NOA und der NOA.kommunal erhalten einen sozialversicherungspflichtigen befristeten Arbeitsvertrag. Die Förderung von Beschäftigung durch Lohnkostenzuschüsse ist entweder gesetzlich geregelt (Eingliederungszuschuss EGZ und Förderung von Arbeitsverhältnissen FAV) oder wird durch entsprechende Programme vom Bund oder dem Europäischen Sozialfonds zeitlich begrenzt bewilligt. Geförderte Beschäftigte gibt es zum Jahresende insgesamt 173, davon 113 bei der NOA und 60 bei NOA.kommunal. Bei der NOA handelt es sich um 72 Projektarbeitnehmende des Programms **„Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“**, 35 Betriebsassistenten und sechs Verbundauszubildende. Bei den Auszubildenden handelt es sich um Geflüchtete, für die die Stadt Nürnberg die Ausbildungsvergütung übernimmt. Die Betriebsassistenten und -assistentinnen arbeiten in den Betrieben Umweltservice, Bürgerservice und Südstadtforum in den verschiedensten Bereichen (Lager, Transport, Hausmeisterei und Reinigung, Verkauf sowie Sozialbereich). Die Projektarbeitnehmenden der Sozialen Teilhabe bereiten gebrauchte Gegenstände im Kreativmarkt Pillenreuther Str. 163 wieder auf, sorgen im City Service für mehr Sicherheit oder vermitteln bei Verständigungsschwierigkeiten mit Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse.

Bei den 60 geförderten Beschäftigten der seit 2015 bestehenden NOA.kommunal sind 26 im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung bei der

hauswirtschaftlichen Versorgung in Kindertageseinrichtungen eingesetzt. Der verbleibende Teil arbeitet im Grünbereich, führt Malarbeiten oder Transporte (z.B. Umzüge, Räumungen) durch oder ist im Sicherheitsdienst aktiv. NOA.kommunal führt ausschließlich städtische Aufträge durch.

Das Projekt **„Schulter an Schulter“** mit je zehn Plätzen für Langzeitarbeitslose mit Migrationshintergrund im SGB-II-Bezug und Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren war eine Kombination von Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach dem SGB II und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Langzeitarbeitslose mit Migrationshintergrund erhielten als AGH-Paten bzw. -patinnen eine sinnvolle, tagesstrukturierende Beschäftigung, bei der sie Verantwortung für ihr „Patenkind“ übernahmen und Erfahrungen aus ihrem eigenen Integrationsprozess weitergaben. Asylsuchende erhielten erste Einblicke in das Arbeitsleben in Deutschland und konnten eigene Kenntnisse und Fertigkeiten in der Praxis testen. Daneben verbesserten sie ihre Deutschkenntnisse und lernten Sitten und Gebräuche in Deutschland kennen.

Daneben fördert die NOA mit Maßnahmen und Projekten wie die Herstellung der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen und trägt mittels Projekten mit Werkstattbezug, Vermittlungs- und Coachingprojekten zur Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit bei langzeitarbeitslosen Menschen bei.



Weitere Informationen:

www.noa-nuernberg.de

„Schwer beschäftigt!“ – Angebote der noris inklusion gGmbH

Die städtische Tochter noris inklusion gGmbH, die größte Anbieterin für erwachsene Menschen mit Behinderung in Nürnberg, beteiligt sich aktuell an einem weiteren hochinteressanten Projekt zur Arbeitsmarktintegration. Leider profitieren Menschen mit Behinderung trotz verbesserter Trends auf dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt von der Verbesserung der Chancen auf eine Arbeitsstelle und sind gerade in Mittelfranken überproportional in der Arbeitslosenstatistik vertreten. Das Inklusionsprojekt „Schwer beschäftigt!“, an dem sich die noris inklusion mit dem Teilprojekt „Inklusionscoach“ beteiligt, hat das Ziel, in 36 Monaten Projektlaufzeit 30% von 450 schwerbehinderten Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Die Teilnehmenden am Projekt sollen durch Intensivcoaching und berufliches Profiling befähigt werden, sich dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ziel ist die Hilfe zur Selbsthilfe, ein Zuwachs an arbeitsmarktbezogenem Wissen, verbesserter Selbstpräsentation und die Akquise eines passgenauen Arbeitsplatzes. Zugleich werden Arbeitgebende für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung gewonnen. Durch die Zusammenführung dieser beiden Gruppen

sollen sich die Beschäftigungschancen schwer behinderter Menschen in der Region dauerhaft und nachhaltig erhöhen. Die am Projekt beteiligten Kooperations- und Projektpartner decken die Projektregion gemeinsam effektiv ab, so dass die Angebote sowohl in der städtischen Kernzone, um Nürnberg herum, als auch in den eher ländlich geprägten Gebieten Mittelfrankens die Zielgruppe erreichen.

noris inklusion war im Projektverlauf im Rahmen seines Teilprojektes „Inklusionscoach“ hinsichtlich der Vermittlung bisher sehr erfolgreich: Die Integrationsquote beträgt im gesamten Betrachtungszeitraum (01.05.2016 bis 31.12.2017) 39,4%, das bedeutet 13 von 33 Teilnehmenden. Auch in der Gesamtschau des Projektes liegen die Ergebnisse im bisherigen Projektverlauf über der im Projekt erwarteten Vermittlungsquote von 30%. Aktuell liegt die Integrationsquote bei 35% von insgesamt 179 Teilnehmenden.



Weitere Informationen:

www.jobcenter-ge.de/Jobcenter/Nuernberg

Aktivitäten am Übergang Schule – Ausbildung

Ein gelingender Übergang von der Schule in Ausbildung bildet einen der wichtigsten Eckpfeiler zur Verhinderung einer jahrzehntelangen „Hartz-IV-Karriere“. Um Benachteiligungen und Ausgrenzungen bei der beruflichen Integration junger Menschen zu vermeiden und abzubauen, bietet die Nürnberger Jugendhilfe in verschiedenen Bereichen Unterstützungsleistungen an. Diese werden sowohl in kommunaler Trägerschaft als auch von freien Trägern der Jugendhilfe durchgeführt. An fast allen öffentlichen Schulen unterstützt die Jugendsozialarbeit an Schulen Jugendliche in ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen

Personlichkeiten (vgl. Leitlinie 3). Sowohl in der Einzelfall- als auch in der Gruppenarbeit finden sich dabei Angebote zur Berufsorientierung und Ausbildungsreife.

Eine besonders intensive Form der sozialpädagogischen Unterstützung wird in den „**Praxisklassen**“ angeboten. Zielgruppe sind Jugendliche mit Lern- und Leistungsrückständen und problematisch verlaufenden schulischen Biografien. Schulische oder berufliche Probleme junger Menschen gehören zu den häufigsten Gründen einer Hilfestellung durch den Allgemeinen Sozialdienst (ASD). Ursachen sind hier zum



Beispiel Entwicklungsschwierigkeiten, mangelnde Bewältigungskompetenz von Alltags- und Konfliktsituationen oder unzureichende emotionale und soziale Fähigkeiten.



In Kooperation von Jugendamt und Noris-ArbeitsgmbH wird das Projekt „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ umgesetzt. Im Mittelpunkt des Projektes

steht die niederschwellige und intensive Information, Beratung und Begleitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von den üblichen Hilfsangeboten nicht mehr erreicht werden oder sich von diesen abgewendet haben. Die offene Jugendarbeit stellt insbesondere über dezentralen Einrichtungen und Angebote betreute Lern- und Erfahrungsfelder für junge Menschen zur Verfügung („Ausbildung direkt“, Berufe-Info-Tag für Mädchen). Viele Angebote richten sich an spezifische Zielgruppen, zum Beispiel junge Menschen mit Migrationshintergrund oder – noch stärker fokussiert – auf Frauen und Mädchen aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Andere Maßnahmen zielen auf obdachlose oder straffällig gewordene Jugendliche. In der Regel unterstützen sie nicht nur an der Schnittstelle zur Berufsausbildung, sondern helfen auch bei alltäglichen, psychosozialen oder gesundheitlichen Problemlagen. Über eine Koordinierungsstelle Jugendberufshilfe in der Abteilung Jugendsozialarbeit an Schulen im Jugendamt sollen die Angebote im Übergangsbereich erfasst, unterstützt und weiterentwickelt werden. Zentrales Anliegen der Koordinierungsstelle ist es, dazu beizutragen, dass allen jungen Menschen der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt gelingt. Im Fokus stehen dabei insbesondere jene Jugendliche, bei denen dieser Übergang nicht reibungslos verläuft und die bei ihrer beruflichen Integration Unterstützung benötigen.



Weitere Informationen:

http://www.nuernberg.de/internet/perspektiven_im_quartier

Im Jahr 2017 arbeiteten die Agentur für Arbeit, Jobcenter und die städtischen Bereiche Bildungsbüro, Referat für Jugend, Familie und Soziales und der Geschäftsbereich Schule in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt an der Vorbereitung einer **Jugendberufsagentur** in Nürnberg. Unter deren Dach soll eine wesentlich verstärkte Kooperation der Rechtskreise SGB II, III und VIII und der Schulen eine verbesserte Integration junger Menschen am Übergang von der Schule in die Berufswelt bewirken. Das 2016 gestartete Projekt „13+8“, ein Kooperationsprojekt von Jugendamt und Jobcenter, erprobte in einem Zielgebiet in Nürnberg die organisatorische und inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Jobcenter unter den Zielsetzungen einer Jugendberufsagentur. Das Projekt konnte Ende 2017 erfolgreich abgeschlossen werden.

Ein weiteres Projekt zur Vorbereitung einer Jugendberufsagentur läuft aktuell an der Konrad-Groß-Mittelschule. Hier arbeiten die Berufsberatung der Agentur für Arbeit und die städtischen Einrichtungen Allgemeiner Sozialdienst, Jugendsozialarbeit an Schulen mit den schulischen Institutionen über gemeinsame Ansprechpersonen an der erfolgreichen Bewältigung des Übergangs Schule-Beruf für die Schülerinnen und Schüler dieser Mittelschule. Das Projekt wird mit der Betreuung der Schülerinnen und Schüler aus den Abgangsklassen 2018 und der Implementierung gemeinsamer Fallbesprechungen der beteiligten Akteure fortgeführt und zum Ende des Schuljahres 2017/18 ausgewertet.

Das seit 2010 laufende bundesweit sehr beachtete Kooperationsprojekt **„Perspektiven für Familien“**, in dessen Rahmen Jugendamt und Jobcenter Hand in Hand arbeiten, um Familien wieder in Arbeit und Gesellschaft zu integrieren, wurde 2017 aus dem Projektstatus „entlassen“ und in den Regelbetrieb von Jobcenter und Jugendamt überführt. Drei Fachkräftetandems betreuten im Jahr 2017 198 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (289 Erwachsene und 383 Kinder). In diesem Zeitraum konnten 71 Personen in Arbeit vermittelt werden.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/perspektiven



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/imperia/md/jugendsozialarbeit/dokumente/berufliche_integration_web_b.pdf



5. Armut bekämpfen, Chancen eröffnen

Armut ist *ein* Ausdruck sozialer Ungleichheit, der Armutsbegriff muss differenziert betrachtet werden. Wenn in modernen Gesellschaften von Armut gesprochen wird, dann ist von relativer Armut die Rede. Relative Armut orientiert sich an gesellschaftlichen Mindeststandards, die sich im Laufe der Zeit verändern. Sich verändernde Mindeststandards kommen auch durch Verfahren der Ermittlung und Erhöhung von Regelbedarfsstufen zum Ausdruck, oder auch durch das Konzept der Armutsgefährdung, das Armutsgefährdung an einem sich regelmäßig verändernden bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen festmacht. Relative Armut bedeutet, dass Armut nicht verschwindet, sondern dass sich Armutsphänomene mit der Zeit verändern und so auch permanent über Maßnahmen in öffentlicher Verantwortung reflektiert werden muss. Armut ist ein mehrdimensionales Phänomen. Die öffentliche Armutsdiskussion dreht sich jedoch im Kern um Einkommensungleichheit und beruft sich hierbei auf die Armutsgefährdungsquote. Nach der EU-Definition gelten dabei Personen als armutsgefährdet, deren gewichtetes Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung liegt. Für einen Einpersonenhaushalt beläuft sich diese Schwelle auf Basis des im Mikrozensus errechneten mittleren Bundeseinkommens im Jahr 2016 auf 969 Euro, für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren auf 2.035 Euro. Bewegen sich die monatlichen Einkommen unterhalb dieser Schwellen, gelten die Haushalte als armutsgefährdet.

Auf Basis des bundesweiten Vergleichseinkommens gelten im Jahr 2016 laut Mikrozensus gut 23% der Nürnberger Bevölkerung als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote auf Basis des Bundesvergleichs hat sich demnach in den letzten sechs Jahren um ein knappes Fünftel erhöht. Seit 2014 gehört Nürnberg damit zu der Gruppe der fünf Großstädte mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten. Nürnberg wird 2016 im Kreis der Großstädte nur von Dortmund übertroffen. Bezieht man sich in der

Diskussion dagegen auf das jeweilige mittlere städtische Einkommen, so hat Nürnberg im Jahr 2016 unter den 15 Großstädten mit einer Armutsgefährdung von gut 19% statt ca. 23% „nur“ noch die sechsthöchste Armutsgefährdung und ist die Stadt mit der dritthöchsten Abnahme der Armutsgefährdung im Vergleich zum Vorjahr. Bei der Interpretation der Armutsgefährdungsquote ist weiter zu beachten:

- Die Armutsgefährdungsquote misst nicht Armut, sondern Einkommensungleichheit.
- Vermögen und Eigentum bleiben in der Armutsgefährdungsquote unberücksichtigt, was zu einer Überschätzung von Armutslagen führen kann.
- Armut kann auch unterschätzt werden, weil etwa Schulden nicht abgebildet werden.
- Lebenshaltungskosten und Kaufkraft in einer Großstadt werden nicht berücksichtigt.
- Armutsgefährdungsquoten kommen durch Stichprobenbefragungen von Haushalten zu Stande und sind daher gegenüber Zufallsschwankungen nicht sehr robust.
- Die zu Grunde liegende 60%-Schwelle ist eine EU-Konvention und keine objektivwissenschaftliche Armutsgefährdungsschwelle. Das gleiche gilt für die veranschlagten Bedarfsgewichte der einzelnen Haushaltsmitglieder.
- Es handelt sich um eine auf Einkommen beschränkte monetäre Sicht. Nicht-monetäre Probleme werden nicht abgebildet, sind aber für eine Auseinandersetzung wichtig.

Ergänzend zeigt der Blick auf die Entwicklung der Transferleistungsdichte und der Arbeitsmarktdaten, dass diese in Nürnberg im Vergleich der Großstädte relativ positiv ausfallen (vgl. Leitlinie 4). Die Transferleistungsdichte in Nürnberg beläuft sich Ende 2016 auf 104 gegenüber einem Großstadtdurchschnitt von 131, d.h. je 1.000 Einwohner bzw. Einwohnerinnen haben Ende 2016 in Nürnberg 104 Personen Leistungen nach SGB II (Regelleistungsberechtigte) und SGB XII (Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von

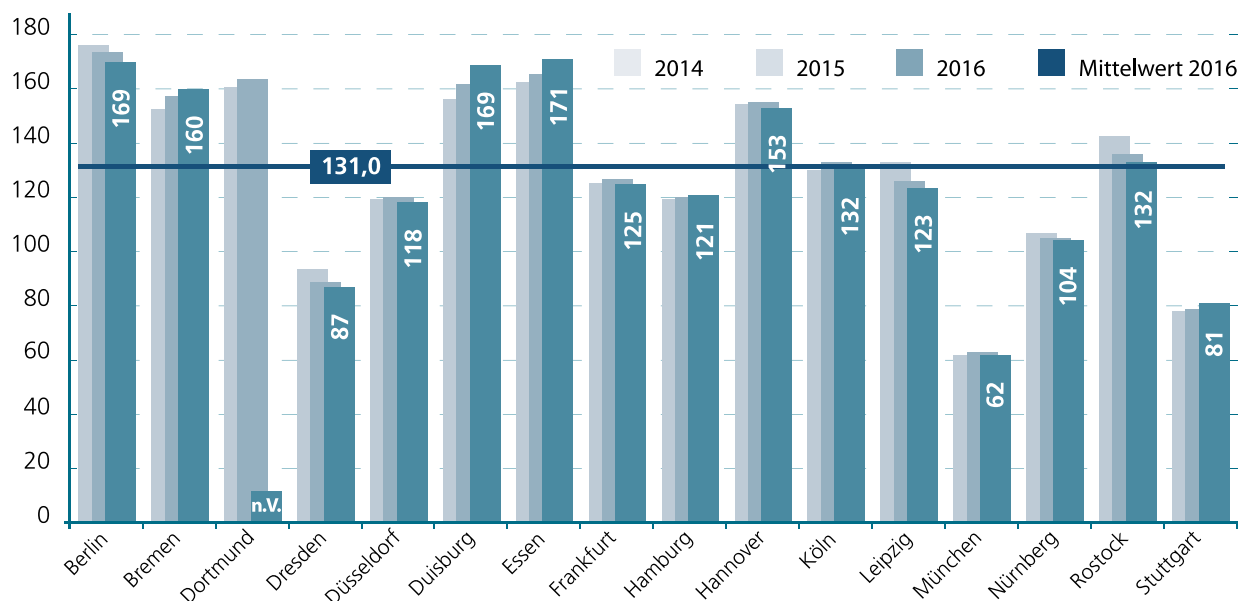


Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen) bezogen. Nimmt man die geldwerten Leistungen der Kita-Gebührenübernahme, Bildungs- und Teilhabe-Leistungen und des Nürnberg-Passes hinzu, so haben in Nürnberg

vor allem leistungsbeziehende Alleinerziehendenhaushalte und Paare mit Kindern eine Chance, oberhalb der an anderer Stelle errechneten Armutsgefährdungsschwelle zu liegen (unter der Annahme, dass die Leistungsberechtigten die jeweiligen Leistungen auch nutzen).

Transferleistungsdichte

Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen, SGB II (erwerbsfähige und nicht-erwerbsfähige Leistungsberechtigte) – je 1.000 Einwohner am 31.12.



Quelle: con_sens GmbH, 2017.

Die Botschaft ist nicht, dass leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern in Nürnberg keine Armutsprobleme haben. Im Gegenteil: Kostenbelastungen, Alltagsbewältigung, verfügbare Zeitbudgets und vor allem Teilhabe-Benachteiligungen werden hier nicht oder nur am Rande abgebildet. Hier stehen gerade leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern vor oft großen

Herausforderungen, die weiterhin kommunale Unterstützung erfordern. Allerdings wird auch deutlich, dass in Nürnberg gerade für armutsgefährdete Familien bereits viel Potenzial auch für eine materielle Unterstützung vorliegt.

Gleichwohl gibt es Entwicklungen, die einkommensschwache Haushalte unter Druck setzen,

die jedoch nicht durch eine Armutsgefährdungsquote abgebildet werden. Zu nennen sind für Nürnberg unter anderem:

- unterdurchschnittliche Einkommenszuwächse;
- durchschnittliche Schuldnerquoten, jedoch mit der höchsten Zuwachsrate;
- durchschnittliche Mietpreise, jedoch mit überdurchschnittlicher prozentualer Zunahme;
- überdurchschnittliche prozentuale Zunahme der Einkommensbelastung durch Wohnen.

Zweifelsohne gibt es in Nürnberg Armut. Unterdurchschnittliche und sinkende Transferleistungsdichten lassen jedoch – anders als die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote suggeriert – nicht den Schluss zu, dass die Armut in Nürnberg im Großstadtvergleich besonders hoch ist und überdurchschnittlich steigt. Ein Anstieg der sogenannten Armutsgefährdungsquote verweist nicht zwingend auf einen Anstieg der Armut, sondern auf eine gestiegene Einkommensungleichheit und ggf. eine unterdurchschnittliche Einkommensentwicklung.

Die eine Erklärung für eine Zunahme der Armutsgefährdung gibt es nicht. Mehrere Faktoren kommen zusammen. Neben dem zentralen Faktor der Entwicklung der Markteinkommen kann sich auf Grund der Methodik der Armutsgefährdungsquote vor allem die soziodemografische Zusammensetzung der Privathaushalte auf die Armutsgefährdung auswirken. Zu nennen sind z.B. in den letzten Jahren eine überdurchschnittliche Zunahme von Einpersonenhaushalten und der starke Zuwachs der Studierenden. Die Fluchtmigration kann die Zunahme der Armutsgefährdungsquoten seit 2013 aus methodischen Gründen im Übrigen nicht erklären, da die Geflüchteten in den jeweiligen Erhebungen (noch) nicht erreicht wurden.

Ursachen für Armut können im Bereich Bildung, Arbeit und in sozioökonomischen Faktoren zu finden sein. Armutsfolgen können sich in verschiedenen Lebenslagen zeigen (materielle, soziale, gesundheitliche, kulturelle Lebenslage). Die Kommune verfügt über eingeschränkte

Handlungsspielräume bei der Bekämpfung von Armutsursachen. Zu nennen sind etwa die Höhe der erzielten Markteinkommen, Umfang atypischer Beschäftigungsverhältnisse, private Überschuldungen, persönliche Krisen (z.B. Scheidungen), Krankheitsfälle (z.B. Unfälle), soziale Herkunft, Steuerpolitik oder eine Erhöhung der Regelsätze (SGB II/XII). Allerdings gibt es auch Ursachen, bei denen es einen gewissen Spielraum der Kommune gibt, beispielsweise im Bereich Bildung oder Qualifikation. Großen Handlungsspielraum hat die Kommune bei der Bekämpfung von Armutsfolgen in Form von Benachteiligungen der Teilhabe in verschiedenen Lebenslagen. Die Kommune als die den Menschen nächste politische Ebene steht besonders in der Verantwortung, Betroffenen Teilhabe zu ermöglichen. Das Hauptaugenmerk soll nicht auf der Diskussion von Entwicklungen liegen, die außerhalb kommunalen Einflussbereichs liegen. Stattdessen muss es darum gehen, auch künftig den eigenen kommunalen Handlungsspielraum auszuschöpfen. Einige wichtige Nürnberger Aktivitäten aus den Jahren 2016/17 werden im Folgenden ausführlich dargestellt. Erwähnt seien darüber hinaus:

- Zahl und Reichweite der Leistungen aus dem Bildungs-und-Teilhabe-Paket haben sich in den letzten Jahren erhöht. Weitere Aktionen zur Steigerung der Inanspruchnahme sind geplant (vgl. Leitlinie 2).
- Ausbau und „positive Diskriminierung“ von Regelstrukturen (z.B. Kindertagesstätten, offene Jugendarbeit etc.) sind geeignet, betroffene Familien und Kinder zu unterstützen (vgl. Leitlinien 1 bis 3).



- Konzepte zur Versorgung von obdachlosen Haushalten, zur Akquise und Vermittlung von Wohnraum für Geflüchtete, aber auch in Kooperation mit dem Wirtschaftsreferat zur Aktivierung von Potenzialen in der Fläche und auf dem Markt, damit neue Wohnmöglichkeiten auch im preiswerten Sektor geschaffen werden.
- Mindestens 30% öffentlich geförderte Wohnungen in neuen Wohnungsbauprojekten.
- Kooperationen im Bereich Arbeitsmarktintegration zwischen Bundesagentur für Arbeit, JobCenter und Noris Arbeit gGmbH (vgl. Leitlinie 4).
- Sozialraumorientierte Arbeit: u.a. Stadtteilkoordination und Seniorennetzwerke (vgl. Leitlinien 6 und 8).

Entwicklung ausgewählter Leistungen des Sozialamts			
	Dez. 2015	Dez. 2016	Dez. 2017
Leistungsberechtigte im Bereich 1 – wirtschaftliche Hilfen, davon mit Leistungen aus dem Bereich	17.725	17.918	15.983
Hilfe zum Lebensunterhalt	998	958	920
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	8.575	8.823	8.832
Hilfen zur Gesundheit	1.404	1.330	1.291
Hilfe zur Pflege	1.254	1.326	691*
Asylbewerberleistungsgesetz	8.152	5.501	4.097
Bildung und Teilhabe – Kinder und Jugendliche	15.810	16.880	16.935
Mittagessen in Schule und Kita	12.270	13.168	13.265
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	13.147	14.396	14.660
Lernförderung	433	519	638
Ausgewählte Leistungen des Bereichs 2 – Integration und Prävention			
Fälle des sozialpädagogischen Fachdienstes (teilweise Doppelzählung)	14.096	13.041	13.453
Fälle der Betreuungsstelle (Ermittlungen für Betreuungsgericht)	4.133	3.377	3.523
Ausgewählte Leistungen des Bereichs 3 – Wohnungsvermittlung, Wohngeld, Wohnungsfragen und Obdachlosigkeit			
wohnungssuchene Haushalte	8.035	8.288	8.502
vermittelte wohnungssuchende Haushalte im Jahr	1.198	1.134	1.118
Personen in Haushalten mit Wohngeld-Leistungen	9.028	12.301	12.304
vorbeugende Obdachlosenhilfe, Fälle (Haushalte)	2.524	2.261	2.031
untergebrachte obdachlose Personen	1.659	1.716	1.820
* aufgrund von Änderungen im Pflegegeldgesetz III (vgl. Leitlinie 6)			

Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Weiterentwicklung des Nürnberger Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut

Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg „Armen Kindern Zukunft geben!“ hat seit 2008 gemeinsam mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern viel erreicht und Anerkennung, auch über die Grenzen Nürnbergs hinaus, erfahren. Nach nunmehr zehn Jahren intensiver Entwicklungsarbeit und erfolgreicher Projekte und Maßnahmen wurde das Arbeitsprogramm bezüglich seiner inhaltlichen und strukturellen Ausrichtung im Jahr 2017 umfassend bilanziert und es wurden im Dialog mit der Praxis neue Impulse für die Weiterentwicklung ausgearbeitet.

Die Armut junger Menschen ist und bleibt eine zentrale Herausforderung und Daueraufgabe kommunaler Sozialpolitik. Kinder und Jugendliche sind nach wie vor überdurchschnittlich oft von Armutslagen betroffen. Doch eine pauschale Einordnung, dass alles immer schlimmer werde, trifft – wie so häufig in den öffentlichen Diskursen angeführt – so nicht zu. Kinder- und Jugendarmut ist ein vielschichtiges Phänomen und sollte daher auch differenziert dargestellt werden:

- Die Hilfebedarfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben in den letzten Jahren in absoluten Zahlen zugenommen. Es ist jedoch zu beachten, dass im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl Nürnbergs ebenfalls stark gewachsen ist.
- Gerade bei den 6- bis unter 18-Jährigen ist die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften schneller gewachsen als die Gesamtbevölkerung der Altersgruppe. Anders formuliert: Gerade Jugendliche bis unter 18 Jahren sind besonders häufig von Armut betroffen.
- Mit gut 18% ist die SGB II-Quote unter 18-Jähriger in Nürnberg nahezu doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung, sie nimmt jedoch nicht zu.
- Die Einbeziehung weiterer Sozialleistungen zeigt, dass die anteilige Armut der unter 18-Jährigen in Nürnberg im Zeitverlauf stabil ist.

- Kinder- und Jugendarmut ist mehr als ein monetärer Mangel.
- Armut wird zunehmend zu einem verfestigten Problem. Aktuelle Längsschnittstudien zeigen, dass gut ein Fünftel der Kinder in Deutschland längerfristig in Armut lebt.

Das Arbeitsprogramm soll künftig dafür stehen, was im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales im Sinne der Armutsbekämpfung/-prävention für junge Menschen und ihre Familien auf kommunaler Ebene getan werden soll bzw. getan werden kann. Die Prävention und Bekämpfung von Armutslagen bei Kindern und Jugendlichen erfolgt nicht ausschließlich durch den Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales. Auch andere Geschäftsbereiche sind hier in vielfacher Hinsicht aktiv. An verschiedenen Stellen gibt es dazu langjährige und bewährte Kooperationen. Die hier skizzierte Weiterentwicklung soll auch Anlass sein, vor allem mit den Geschäftsbereichen des 3. Bürgermeisters, dem Kulturreferat und dem Referat für Umwelt und Gesundheit in einen weiterführenden Austausch zum Thema zu treten. Für die Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms sind folgende Prämissen handlungsleitend:

- Das Arbeitsprogramm soll neben Kindern Jugendliche stärker in den Blick nehmen.
- Nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch deren Eltern sollen unterstützt werden. Dabei sollen vor allem arbeitsmarktpolitische Handlungsspielräume ausgenutzt werden.
- Durch die Unterscheidung zwischen Ursachen- und Folgenbekämpfung sollen die tatsächlichen Handlungsspielräume der Kommune stärker in den Vordergrund des Handelns gerückt werden. Als Kommune arbeiten wir vorrangig an den Folgen der Armut, nur begrenzt an den Ursachen.
- Eine Unterscheidung nach Handlungsfeldern wird beibehalten, allerdings sollen die Handlungsfelder neu begründet, neu strukturiert und inhaltlich weiterentwickelt werden.

- Die bereits zum Teil seit vielen Jahren etablierten und in ihrer Wirkungsweise wichtigen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte (wie z.B. die Patenschaftsmodelle, Förderung der Aktivitäten in Sportvereinen, Zugang zu Kulturangeboten, Förderung mittels Bildungs- und Teilhabepaket etc.) bleiben selbstverständlich auch weiterhin Bestandteile des Arbeitsprogramms und werden den neu zugeschnitten Handlungsfeldern entsprechend zugeordnet.
- Regelangebote und -strukturen sollen – wo sinnvoll – stärker einbezogen werden.
- Es soll ein flankierendes Monitoring etabliert werden, das Bedarfe sondiert und die

Umsetzung zentraler Aktivitäten indikatoren-gestützt reflektieren und steuern hilft.

- Die Vernetzung der Aktivitäten im Geschäftsbereich und seiner Partner soll intensiviert werden und – wo sinnvoll – neue Kooperationen aufgebaut werden.
- Information, Kommunikation und Sensibilisierung werden weiter verstärkt.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialamt/projekte_kinderarmut.html

Neues Schlüssiges Konzept für die Mietrichtwerte in Nürnberg

Das Sozialamt ist dafür zuständig, mittels eines „schlüssigen Konzepts“ die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft im SGB II und im SGB XII zu ermitteln. Diese Richtwerte sind für die Leistungen des Jobcenters und der Grundsicherung im Sozialamt verbindlich. Sie sind bei Bedarf an die Mietpreisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt anzupassen. Die Richtwerte wurden zum Januar 2005 mit der Einführung des SGB II erstmals festgelegt und zum Januar 2009 sowie zum Januar 2013 jeweils angepasst.

Zum Januar 2018 erfolgt die nächste Anpassung der Richtwerte. Das neue schlüssige Konzept, das dem Sozialausschuss des Stadtrats im November 2017 präsentiert wurde, basiert auf den Vorgaben der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts sowie auf dem aktuell gültigen qualifizierten Regressions-Mietenspiegel der Stadt Nürnberg. Zur Ermittlung der Richtwerte wurden die dem Mietspiegel zugrundeliegenden

den Daten aus der Befragung des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth verwendet. Hierbei wurden angemessene Quadratmeterpreise nach einem Wohnflächenkorridor ausgewertet und dazu angemessene kalte Betriebskosten aus der SGB II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit addiert. Der aktuelle vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragte Forschungsbericht „Ermittlung existenzsichernder Bedarfe für die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II und in der Sozialhilfe nach SGB XII²“ wurde ebenfalls zur Erstellung des schlüssigen Konzeptes beigezogen.

Die Richtwerte für die Kosten für die Unterkunft und Heizung betrafen in Nürnberg im Mai 2017 33.732 Haushalte mit ca. 56.273 Personen, die Transferleistungen nach dem SGB II und SGB XII beziehen. Dies entspricht rund 11% der Nürnberger Bevölkerung.

Übersicht aktueller Richtwert (Tabelle 1 von 2)

	1 Person 50 qm	2 Personen 65 qm	3 Personen 75 qm	4 Personen 90 qm	5 Personen 105 qm	Jede weitere Person 10 qm ¹
Mietrichtwert in Euro	397	506	591	709	824	78

¹6 Personen 902 Euro, 7 Personen 980 Euro, 8 Personen 1.058 Euro, 9 Personen 1.136 Euro, 10 Personen 1.214 Euro

Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Übersicht aktueller Richtwert (Tabelle 2 von 2)

	1 Person 50 qm	2 Personen 65 qm	3 Personen 75 qm	4 Personen 90 qm	5 Personen 105 qm	Jede weitere Person 15 qm ¹
Heiz- und Warmwasserkosten ab 01.01.2018 in Euro Nichtprüfungsgrenze für Personen mit kompletter dezentraler Warmwasserversorgung²	68	88	101	122	142	tatsächliche qm-Zahl x 1,35 €, mind. 142
Angemessene Heizkosten pro qm in Euro	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35

²Eine dezentrale Warmwasserversorgung im Sinne des SGB II liegt vor, wenn die Warmwasserversorgung in der Wohnung über Strom erfolgt (Durchlauferhitzer oder Boiler). Hier gibt es einen Mehrbedarf gemäß § 21 Absatz 7 SGB II, dabei handelt es sich um eine Bundesleistung. Gibt es im Haushalt zentrale und dezentrale Warmwasserversorgung, z.B. im Bad einen Durchlauferhitzer oder Boiler, wird der Mehrbedarf anteilig gewährt. Bei einer wohnungszentralen Warmwasserversorgung über Gastherme, handelt es sich wohl nicht um eine dezentrale Warmwasserversorgung im Sinne des § 21 Absatz 7 SGB II, da die Abrechnung dieser Kosten mit der Heizkostenabrechnung für Gas erfolgt.

³Ist die Wohnung kleiner als 105 qm, können bis zu 142 Euro Heizkosten anerkannt werden.

Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Vierte Nürnberger Armutskonferenz

Am 16. und 17. Oktober 2017 fand die Vierte Nürnberger Armutskonferenz unter dem Titel „Armut und Migration – Die Bedeutung der Integration für die Bekämpfung von Armut. Befunde aus Wissenschaft, Politik und Praxis“ statt. Im Fokus der Veranstaltung stand das Wechselverhältnis zwischen Armut und Migration. Armut ist sowohl Auslöser als auch Folge von Migrationsprozessen. Sie ist, neben Krieg und Verfolgung, der wichtigste Auslöser für Auswanderung und zugleich sind die Auswandernden dort, wo sie ankommen, häufig eine der am meisten von Armut betroffenen Gruppen.

Die Konferenz beschäftigte sich mit den verschiedenen Ausprägungen dieses Wechselverhältnisses und ging intensiv der Frage nach, ob gelungene Integration von Migrantinnen und Migranten diesen Zusammenhang aufheben oder durchbrechen kann. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer Bestandsaufnahme und kritischen Analyse der deutschen Integrationspolitik und der Integrationsmaßnahmen.

Die Vierte Nürnberger Armutskonferenz folgte der bisherigen Tradition, das jeweilige Thema aus wissenschaftlicher und politischer Sicht zu betrachten sowie gelungene Beispiele aus der Praxis einzubinden und vorzustellen. Darüber hinaus nutzten die rund 190 bundesweit angereisten Teilnehmenden die Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch, unter anderem in vier thematischen Foren:

- Integrationsstrategien im Vergleich,
- Determinanten des Bildungserfolgs,
- Integration in Arbeit und Beruf sowie
- „Überall angekommen?“.

Des Weiteren konnten die Teilnehmenden sich am Markt der Möglichkeiten über Best-Practice-Beispiele aus der Stadt Nürnberg informieren.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialamt/armutskonferenz2017.html



Nürnberger „Netz gegen Armut“

Seit der ersten Nürnberger Armutskonferenz 2007 ist dieses Kooperationsnetz ein fest verankerter Bestandteil der Nürnberger Armutsprävention. Derzeit sind 19 Institutionen ständige Mitglieder. Die Arbeit des Netzes ist politisch, planerisch und handelnd. Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation von hilfebedürftigen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Rund zehn Jahre Zusammenarbeit zeigten sich auch in den Jubiläen einzelner Aktionen wie „10 Jahre Schulmittelaktion“ oder „10 Jahre Sternchenmarkt“. In den Jahren 2016 und 2017 fanden zudem vier Netzwerk-Treffen statt. Dort wurden Informationen zu den Themen Wohnen für den

ärmeren Teil der Bevölkerung, Gesundheitsangebote, Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut, Altersarmut, Nürnberger Tafel und Schuldnerberatung ausgetauscht. Mehrfach aufgegriffene Themen in den Netzwerktreffen waren Erfahrungen und Entwicklungen bei der Integration von Menschen mit Fluchterfahrung in Nürnberg.



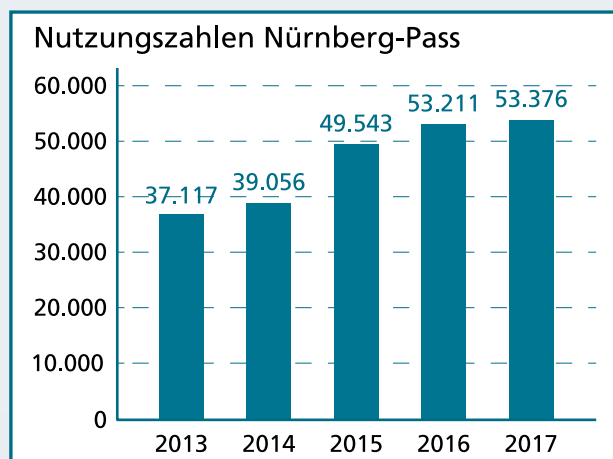
Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialamt/netz_gegen_armut.html

Der Nürnberg-Pass hilft

Der Nürnberg-Pass, als Steuerungs- und Dialoginstrument der Armutsprävention konzipiert, verbindet materielle Vergünstigungen mit einer Vielzahl von Angeboten in den Bereichen Kultur, Kunst, Bildung, Freizeit, Sport, Bewegung, öffentlicher Nahverkehr für alle Altersgruppen. In den letzten fünf Jahren sind die Nutzungszahlen um fast 17.000 angestiegen.

entweder Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration nach 8 Uhr beginnen oder auch zum Beispiel Beschäftigte im Einzelhandel wegen der späteren Öffnungszeit die verbilligte Wertmarke nutzen können, wenn sie aufgrund ihrer Einkommenssituation den Nürnberg-Pass besitzen. Der Wertmarkenverkauf hat sich von 104.833 im Jahr 2013 auf 184.000 im Jahr 2017 erhöht.



Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Eine intensive Nutzung erfährt die verbilligte Monatswertmarke. Ab dem 01.01.2018 kostet die Wertmarke 31,70 Euro. Es besteht die Besonderheit der Ausschlusszeit von 6 bis 8 Uhr von Montag bis Freitag. Diese Ausschlusszeit kommt vielen Nürnberg-Pass-Nutzenden entgegen, da



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialamt/projekte_nuernberg_pass.html





Energiesparprojekt

Seit 2008 beraten die Energieberater und Energieberaterinnen einkommensschwache Haushalte und Leistungsbeziehende dahingehend, Energie einzusparen. Zwei Schwerpunkte spielen bei den Beratungen, die in den eigenen vier Wänden der zu beratenden Haushalte stattfinden, eine zentrale Rolle: Der Haushalt soll einen bewussten Umgang mit Strom, Heizung und Warmwasser erlernen und langfristig in seinen Lebensalltag integrieren. Außerdem spielen investive Maßnahmen, angeregt durch Give-Aways (LED-Leuchtmittel, Thermohygrometer, Kühlschrankthermometer oder schaltbare Steckdosenleisten), die beim Energiesparen unterstützen sollen, eine wichtige Rolle. Weiter gibt es die Möglichkeit, dass die Energieberatung die Bezuschussung eines energieeffizienten neuen Elektrogroßgeräts befürwortet. Zusammen mit der fachmännischen Begleitung der Energieberaterinnen und -berater – allesamt Fachleute aus dem Bereich Bau, Technik und Umwelt – haben sich die Maßnahmen in den vergangenen Jahren als sehr wirkungsvoll erwiesen. So konnten im Jahr 2016 493 Haushalte mit einer kostenlosen Energieberatung unterstützt werden. 2017 waren es sogar 592 Haushalte, die das Beratungsangebot in Anspruch nahmen.

Neben der steigenden Nachfrage ist auffällig, dass zunehmend Haushalte mit Migrationshintergrund die Beratung in Anspruch nehmen. Neben Haushalten mit Ursprung in den GUS-Staaten hat sich vor allem die Anzahl der arabisch sprechenden Haushalte deutlich erhöht. Um diesen Bedarf, der sich durch die Neuzugewanderten ergibt (vgl. Leitlinie 9), aufzufangen,

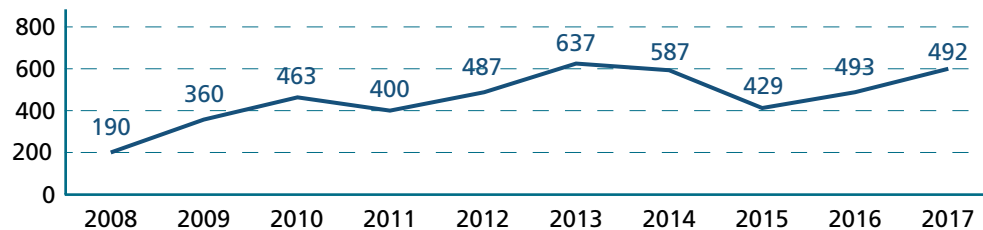
wurde eine Vortragsreihe zu Präventionszwecken entwickelt. Zusammen mit dem Jobcenter und der N-ERGIE als regionaler Energieversorgung wurde die Vortragsreihe fest etabliert und findet einmal monatlich in den Räumen des Jobcenters in der Platenstraße statt. Finanziert wird die Vortragsreihe über eine jährliche Sonderzuwendung der N-ERGIE in Höhe von 10.000 Euro. Die Einladung der Teilnehmenden erfolgt über das Jobcenter, während die inhaltliche Aufbereitung das Team des Energiesparprojekts übernimmt. Neben einem Sprachmittler oder einer Sprachmittlerin für Arabisch ist immer auch jemand von der Kundenberatung der N-ERGIE anwesend, um Fragen zum Thema Tarif, Tarifwechsel, Stromversorgung usw. zu beantworten. Eingeladen werden Neuzugewanderte, die bereits eine eigene Wohnung bezogen haben. Durch die gezielte Aufklärung zum Umgang mit Strom, Heizung und Warmwasser sollen Stromschulden erst gar nicht entstehen. 2017 nahmen 250 Personen am Präventionsvortrag teil. 84 Teilnehmende entschieden sich im Nachgang für eine individuelle Beratung in den eigenen vier Wänden. Auch bei diesen Beratungen ist die Sprachmittlung fester Bestandteil. Darüber hinaus stellt das Team des Energiesparprojekts Materialien auf Arabisch zur Verfügung. 2018 wird die Vortragsreihe fortgesetzt.



Weitere Informationen:

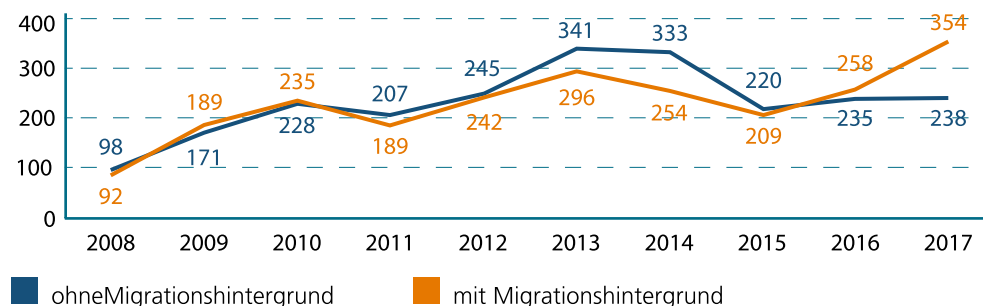
www.nuernberg.de/internet/esp

Teilnehmende gesamt



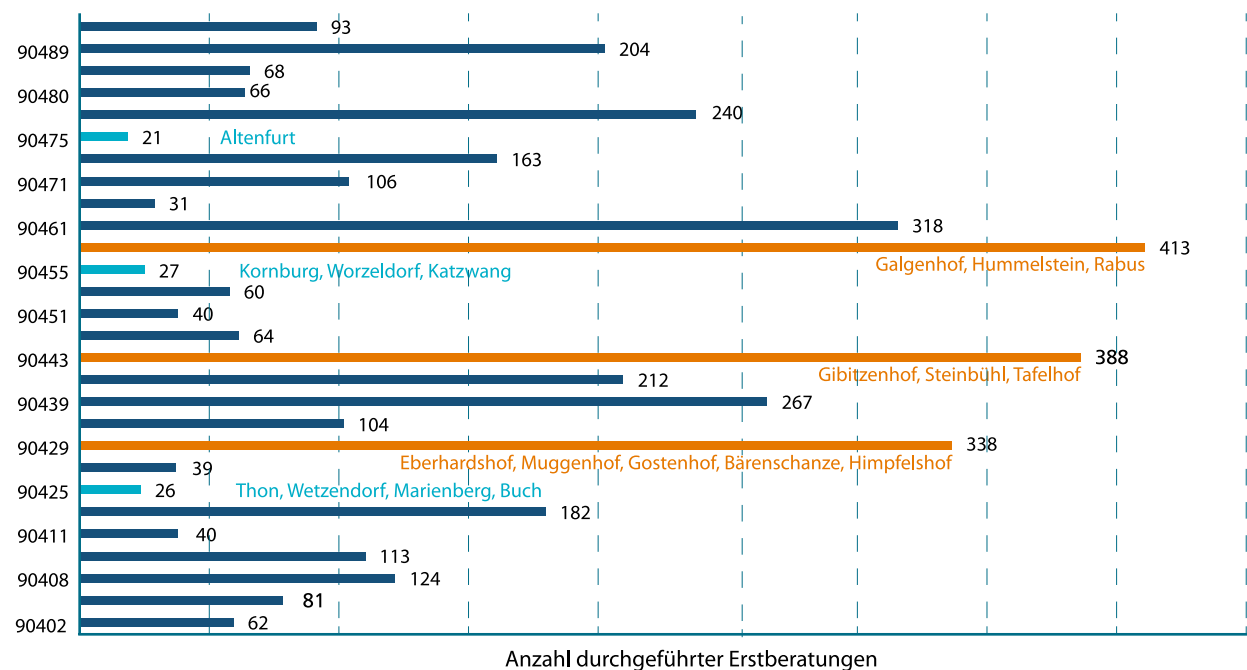
Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Teilnehmende mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Verteilung der Beratungen im Stadtgebiet nach Postleitzahl 2008 - 2017



Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.

Kontaktaufnahme erfolgte über...



Quelle: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, 2017.



Suchthilfe

Aufgabe des Suchtbeauftragten der Stadt Nürnberg ist die Koordination der Suchthilfe und aller anderen beteiligten Dienste. Darunter fallen unter anderem die Polizei und das Gesundheitsamt. Weiterhin vertritt der Suchtbeauftragte die Interessen der Suchthilfe in städtischen sowie überregionalen Gremien. Darüber hinaus wirkt er an der konzeptionellen Weiterentwicklung des Suchthilfesystems mit. Aktuelle Schwerpunktthemen der Suchthilfe sind die Drogen- und Alkoholszene im Hauptbahnhof, auf dem Bahnhofsvorplatz und in der Königstorpassage sowie der sukzessive Ausbau der Substitutionsplätze in Mittelfranken.

Die Koexistenz der parallelen Szenen (Drogen-, Alkoholabhängige und Geflüchtete) sorgte dafür, dass sich die Situation in der Königstorpassage als zentraler Anlaufpunkt zuspitzte. Das ordnungsrechtliche Handeln der Kommune zeigte sich in der Schaffung einer Alkoholverbotszone ab 1. Januar 2017 von 22 Uhr bis 6 Uhr und der Bestreifung der Passage durch die Polizei. Dies bewirkte eine Verlagerung der Szenen in die Mittelhalle des Hauptbahnhofs und auf den Bahnhofsvorplatz. Zur gemeinsamen Abstimmung wurde die „Gemeinsame Lagebesprechung“ zwischen den Suchthilfeeinrichtungen, der Polizei und dem Suchtbeauftragten eingerichtet. Darüber hinaus werden die gemeinsamen Handlungsspielräume in stadtinternen Gremien – zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener beteiligter Dienststellen – und Runden Tischen mit

externen Kooperationsstellen koordiniert. Ziel muss es sein, die betroffenen Personenkreise zu erreichen und Hilfsangebote vorzuhalten.

Die Stadt Nürnberg stellte kurzfristig finanzielle Mittel zur Verfügung, um Farsi sprechende Streetwork bei der Drogenhilfe anzubieten. Diese Maßnahme zeigt Erfolg, Betroffene konnten in das Drogenhilfesystem eingebunden werden. Auch die Flexibilisierung der Streetworkzeiten, zum Teil in den Abend hinein, dient einem erweiterten Zugang zu suchterkrankten Menschen.

Die Zahl der Substitutionsplätze in Nürnberg wird schrittweise ausgebaut. Mittlerweile konnte das Angebot auf insgesamt ca. 560 Plätze erweitert werden. Es handelt sich dabei um zwei Arztpraxen, mehrere große Substitutionspraxen, die Suchtambulanz des Klinikums sowie die Einrichtung „SubstAnz“ der Bezirkskliniken Mittelfranken. Der kooperative Austausch und eine Zusammenarbeit in Mittelfranken waren durch den Runden Tisch Substitution des Bezirks Mittelfranken gewährleistet. Des Weiteren richtete der Bezirk im Juni 2017 den „Fachtag Sucht“ aus, der sich mit den Themenschwerpunkten Suchtarbeit mit nicht-deutsch sprechenden Personen, schwangere Frauen in der Suchthilfe, Sucht im Alter sowie Glücksspielsucht auseinandersetzte. Im Zuge des Ausbaus der generellen Schwerpunktsetzung wurde der Runde Tisch Substitution mittlerweile in den Runden Tisch Sucht überführt.

6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten

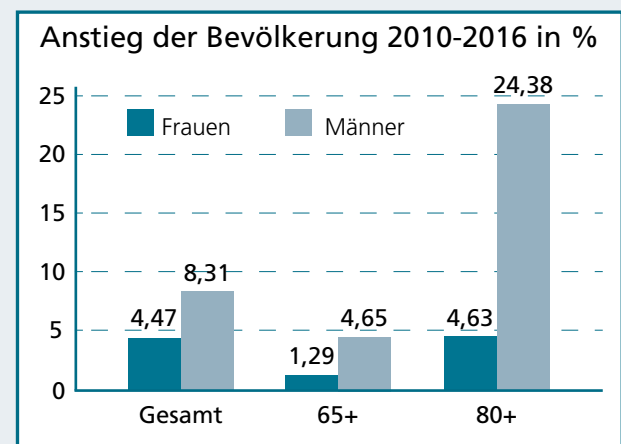
Der demografische Wandel ist allgegenwärtig, doch jede Stadt altert anders. In Nürnberg steigt die Einwohnerzahl seit Jahren an, die Menschen leben immer länger und die kulturelle Vielfalt des Alters nimmt stetig zu:

- Derzeit sind über 135.000 Menschen in Nürnberg mindestens 60 Jahre alt (knapp 26% der Bevölkerung), 30.500 Menschen sind 80 Jahre oder älter. Insbesondere die Anzahl der mindestens 80-Jährigen ist zwischen 2010 und 2016 um 11% gestiegen.
- Aktuell haben 31% der Nürnbergerinnen und Nürnberger ab 65 Jahren einen Migrationshintergrund, das sind rund 32.400 Menschen.

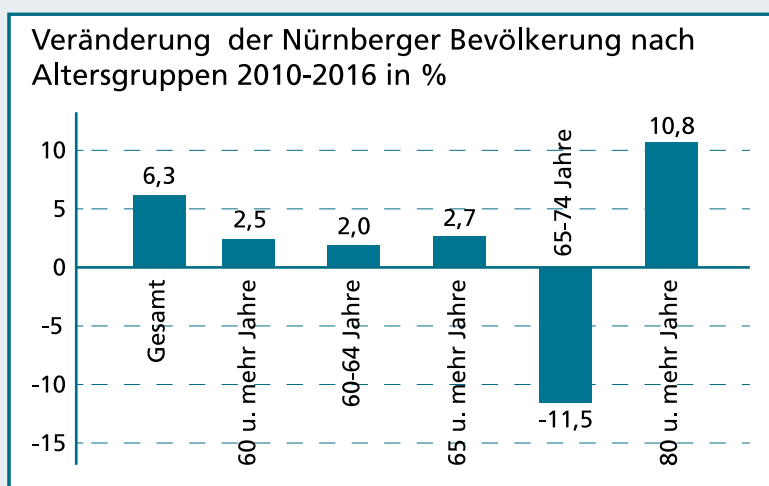
Neben den „nackten Zahlen“ ändern sich auch Merkmale nachfolgender Senioren Generationen. So werden in Kürze viele „Babyboomer“ ins Rentenalter eintreten, die sich in ihren Bedürfnissen und Ansprüchen von vorangegangenen Kohorten unterscheiden. Und natürlich wird die Digitalisierung der Gesellschaft Auswirkungen sowohl auf die Lebenslagen älterer Menschen als auch auf die Zugangswege für mögliche Unterstützungs- oder Beteiligungsangebote haben.

Auf diesen beständigen Wandel muss sich die Seniorenpolitik der Stadt einstellen. In strategischer Hinsicht haben wir die traditionelle Ausrichtung der „Altenhilfe“ erweitert:

Zum einen wollen wir die Lebens- und Wohnverhältnisse der älteren Menschen so gestalten, dass sie so lange wie möglich zu Hause leben können – auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Andererseits schaffen wir Möglichkeiten zur Teilhabe und Partizipation für aktive Seniorinnen und Senioren. Das Seniorenamt versteht sich u.a. als Moderator und Koordinator kleinräumiger Entwicklungsprozesse, um vor Ort die Akteurinnen und Akteure zum gemeinsamen Handeln für ältere Menschen zu bewegen. Damit stellen sich neue Aufgaben in so unterschiedlichen Handlungsfeldern wie Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheitsvorsorge und Prävention, Verkehr und Mobilität sowie bei der Schaffung bzw. Stärkung kleinräumiger „Sorgengemeinschaften“.



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Seniorenamt der Stadt Nürnberg, 2017.

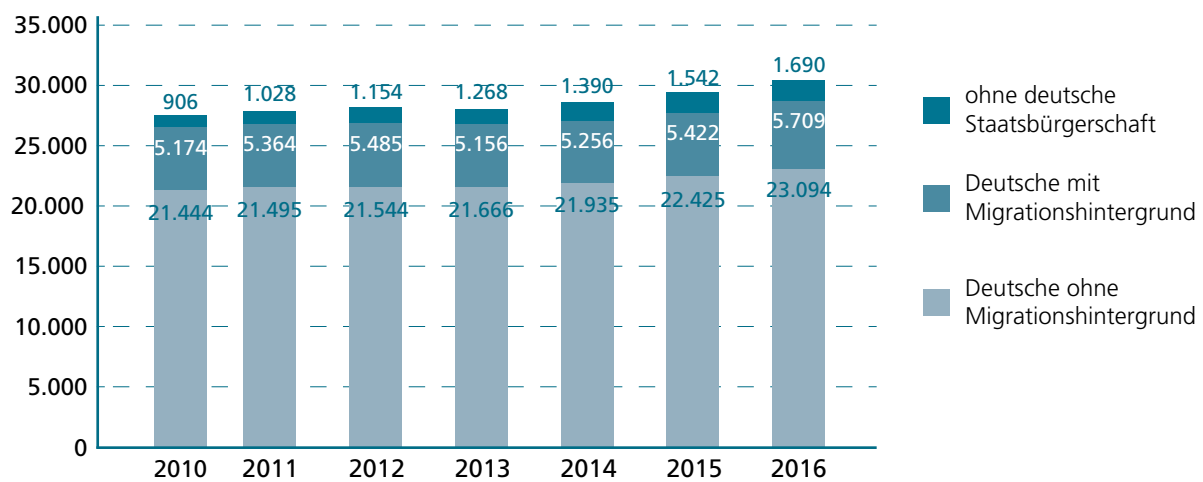


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Seniorenamt der Stadt Nürnberg, 2017.



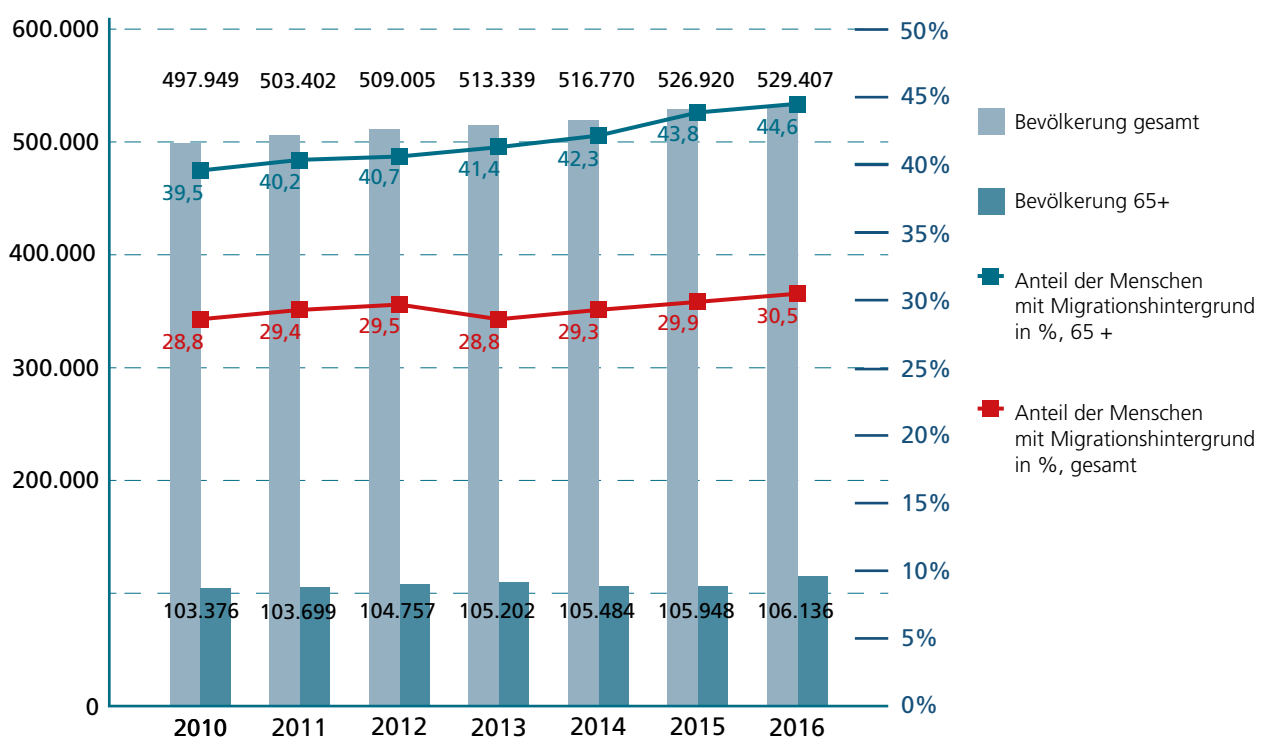


Bevölkerung ab 80 Jahren, absolut



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Seniorenamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Bevölkerungsveränderung 2010-2016, absolut und in %



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Seniorenamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Quartiersorientierte Seniorenarbeit

Das Jahr 2016 bietet Anlass für einen Rückblick auf die ersten fünf Jahre des Förderprogramms „Quartiersorientierte Seniorenarbeit“. 2011 im Sozialausschuss beschlossen, leitete es strategisch eine Neuausrichtung der Seniorenarbeit mit Seniorennetzwerken, Trägerbudgets und Modellprojekten ein.

Mit derzeit 15 Seniorennetzwerken wurden in gemeinsamer Modellverantwortung von Kommune und Trägern quartiersbezogene Unterstützungsstrukturen ausgebaut. An den Runden Tischen Seniorenarbeit und in Projekten bringen sich Fachkräfte, Freiwillige und Bewohnerschaft in die Quartiersarbeit ein. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Seniorennetzwerke ergänzen in trägerübergreifender Kooperation bestehende Angebote bedarfsorientiert durch teilhabefördernde und präventive Programme und sind Anlaufstellen im Viertel mit einer niedrigschwelligen Beratungs-, Lotsen- und Vermittlungsfunktion zu anderen Unterstützungsleistungen. Im Jahr 2016 wurden rund 3.600 Kontakte in Einzel- und rund 18.000 Kontakte in regelmäßigen Veranstaltungen erreicht. Hinzu kommen etwa 5.650 dokumentierte Einzelkontakte der Koordinatorinnen und Koordinatoren zu älteren Menschen, Angehörigen oder Freiwilligen sowie eine Vielzahl nicht dokumentierbarer Kontakte.

Trägerbudgets stärken Handlungsspielräume für die frei-gemeinnützigen Träger zur Förderung von Quartiersstrukturen. Unterstützt werden

etwa Begegnungsstätten und Seniorenclubs. Zudem wurden Schwerpunkte wie die Öffnung der Angebote von (teil-)stationären Einrichtungen in das Quartier entwickelt, die die wohnungsnahe Infrastruktur für Teilhabe und Prävention erweitern. Zielgruppenspezifische Angebote sprechen Seniorinnen und Senioren in besonderen Lebenslagen an. Insgesamt erreichten die in 2016 geförderten Angebote annähernd 180.000 Kontakte.

Durch die Modellförderung wurden bis 2017 insgesamt 13 Projekte für unterschiedliche Zielgruppen erprobt, etwa für allein lebende, mobilitätseingeschränkte, hochbetagte Menschen, Ältere mit finanziellen Einschränkungen, Menschen mit Demenz oder Ältere mit Zuwanderungsgeschichte. Die Projekte erbrachten auch Erkenntnisse über zielgruppenspezifische Bedarfe und informelle nachbarschaftliche Strukturen.

Die Seniorenarbeit konnte somit stärker quartiersorientiert ausgerichtet und das unterstützende, teilhabefördernde und präventive Angebotsspektrum verstärkt und ausgebaut werden. Von Kommune und freier Wohlfahrtspflege wurde die Quartiersorientierung in gemeinsamer Verantwortlichkeit umgesetzt.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/seniorenamt/seniorennetzwerke.html

Repräsentative Studie zur Nachbarschaftshilfe in Nürnberg

Ausgehend von Impulsen aus der quartiersorientierten Seniorenarbeit hat das Seniorenamt 2016 eine repräsentative empirische Studie zur Nachbarschaftshilfe in Nürnberg in Auftrag gegeben. Kooperationspartnerin war dabei die Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. Ziel war es, systematisch zu untersuchen, wie es um die „Qualität“ der Nachbarschaften in Nürnberg bestellt ist. Wichtige Fragestellun-

gen waren dabei: Wie viele Personen leisten welche Formen von Nachbarschaftshilfe? Wie hoch ist das Potenzial für informelle Hilfen? Wie verteilen sich Hilfeformen und Potenziale sozialräumlich, d.h. gibt es markante Unterschiede in den Stadtteilen? Dies alles natürlich mit besonderem Blick auf die Seniorinnen und Senioren in Nürnberg. Insbesondere für die Quartiersarbeit ist es von Belang, wie hoch der

Unterstützungsbedarf bei Senioren ist und ob und wie die Nachbarschaft als Ressource genutzt werden kann. Gerade für ältere Menschen ist das Wohnumfeld von besonderer Bedeutung, weil die Lebenskreise mit zunehmendem Alter immer kleiner werden.

Im Abschlussbericht, der Ende 2017 vorgelegt wurde, ist eine Fülle von Ergebnissen enthalten, zum einen über die faktischen Strukturen der Nachbarschaftshilfe in Nürnberg, zum anderen über mögliche Ansatzpunkte, wo und wie sich Nachbarschaftshilfe anregen bzw. unterstützen lässt. Einige wichtige Erkenntnisse aus dem Bericht mögen dies verdeutlichen:

- Die Menschen leben fast alle gern in ihrer Nachbarschaft, haben deswegen aber nicht unbedingt engen Kontakt miteinander. Wenig Nachbarschaftskontakte sind dabei nicht in einer generellen Ablehnungshaltung begründet, sondern es liegt oftmals an fehlenden Gelegenheiten, wenn sich Nachbarinnen und Nachbarn kaum kennen.
- Seniorinnen und Senioren haben einen höheren Unterstützungsbedarf und für sie wird die Nachbarschaft im persönlichen Hilfenetzwerk bedeutsamer. Insgesamt aber verfügt der Großteil der Menschen über tragfähige persönliche Hilfenetzwerke.
- Wenn es um die Frage geht, wo man Unterstützung im Alltag erhalten kann, ist die Nachbarschaft als „Informationsquelle“ sehr

wichtig. Bei den älteren Menschen zeigt sich insbesondere, dass die Seniorennetzwerke zunehmend als Anlaufstelle für Unterstützungsmöglichkeiten erkannt werden.

- Nachbarschaftshilfe lässt sich in „fürsorgeorientierte“ und „sachorientierte“ Tätigkeiten differenzieren und so bestimmten „Helfertypen“ zuordnen. Die informelle Hilfe unterscheidet sich durchaus in den Stadtteilen, liegt aber insgesamt auf einem hohen Niveau: Im Schnitt 71% der Befragten haben im vergangenen Jahr informelle Nachbarschaftshilfe geleistet.
- Die Potenziale für mehr Nachbarschaftshilfe sind beachtlich. Etwa 50% würden mehr helfen, wissen aber nicht, ob jemand Hilfe braucht. Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist das Potenzial sogar noch etwas höher. Besonders hoch ist das Potenzial in solchen Stadtteilen, in denen aktuell eher wenig Nachbarschaftshilfe stattfindet.

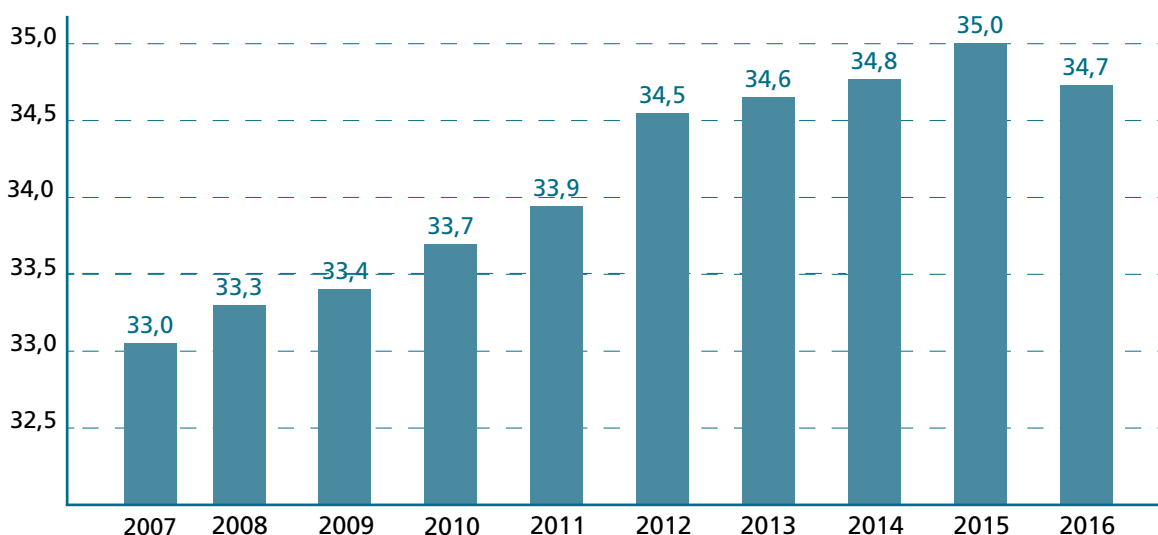
Mit diesen und vielen weiteren Ergebnissen werden aktuell und in naher Zukunft Möglichkeiten für die Erweiterung der Unterstützungsstrukturen in der Quartiersarbeit für Seniorinnen und Senioren geprüft.



Weitere Informationen:

www.th-nuernberg.de

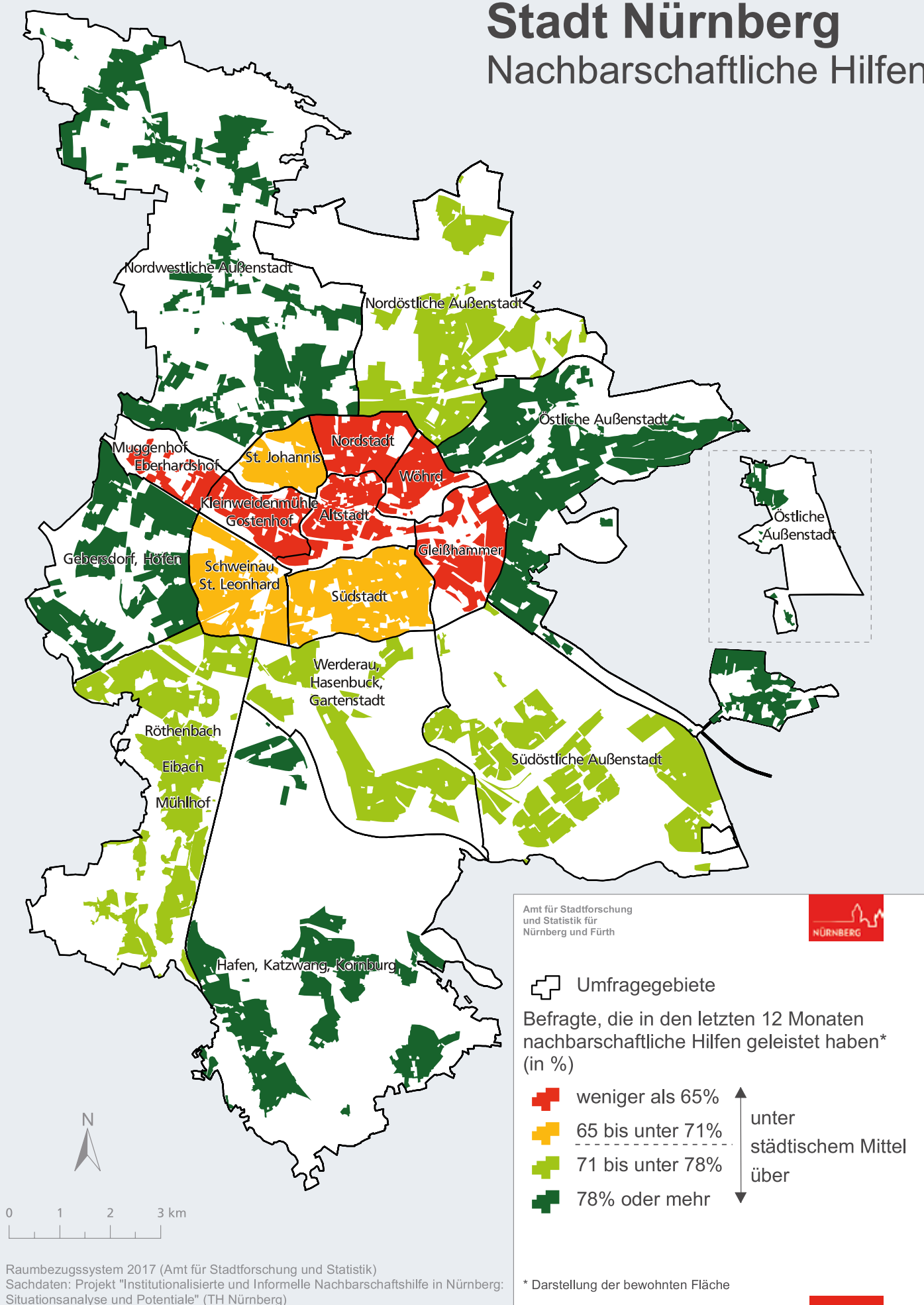
Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten, Generation 65+, in Nürnberg, in %



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Seniorenamt der Stadt Nürnberg, 2017.

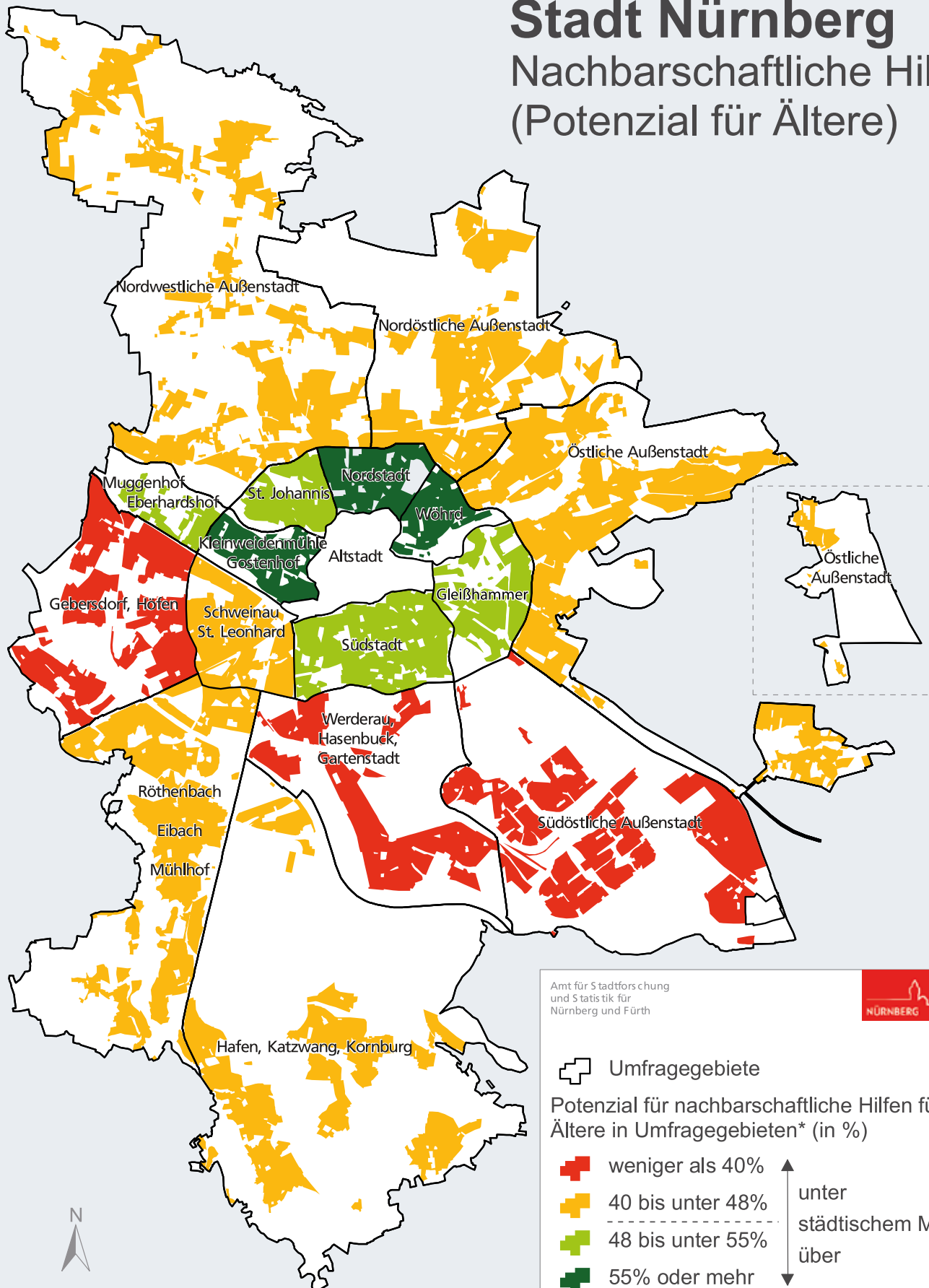
Stadt Nürnberg

Nachbarschaftliche Hilfen



Stadt Nürnberg

Nachbarschaftliche Hilfen (Potenzial für Ältere)

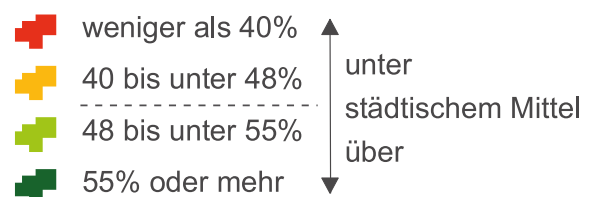


Amt für Stadtforschung
und Statistik für
Nürnberg und Fürth



☒ Umfragegebiete

Potenzial für nachbarschaftliche Hilfen für
Ältere in Umfragegebieten* (in %)



* Darstellung der bewohnten Fläche

Raumbezugssystem 2017 (Amt für Stadtforschung und Statistik)
Sachdaten: Projekt "Institutionalisierte und Informelle Nachbarschaftshilfe in Nürnberg:
Situationsanalyse und Potentiale" (TH Nürnberg)

Pflegestützpunkt Nürnberg: Pflegeberatung und Pflegekompetenz

Der Pflegestützpunkt Nürnberg versteht sich als kompetente, unabhängige und neutrale Anlaufstelle für alle Fragen der Pflege und den damit in Verbindung stehenden Themen. Somit ist diese Beratungsstelle für Angehörige, Betroffene selbst und für Akteure des Pflege- und Gesundheitswesens eine wichtige Partnerin und gleichermaßen bedeutende Netzwerkstelle. Das Jahr 2017 war geprägt von den Umstellungen durch die Pflegereform (Pflegestärkungsgesetz II) und den damit einhergehenden neuen Anspruchsberechtigungen, dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und den neuen Begutachtungsrichtlinien. Die Perspektive der Menschen mit Demenz wird mit den neuen Richtlinien verstärkt aufgegriffen und die individuelle Lebens- und Pflegesituation detaillierter erfasst.

Die Umsetzung des neuen Pflegestärkungsgesetzes und die damit verbundenen Umstellungen waren zwar aufwendig, konnten jedoch gut gemeistert werden. Anfragen zu den neuen Leistungen und die Umstellung auf Pflegegrade (statt Pflegestufen) kamen im Pflegestützpunkt verstärkt an. Aufgrund der neuen Begutachtungsrichtlinien wurde ein Einschätzungsbogen entwickelt, der für die Beratungen eingesetzt wird und auf den neuen Anforderungen für die Beurteilung von Pflegebedürftigkeit basiert. Insgesamt haben die Nachfragen an den Pflegestützpunkt Nürnberg weiter zugenommen. Damit setzt sich der seit Jahren anhaltende Trend steigender Beratungsfälle fort.

In den Pflegestützpunkt integriert ist auch das „Kompetenznetzwerk Wohnungsanpassungsberatung“ (KOWAB). Die meisten Menschen wünschen sich, so lange wie möglich selbständig in der eigenen Wohnung und ihrem gewohnten Umfeld leben zu können. Die Wohnungsanpassungsberatung will dazu beitragen, das häusliche Umfeld so zu gestalten, dass dies möglich ist. Das „Kompetenznetzwerk Wohnungsanpassungsberatung“ (KOWAB), welches 2015 gegründet wurde, wird gut angenommen, was



sich durch die inzwischen vorhandenen Anfragen belegen lässt. Es finden Informationen zu folgenden Themen statt:

- Einsatz von Pflegehilfsmitteln und technischen Hilfsmitteln,
- Verbesserung der Ausstattung in der häuslichen Umgebung,
- Umbaumaßnahmen (vorrangig Badumbau),
- Finanzierung und Fördermittel.

Gemeinsam mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern wird dieses Angebot weiterentwickelt. Inzwischen finden zahlreiche Vorträge in Kliniken, Seniorennetzwerken etc. statt. Diese Informationsveranstaltungen führen letztlich dazu, dass das Angebot bekannter wird. Das Gelingen des Netzwerks zeigt sich vor allem durch den Einsatz der Ehrenamtlichen, die hier eine wichtige Rolle in der konkreten Umsetzung übernehmen. Die Möglichkeit der Wohnraumanpassung stellt einen Mosaikstein für mehr Lebensqualität der Menschen in Nürnberg dar.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/seniorenamt/pflegestuetzpunkt.html



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/seniorenamt/wohnungsanpassungsberatung.html



inviva – Messe für die „dritte Lebenshälfte“ in neuer, attraktiver Nachbarschaft



Mit der NürnbergMesse als Veranstalterin und dem Seniorenamt als ideellem Träger hat sich die inviva seit ihrem

Start 2009 positiv entwickelt und fest im Reigen der Nürnberger Publikumsmessen etabliert. Um sich intensiver auf ihr Kerngeschäft, internationale Fach- und Branchenmessen, konzentrieren zu können, und gleichzeitig der inviva diese erfolgreiche Entwicklung auch für die Zukunft zu sichern, übertrug die NürnbergMesse die Veranstalterschaft, in Abstimmung mit dem Seniorenamt, im Sommer 2015 an die AFAG, den Spezialisten für die großen Publikumsmessen in Nürnberg. Die inviva findet fortan parallel zu einer der traditionsreichsten und größten Publikumsmessen Deutschlands, der „Freizeit, Touristik & Garten“, statt. Dass die inviva ihr sozialpolitisches Profil auch im neuen Kontext behält, war von Anfang an eine Basisvoraussetzung der Zusammenarbeit mit den neuen Partnern: „Essentielle Grundlage der Kooperation zwischen AFAG und Seniorenamt ist, dass wir uns über die Inhalte einig sind: inviva, das heißt auch in Zukunft Angebote für das gesamte Spektrum der Altersbilder – die farbenfrohe Palette ebenso wie die gedeckteren Töne“, betonte Sozialreferent Pröbß zum Start der neuen Zusammenarbeit mit der AFAG.

Das Seniorenamt zeichnet nach wie vor verantwortlich für ein umfangreiches Vortrags- und Aktionsprogramm, einen der Hauptanziehungspunkte der inviva. Zudem betreut das Seniorenamt den Ausstellungsbereich des Forums der Verbände und Initiativen, wo der vielfältige Non-Profit-Bereich der Nürnberger Seniorenarbeit seine Angebote und Leistungen präsentiert. Dass die inviva als Forum der Information und Inspiration für Menschen, die sich aktiv und selbstbestimmt mit ihrer „dritten Lebenshälfte“ auseinandersetzen möchten, in Nachbarschaft zur „Freizeit-Messe“ gut platziert ist, zeigen die Besuchszahlen der ersten beiden Durchläufe in der neuen Konstellation: 2016 zählte der Veranstalter die Rekordzahl von 18.600 Besucherinnen und Besuchern, 2017 waren es sogar knapp 20.000.



Weitere Informationen:

www.inviva-messe.de





Der Stadt seniorenrat Nürnberg: politische Interessenvertretung Nürnberger Seniorinnen und Senioren

Eine ironische Empfehlung im Volksmund lautet: „Wenn man nicht mehr weiter weiß, gründet man ‘nen Arbeitskreis.“ Arbeitskreise im Stadt seniorenrat gibt es seit seiner Gründung. Dort werden jedoch nicht Ratlosigkeit mit kollektivem Schulterzucken quittiert, es versammeln sich vielmehr Expertinnen und Experten ihrer Sachgebiete. Sie widmen sich der Analyse von Problemen, bewerten Trends oder Lösungsmöglichkeiten, helfen bei der Ideenfindung und vielem mehr. So finden zum Beispiel regelmäßig ein bis zwei Mal im Jahr Gespräche zu aktuellen Seniorenthemen mit Vorstand und leitenden Mitarbeitenden der VAG statt. Ansatzpunkte sind vor allem seniorengerechte barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge, Tarifierhöhung und Tarifstruktur. Zwei Erfolgsbeispiele sind die rund 80 vom Stadt seniorenrat gewünschten Optimierungen bei fehlenden oder fehlerhaften Bänken an Haltestellen oder die Beteiligung an einer neuen Stadtteilbusquerverbindung mit dem neuen 45er-Bus vom Nordostbahnhof bis Mögeldorf und Frankenstraße in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Seniorennetzwerk und dem Bürgerverein in Jobst/Erlenstegen.

Auf Initiative des Stadt seniorenrates wurde ein Pilotprojekt für Senioren und Seniorinnen zum Umgang mit Bankautomaten und Online-Überweisungen gestartet. Eine erste Online-Schulung fand in der Sparkassen-Filiale Moorenbrunn (in Kooperation mit dem dortigen Seniorennetz-

werk) statt. Eine Fortsetzung des erfolgreichen Projektes ist in Planung.

Die vier Mal im Jahr auf dem Volksfestplatz stattfindenden Fahrfertigkeitstrainings, veranstaltet zusammen mit dem Polizeipräsidium Mittelfranken, der Verkehrswacht, einer Fahrschule, einem Hörgerätespezialisten und einem Augenoptiker, sind seit vielen Jahren ein Renner und werden weiterhin stark und gerne genutzt.

Positiv gestaltete sich auch das Projekt Friedhofsbänke. Zusammen mit der Friedhofsleitung konnte der Arbeitskreis Sicherheit auf entsprechenden Ortsbegehungen einen seniorengerechten Friedhofsbanktyp entwickeln helfen. Die Umsetzung und Aufstellung der Bänke ist in 2016/17 erfolgt.

Ein besonderer Wunsch des Stadt seniorenrats wurde Ende des Jahres 2017 erfüllt: Nun trägt eine Straße im Stadtteil Langwasser den Namen Ursula Wolfring. Damit erinnert die Stadt an eine ihrer bedeutenden Sozialpolitikerinnen und Mitgründerin und lange Jahre auch erste Vorsitzende des Stadt seniorenrats Nürnberg.



Weitere Informationen:

www.stadt seniorenrat.nuernberg.de



Das NürnbergStift – städtischer Pflegedienstleister

Mit seinen fünf Einrichtungen mit über 1.500 Plätzen und über 500 Beschäftigten ist das städtische NürnbergStift für die pflegerische Versorgungsstruktur in Nürnberg ein herausragendes Element. Als wesentliche Herausforderungen und zentrale Projekte der Jahre 2016 und 2017 hat sich das NürnbergStift mit folgenden Themen befasst:

- Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes – PSG II: Die Umstellung von drei Pflegestufen auf fünf Pflegegrade wurde durch eine eigens implementierte Projektgruppe bewerkstelligt. Gefordert waren dabei insbesondere die Mitarbeitenden in den Verwaltungen.
- Einführung der EDV-gestützten und entbürokratisierten Pflegedokumentation: Nachdem die Ausschreibung einer neuen Software erfolgreich abgeschlossen war, wurde das System Schritt für Schritt in den Einrichtungen eingeführt. Begonnen wurde in der Senioren-Wohnanlage St. Johannis, das Projekt wird im Jahr 2018 für alle Einrichtungen abgeschlossen sein. Neben der Umstellung von handschriftlicher auf elektronische Dokumentation wurde zusätzlich das sogenannte Strukturmodell eingeführt, welches als Methode zur Entbürokratisierung und Verschlinkung des Dokumentationsaufwandes entwickelt wurde.
- Konzeption und Umsetzung einer jährlichen Kundenbefragung: Im Rahmen eines Projekts zur Einführung eines indikatorengestützten Qualitätscontrollings wurde ein neues Instrument zur Kundenbefragung (Bewohnerschaft und Angehörige) für die Pflegeeinrichtungen

des NürnbergStift entwickelt und im November 2016 erstmals durchgeführt. Mit dem zweiten Durchlauf im November 2017 wird es erstmals möglich, die Ergebnisse im Sinne eines internen Benchmarkings zu bewerten.

- Planung und Umsetzung einer solitären Kurzzeitpflege im Sebastianspital: Hier ist es dem NürnbergStift gelungen, seit Ende 2016 eine eigenständige Kurzzeitpflege im Sebastianspital (Elisabeth-Bach-Haus) einzurichten. Das Angebot wird gut angenommen.
- Kooperation mit noris inklusion – Konzeption und Umsetzung des Wohnprojekts SUSa im Sebastianspital: Ebenfalls im Elisabeth-Bach-Haus wurde ein komplettes Stockwerk zu einem Wohnprojekt für älter werdende Menschen mit geistigen Behinderungen umgebaut. Mit dem Projekt SUSa (Sicher und selbstbestimmt im Alter) soll den dort wohnenden Menschen im Bedarfsfall eine flexible und individuelle pflegerische Unterstützung in vertrauter räumlicher Umgebung und mit den gewohnten menschlichen Kontakten geboten werden.
- Erfolgreiche Bewerbung für das Projekt „Cluster Zukunft der Pflege – Pflegepraxiszentrum Nürnberg“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): Ende 2016 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Wettbewerb zur Implementierung von bundesweit vier Pflegepraxiszentren (PPZ) ausgeschrieben. In den PPZ sollen Pflegeinnovationen erprobt und evaluiert werden. Das NürnbergStift hat zusammen mit

einem Konsortium aus der Metropolregion Ende 2017 für die eingereichte Bewerbung den Zuschlag erhalten. Das Projekt beginnt 2018.

- Gründungsmitglied des Zusammenschlusses „Kommunale Altenhilfe Bayern“ (KAB): Mit dem Ziel, Interessen zu bündeln und ein gemeinsames Verständnis kommunaler Anbieter von Pflegeleistungen zu fördern, hat das NürnbergStift gemeinsam mit weiteren kommunalen Einrichtungen in Bayern die Kommunale Altenhilfe Bayern (KAB) gegründet.
- Ausschreibung und Einführung fair produzierter Dienstkleidung seit Ende 2016 (Sonderpreis im Wettbewerb Hauptstadt des

Fairen Handels 2017): In Ausrichtung auf das menschenrechtsbasierte Leitbild wurde bei der Ausschreibung neuer Dienstkleidung für die Pflegekräfte des NürnbergStifts das Ziel verfolgt, fair produzierte Kleidung einzuführen. Der Erfolg des Projekts erhielt mit einem Sonderpreis für Nürnberg im Rahmen des Wettbewerbs Hauptstadt des Fairen Handels 2017 eine zusätzliche Würdigung.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/nuernbergstift

Kennzahlenübersicht

NürnbergStift		2016	2015	2014	2013	2012
1. Kennzahlen						
a) Plätze/Wohneinheiten	Anzahl	938	942	942	952	956
b) Belegungs-/Berechnungstage	Tage	309.781	304.278	297.266	304.293	305.575
c) durchschnittliche tägliche Belegung	Bewohner/-innen, Patient/-innen	849	834	814	834	837
e) Mitarbeiter/-innen	Vollzeitkräfte	370,2	377,2	347,7	331,1	319,2
2. Bilanz- und GuV*-Zahlen						
a) Bilanzsumme zum 31.12.	Tsd. Euro	38.656	39.172	39.698	43.025	44.973
b) Anlagevermögen zum 31.12.	Tsd. Euro	34.405	35.281	36.475	37.543	38.774
c) Eigenkapital zum 31.12.	Tsd. Euro	13.213	13.570	14.643	16.620	16.949
d) Erträge gesamt	Tsd. Euro	33.619	30.765	29.096	29.354	27.955
e) Aufwendungen gesamt	Tsd. Euro	33.976	31.838	31.074	29.683	28.642
darunter Personalaufwand	Tsd. Euro	20.772	19.801	18.782	17.060	17.719
f) Jahresüberschuss/-fehlbetrag	Tsd. Euro	-357	-1.073	-1.978	-329	-687
NürnbergStift Service GmbH		2016	2015	2014	2013	2012
1. Kennzahlen						
Mitarbeiter/-innen ohne Gestellung	Vollzeitkräfte	65,1	63,2	60,8	63,7	58,4
2. Bilanz- und GuV*-Zahlen						
a) Bilanzsumme zum 31.12.	Tsd. Euro	470	431	388	367	480
b) Anlagevermögen zum 31.12.	Tsd. Euro	70	46	55	55	57
c) Eigenkapital zum 31.12.	Tsd. Euro	50	47	45	42	40
d) Erträge gesamt	Tsd. Euro	4.558	4.487	4.444	4.336	4.177
e) Aufwendungen gesamt	Tsd. Euro	4.554	4.485	4.441	4.334	4.174
darunter Personalaufwand	Tsd. Euro	1.762	1.876	1.762	1.679	1.542
f) Jahresüberschuss/-fehlbetrag	Tsd. Euro	4	2	3	2	3

Quelle: NürnbergStift, 2017.

*Gewinn und Verlust.

7. Bürgerschaftliches Engagement stärken

„Bürgerzeit, Bürgerwissen, Bürgergeld“ – mit diesen „3 B's“ ist das Bürgerschaftliche Engagement umschrieben:

- Die Zeit, die Ehrenamtliche im klassischen Sinne des Helfens in der Stadtgesellschaft einbringen,
- das Wissen, mit dem Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt mitgestalten, das sie aus anderen Tätigkeiten einbringen oder im ehrenamtlichen Engagement neu erwerben,
- die finanziellen Ressourcen, die Bürgerinnen und Bürger für Nürnberg einsetzen.

Mit diesen „3 B's“ beschäftigt sich das Referat für Jugend, Familie und Soziales – und dabei die „Stabsstelle für Bürgerschaftliches Engagement und ‚Corporate Citizenship‘“ intensiv.

Engagement in Zahlen

Seit 2015 liegt eine detaillierte Auswertung der Ende 2013 vom Amt für Stadtforschung und Statistik durchgeführten Repräsentativbefragung vor, die damals ergab, dass die Engagementquote stabil ist (mit Bezug auf die Jahre 2006 und 2000). Damals lag die Engagementquote bei 22%, jedoch konnten sich knapp 50% ein zusätzliches (weiteres/neues) Ehrenamt vorstellen. Drei Viertel davon sind bisher nicht engagiert, ein Viertel würde ggf. eine weitere ehrenamtliche Tätigkeit aufnehmen. Damit beläuft sich die Zahl von Menschen, die in Nürnberg für ehrenamtliche Tätigkeit potentiell zusätzlich gewonnen werden kann, auf rund 210.000 Personen!

Qualitativ zeigte die Befragung u.a. auf, dass, wer bereits ehrenamtlich tätig war, in der Regel gute Erfahrungen gemacht hat und weiterhin tätig ist und dass – wie überall in Deutschland – die Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten sehr stark mit höherer Schulbildung und höherem Bildungsniveau verknüpft ist. Arbeitslose haben eine sehr niedrige Engagementquote,

können sich aber auch zu 50% ein Engagement theoretisch vorstellen. Wichtig ist weiterhin die Erkenntnis, dass es offensichtlich keine nennenswerten Unterschiede der Engagementquote und -bereitschaft zwischen Nürnbergerinnen und Nürnbergern mit Migrationshintergrund (ohne deutschen Pass), mit Migrationshintergrund (mit deutschem Pass) und ganz ohne Migrationshintergrund gibt.³

Eine ganz neue Befragung aus dem Jahr 2017 ergibt für Nürnberg eine wesentlich höhere Engagementquote, die sich stark an die insgesamt in Deutschland gemessenen Werte angleicht. Im Rahmen der Studie „Institutionalisierte und informelle Nachbarschaftshilfe in Nürnberg“⁴ (vgl. Leitlinie 6) zeigten sich folgende Ergebnisse:

- In dieser Repräsentativbefragung gaben 33% aller Nürnbergerinnen und Nürnberger über 18 Jahre an, in den letzten zwölf Monaten ehrenamtlich aktiv gewesen zu sein. In absoluten Zahlen bedeutet das: Es gibt rund 147.000 Ehrenamtliche in der Stadt.
- Die eklatant höhere Zahl ergibt sich aus der um ein Drittel höheren Engagementquote und der auf über 530.000 gestiegenen Einwohnerzahl.
- Weitere 40% können sich eine ehrenamtliche Tätigkeit grundsätzlich vorstellen. Dies sind weitere rund 180.000 Menschen!

Von den (noch) nicht Engagierten geben als Bedingung für eine ehrenamtliche Tätigkeit an:

- „Wenn ich eine geeignete Aufgabe finde, die mich interessiert“ (66%)
- „Wenn ich auch ohne Schwierigkeiten wieder aufhören kann“ (53%)
- „Wenn es nicht zu viel Zeit in Anspruch nimmt“ (50%)
- „Wenn ich konkret weiß, wie viel Zeit damit verbunden ist“ (43%)
- „Wenn ich weiß, welche Möglichkeiten es gibt“ (33%)

³Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“, Nr. 37 / Mai 2015: Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg in Zahlen. Auswertung der repräsentativen Wohnungs- und Haushaltserhebung „Leben in Nürnberg“ von 2013 (Patrícia Paiva), www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/arbeitspapiere.html. Aufgrund der Befragungsmethode sind die Nürnberger Daten nicht direkt mit bundesweiten Erhebungen („Freiwilligensurvey“) vergleichbar.
⁴Prof. Dr. Sabine Fromm, Prof. Dr. Doris Rosenkranz, Olga Didyk, Gesa Georgi. Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm (noch unveröffentlicht). Im Auftrag des Seniorenamts der Stadt Nürnberg und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.



Engagementförderung

Aus diesen Zahlen leiten sich für die Stadt auch weiterhin die Aufgabenstellungen ab, möglichst konkret und substantiell Engagementmöglichkeiten darzustellen und möglichst sichtbar und niedrigschwellig über Zugangswege zu informieren. Auch im Bereich „Engagementförderung“ ist dabei – wie in anderen Themenbereichen – die Zusammenarbeit in Netzwerken, gemeinsam mit städtischen und nicht-städtischen Partnern und Partnerinnen, als Grundprinzip verankert. Dies gilt insbesondere für das „Netzwerk Engagementförderung“ mit den Wohlfahrtsverbänden und Dachorganisationen, das als ideeller Träger von einzelnen Maßnahmen auftritt:

- Freiwilligenbörse (jährlich seit 2011),
- Freiwilligenmesse (2013, 2015, 2017),
- Freiwilligen-Info (persönliche Beratung im Thalia-Buchhaus Campe)
- Bürgernetz (Datenbank mit – Stand Ende 2017 – über 395 Engagement-Angeboten im Allgemeinen und knapp 90 in der „Datenbank Flüchtlingshilfe“),
- Woche des Bürgerschaftlichen Engagements (bundesweit, jährlich im September),
- beginnend im Jahr 2017: Besondere Aktivitäten zur zusätzlichen Motivierung von „jungem Engagement“ („Engagement to Go“)

Bei der Information über die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements werden zahlreiche öffentliche Optionen genutzt:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – insbesondere auch durch die Darstellung guter Beispiele – wie etwa bei der monatlichen Verleihung des „EhrenWert“-Preises sowie bei anderen Preisverleihungen, bei Veranstaltungen der Anerkennungskultur und anderen Einzelveranstaltungen. Die Resonanzen darauf sind erfreulich positiv.
- Die Nutzung eigener Informationskanäle, die im Laufe der letzten Jahre ausgebaut werden konnten. Die Abonnementzahlen zum Januar 2018 betrugen:
 - Newsletter „Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg“: 1.700
 - Newsletter „Engagement Integration und Flucht“: 2.670
 - Newsletter „Stifter-Initiative Nürnberg“: 920
 - Newsletter CSR-Netzwerk „Unternehmen Ehrensache“: 830
- Eine besonders breite Streuung erlaubt der Facebook-Auftritt „Nürnberg engagiert“ (4.000 Abonnenten zum Januar 2018), über den zielgruppengenaue und über den Abonnement-Kreis hinaus die Angebote beworben werden können.
- Der Themenschwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement“ im Internet-Auftritt des Referats für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg bündelt die Informationszugänge.



ENGAGEMENT





- Vertiefte Informationen zu vielen Themenbereichen bieten die „Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und ‚Good Governance‘“ (von Anfang 2012 bis Anfang 2018 insgesamt 67 Texte, Dokumentationen und Präsentationen).

Wichtiger Kooperationspartner ist bei vielen Maßnahmen der Engagementförderung das „Zentrum Aktiver Bürger“ (ZAB) als große Nürnberger Freiwilligenagentur und bundesweit beachtete Einrichtung.



Zunehmend ist Nürnberg auch Austragungsort großer Tagungen – dazu gehört zum Beispiel der „Ehrenamtskongress“ (nach 2012, 2014 und 2016 auch 2018 wieder in Nürnberg) und vieler Veranstaltungen des „Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Bayern“ (LBE) mit Sitz in Nürnberg.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/engagement.html



Weitere Informationen:

www.facebook.com/nuernbergengagiert



Weitere Informationen:

www.freiwilligenmesse.nuernberg.de/freiwilligenboerse-nuernberg



Weitere Informationen:

www.freiwilligenmesse.nuernberg.de



Weitere Informationen:

www.buergernetz.nuernberg.de

Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“ in den Jahren 2016/2017

Nr. 65 / August 2017: **„Integration von Flüchtlingen durch zivilgesellschaftliches Engagement auf der Grundlage sozialer Nachhaltigkeit“** (Sebastian Hemmer)

Nr. 64 / August 2017: **Fundraising vor Ort – Checkliste für Fundraising-Bemühungen** (Dr. Uli Glaser, Cindy Bärnreuther, Alina Alexandrow)

Nr. 63 / März 2017: **Koordination ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in Nürnberg, Sachbericht 2016** (Natalie Lebrecht)

Nr. 62 / Februar 2017: **Grußwort zum „Forum Willkommenskultur“** (Dr. Ulrich Maly)

Nr. 61 / Januar 2017: **Links und Apps für Geflüchtete und Helfende: 3., überarbeitete Fassung** (Yasmin Abdin, Maria Neundörfer)

Nr. 60 / Januar 2017: **Sprach- und Kulturvermittler in der Flüchtlingshilfe. Laudatio Interkultureller Preis Stadt Nürnberg 2016** (Dr. Uli Glaser)

Nr. 59 / Januar 2017: **Die sozialen Dienstleistungen in und um die Wohnanlage Diana und deren Beitrag zur Armutsprävention** (Andrea Banzhaf, Dominik Beck, Gisela Gögelein, Bernhard Ranz, René Scheuermann, Monika Smulski)

Nr. 58 / Dezember 2016: **Die Nürnberger Freiwilligenbörse/ Freiwilligenmesse: Erfahrungen aus sechs Jahren** (Carolina Fraebel, Alexandra Weber, Andreas Mittelmeier, Sabine Thiel, Bastian Sauer, Jonas Köhler, Thomas Jennemann)

Nr. 57 / Januar 2017: **Die Nürnberger „Corporate Volunteering“-Tage in den Jahren 2013, 2014, 2015 und 2016** (Janika Brunner, Birgit Kretz, Ramona Löffler, Annegret Schiemann, Chiara Welter)

Nr. 56 / Dezember 2016: **Die Quellen des Guten oder warum ist Bürgerschaftliches Engagement so attraktiv?** (Dr. Thomas Röbbke)

Nr. 55 / Dezember 2016: **Herausforderungen an eine Jugendhilfe 2020** (Reiner Prölß)

Nr. 54 / November 2016: **Links und Apps für Geflüchtete und Helfende: 2., überarbeitete Fassung, arabische Übersetzung** (Yasmin Abdin)

Nr. 53 / September 2016: **Links und Apps für Geflüchtete und Helfende: 2., überarbeitete Fassung** (Yasmin Abdin, Eva Beyer, Paloma Lang, Mona Pfister, Ann-Katrin Rückel, Nadine Burschil)

Nr. 52 / August 2016: **„Flüchtlinge im Betrieb“. Grußwort zur Auftaktveranstaltung Projekt „Enter“** (Dr. Ulrich Maly)

Nr. 51 / Juni 2016: **Unterbringung, Leistungsgewährung, Integration – Aktivitäten des Geschäftsbereichs Jugend, Familie und Soziales in der Flüchtlingsarbeit**

Nr. 49 / April 2016: **Die Bedeutung des Ehrenamtes in der Integrationsarbeit** (Dr. Thomas Röbbke)

Nr. 47 / April 2016: **Elemente einer kommunalen Engagementstrategie: Am Beispiel der Stadt Nürnberg** (Nadine Burschil, Dr. Uli Glaser)

Nr. 45 / März 2016: **Hinweise für ehrenamtlich Tätige in der Flüchtlingshilfe** (Ann-Katrin Rückel, Julia Leisner, Patricia Paiva, Paul Kaltenegger)

Nr. 44 / Januar 2016: **Bildungs- und Sprachangebote: Kompendium für Sozialarbeiter und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe** (Sebastian-Manuel Schmidt)



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/arbeitspapiere.html



Anerkennungskultur

Die Darstellung und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement durch Preise, Veranstaltungen und Fortbildung ist ein sehr wichtiger Teil der Engagementförderung und ist in Nürnberg sehr gut ausgebaut:

- Mit der „Aktion EhrenWert“, dem monatlichen Ehrenamtspreis von Nürnberger Nachrichten, uniVersa Versicherungen und Stadt Nürnberg (seit 2009), besteht der wohl deutschlandweit am häufigsten verliehene Preis für freiwilliges Engagement. Inzwischen gibt es über 120 Preisträgerinnen und Preisträger.
- Mit dem „Nürnberger Herz“ (gemeinsam mit der Tucher Bräu) gibt es seit 2015 einen bundesweit einmaligen Preis, der Vereine und Verbände dabei unterstützt, ihre jeweiligen Ehrenamtlichen durch besondere Aktionen zu würdigen.

- Schon traditionell sind die großen Veranstaltungen im Rathausaal zum Start des Freiwilligen Sozialen Jahrs (jährlich im Herbst, gemeinsam mit dem Internationalen Bund) und zum Internationalen Tag des Ehrenamts (jährlich im Dezember)
- Seit Herbst 2016 gibt es auch die Nürnberger Variante der bayerischen „Ehrenamtskarte“, die seitdem an über 1.300 Ehrenamtliche vergeben wurde. Über 100 „Akzeptanzstellen“ mit Benefits für die Karteninhabenden konnten in Nürnberg akquiriert werden und ergänzen die ebenfalls zugänglichen Akzeptanzstellen in Bayern.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/erkennung.html



Stiftungen: Kombination von Bürgerzeit und Bürgerwissen mit Bürgergeld



Das Stiftungswesen vereint alle drei „B’s“ miteinander. Trotz der für Stiftungen schwierigen Zinssituation entwickelt

sich das Stiftungswesen in Nürnberg sehr positiv weiter. Die 2010 gegründete „Stifter-Initiative Nürnberg“ als Netzwerks-Kern mit ihren sechs Partnerinnen und Partnern ist eine auch über-regional gewürdigte lokale Form der Förderung des Stiftungswesens – bei einer Umfrage in verschiedenen großen deutschen Städten wurde Nürnberg bei der Zusammenarbeit zwischen Kommune und Stiftungen auf Platz 1 gesetzt. Highlights aus der Arbeit der Jahre 2016 und 2017 waren:

- Der jährlich im September stattfindende „Nürnberger Stiftertag“ als großes Treffen aller mit dem Stiftungswesen befassten Menschen in Nürnberg fand 2016 unter dem Titel „Mission.Stiften.“ mit rund 250 Teilnehmenden im Rathausbereich statt.
- 2017 wurde der wegen der Vorbereitungen auf den großen Deutschen Stiftungstag (im Mai 2018 wird mit 2.000 Besucherinnen und Besuchern gerechnet) ausgesetzt und soll im Februar 2019 wieder stattfinden.
- Durchführung der großen Informationsveranstaltungen „Spuren hinterlassen – Zukunft gestalten“ in 2016 und 2017.

- Die repräsentativen Dankveranstaltungen für Stiftungsgründerinnen und -gründer der jeweils letzten beiden Jahre im Spätherbst 2015 und 2017.
- Die Verleihung der Nürnberger Stifterpreise (seit 2014), die 2016 an Erwin und Monika Telle, und 2017 an Petra Beck gingen.
- Die Informationsarbeit durch Einzelveranstaltungen und den mindestens monatlich erscheinenden Newsletter.
- Ein besonderer Schwerpunkt der Stifter-Initiative ist die Herbeiführung von Kooperationen verschiedener Stiftungen, so bei der „Förderinitiative MUBIKIN“, dem „Stifterverbund Stadtteilpatenschaften“ und dem „Stifter- und Spenderverbund Flucht, Asyl, Wohnungslosigkeit“

Einzelne, intensive Stiftungs Kooperationen gibt es zum Beispiel mit der Zukunftsstiftung der Sparkasse, der Brochier-Stiftung, der TA-Stiftung, der wbg2000-Stiftung, der Angelika-Schwanhäußer-Stiftung, und natürlich der städtischen Stiftungsverwaltung.



Weitere Informationen:

www.stifterinitiative.nuernberg.de

„Corporate Social Responsibility“ und „Corporate Volunteering“



Unternehmen als „engagierte Bürgerinnen und Bürger“ im Gemeinwesen stellen in verschiedenen Formen

und in zunehmender Zahl Mitarbeitende für gemeinnützige Zwecke ab. Und auch hier sind die „trilateralen Netzwerke“ (Unternehmen, gemeinnützige Träger und öffentlich-rechtliche

Institutionen inkl. Hochschule und Kommunen) die wichtigste Basis. Zur Förderung des Themas „Corporate Volunteering“ wurde 2011 das Netzwerk „Unternehmen Ehrensache“ gegründet. Hinzu kam 2014 – in Nachfolge eines ESF-geförderten Projekts „Nürnberger Unternehmen in sozialer Verantwortung“ ein CSR-(Corporate Social Responsibility-)Netzwerk. Diese beiden Netzwerke fusionierten 2017 zu „Unternehmen



Ehrensache – Das Nürnberger CSR-Netzwerk“ mit den Aktivitätsschwerpunkten:

- Informationen durch Newsletter (mindestens monatlich) und Homepage;
- verschiedene Veranstaltungsformate: Austauschtreffen, Workshop-Angebote, Fortbildungsveranstaltungen, Kooperationsveranstaltungen mit Dritten;
- wie die bisherigen Netzwerke wird auch das neue, „Unternehmen Ehrensache“, von einem ehrenamtlichen elfköpfigen Kümmererkreis aus Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen koordiniert und von einem hochkarätigen Fachbeirat koordiniert.

Höhepunktveranstaltungen in den Jahren 2016 und 2017 waren wieder die Corporate-Volunteering-Tage „Unternehmen Ehrensache

IN AKTION“. Im Stadtteil Gibitzenhof fanden die seit 2013 dort durchgeführten Corporate-Volunteering-Tage statt, an denen sich Firmen mit ihren Mitarbeitenden beteiligten. Jeweils rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mindestens 15 Unternehmen arbeiteten dabei an 20 Projekten für gemeinnützige Zwecke mit. 2018 wird für zwei Jahre nach Eberhardshof/ Muggenhof gewechselt. Außerdem plant das CSR-Netzwerk den ersten CSR-Tag mit diskursiven Inhalten und die Einführung eines „Corporate Citizenship“-Preises.



Weitere Informationen:

www.csr.nuernberg.de

Einzelne Unternehmenskooperationen

- Das Modell der Stadtteilpatenschaften ist bundesweit beachtet: Sechs strukturschwache Nürnberger Stadtteile haben mit Brochier-Stiftung, Siemens, SchwanSTABILO Cosmetics, Hofmann Personal, Rotary Club Nürnberg-Fürth und Rotary Club Nürnberg-Kaiserburg sechs Stadtteilpaten und -patinnen gefunden.
- Konkrete, oft kontinuierliche Kooperationen finden mit unternehmensnahen Stiftungen und zum Beispiel mit der uniVersa Versicherung, der Sparkasse, ebl-Naturkost, Leoni und Tucher statt.

- Besonders erfreulich ist es, dass das Referat für Jugend, Familie und Soziales immer häufiger nicht nur Spendenempfänger für soziale Anliegen ist, sondern von Unternehmen (und Stiftungen) als Ansprechpartner und Berater genutzt wird. So zum Beispiel im Anschluss an den Versand von rund 70 „Menükarten“ mit Förderungsvorschlägen an Nürnberger Unternehmen, der in Zukunft wieder jährlich durchgeführt werden soll.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/paten.html

8. Stadt als Lebensraum, Stadtteile sozial nachhaltig entwickeln

Die strukturelle Vielfalt in den Teilgebieten Nürnbergs ist groß. Nach Art und Dichte der Bebauung, nach Wohndauer, nach Bevölkerungsstruktur und sozialer Belastung der Bewohnerschaft unterscheidet das Amt für Stadtforschung und Statistik in seiner aktualisierten Sozialraumtypisierung von 2017 fünf verschiedene Sozialraumtypen. Stark verdichtete urbane Räume entlang großer Verkehrsachsen, in denen viele Menschen in Bedarfsgemeinschaften leben und viele von ihnen Migrationshintergrund besitzen,

werden dem Sozialraumtyp 2 „sozial angespannte Stadtgebiete“ zugeordnet. Mit dieser Bezeichnung wird zugleich ein besonderer Unterstützungsbedarf für diese Gebiete formuliert. In den sozial besonders belasteten Gebieten westlich und südlich der Innenstadt sind seit nahezu zehn Jahren Stadtteilkordinierende eingesetzt. In den beiden letzten Jahren wurde ein Prozess der Selbstvergewisserung eingeleitet: Welche strukturellen Voraussetzungen braucht ein funktionierender Stadtteil?

Förderliche Strukturen für lebenswerte Quartiere

Beim Aufbau förderlicher Strukturen in belasteten Stadtteilen sind drei Merkmale in den Blick gerückt:

- **Stabile und gleichwohl dynamische Netzwerke der Einrichtungen vor Ort:** Eine gut funktionierende lokale Netzwerkstruktur ist das A und O für ein lebendiges Gemeinwesen und wichtige Voraussetzung für den Aufbau einer bedarfsgerechten Förderstruktur. Unserer Erfahrung nach zeichnet sich ein effizientes Stadtteilnetzwerk dadurch aus, dass es möglichst kurze Informationswege innerhalb des Stadtteils gibt. Wichtig ist dabei, dass alle Ziel- und Altersgruppen im Stadtteil in diesen Informationsfluss eingebunden sind; deren Bedarfe und Unterstützungswünsche wahrgenommen werden. Das Netzwerk braucht klare Strukturen und Regeln, Kontinuität in der Zusammenarbeit und Verbindlichkeit im Umgang miteinander. Gemeinsam getroffene Zielabsprachen sind wichtig und ermöglichen die Erfahrung, dass gerade Partnerinnen und Partner mit komplementären Kompetenzen und Ressourcen zur gemeinsamen Zielerreichung beitragen. Die gemeinschaftliche Lösung kleinerer und größerer Probleme und gemeinsame Erfolge wirken beflügelnd und stärken das Vertrauen in die lokale Zusammenarbeit. Ein direkter

Draht in die Verwaltung nutzt beiden Seiten: Problemanzeigen werden direkt adressiert und Unterstützungsleistungen lokal angepasst und dorthin gelenkt, wo der Bedarf ist. Stabilisierend wirkt sich aus, dass der Stadtteil nicht nur mit seinen Defiziten und Bedarfen in der Stadtöffentlichkeit wahrgenommen wird, sondern eben auch mit dem örtlichen Engagement und seinen besonderen Potentialen. Mit dem Ziel, sich von Zeit zu Zeit über die Qualität und Effektivität der praktizierten Netzwerkarbeit zu verständigen und ggf. Verbesserungen auszuloten, wurde 2017 ein Netzwerkmonitoring als Feedbackinstrument eingeführt.

- **Intergenerativ und interkulturell – Orte der sozialen Integration im Stadtteil:** Ein bedarfsgerechter Ausbau an sozialer Infrastruktur ist Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander im Stadtteil. Darüber hinaus bilden Einrichtungen, die sich per Auftrag an die ganze Stadtteilbewohnerschaft richten, wichtige Knotenpunkte in einem solchen Stadtteilnetz. Funktionen eines solchen sozialen Treffpunkts können sein:
 - Ein offener Treff – offen für alle Ziel- und Nutzergruppen aus dem Stadtteil, einladende Räumlichkeiten, ohne Konsumzwang.

Exkurs: Netzwerkmonitoring als Feedbackinstrument

Das Europäische Forum für Migrationsstudien (im Folgenden: efms), ein Institut der Uni Bamberg, hatte die Stadtteilkoordination in Nürnberg von Beginn im Jahre 2005 an wissenschaftlich begleitet. 2016 wurde das Institut beauftragt, auf Grundlage bisheriger Erfahrungen ein Feedbackinstrument zu entwickeln, das Gesprächsanlässe zur Reflektion der je eigenen Netzwerkarbeit in den Stadtteilen und deren Arbeitskreise bietet. Im Zeitraum vom 22. Juni bis 14. Juli 2017 wurde in allen fünf Stadtteilen mit Stadtteilkoordination eine Onlinebefragung durchgeführt. Diese umfasste einen Fragebogen zu Inhalten, Qualität und Effektivität der Netzwerkarbeit sowie eine Soziometrietabelle, mit deren Hilfe Kontakthäufigkeit und -intensität zwischen den Handelnden vor Ort erfragt wurden.

Zur Teilnahme aufgefordert waren alle Einrichtungen, die in den letzten eineinhalb Jahren mindestens einmal an einem Netzwerktreffen im Stadtteil teilgenommen hatten. Insgesamt waren 366 Einrichtungen und Initiativen in fünf Stadtteilen eingeladen; 180 Einrichtungen haben sich schließlich beteiligt – das entspricht einem Rücklauf von 49%.

Für jeden der fünf Stadtteile liegen mittlerweile umfangreiche statistische Auswertungen grafisch aufbereitet vor. Die Fragen wurden nach „Einrichtungen im Stadtteil gesamt“, nach einzelnen Bildungsbereichen sowie nach den jeweiligen Netzwerken und Teilnetzwerken im Quartier ausgewertet. Die Ergebnisse werden jetzt sukzessive in den Stadtteilarbeitskreisen rückgekoppelt sowie in den Netzwerken Kinder und Jugend sowie den Seniorennetzwerken vor Ort.

Im Folgenden ein paar erste Schlaglichter auf die statistischen Befragungsergebnisse für alle fünf Stadtteile gesamt:

- Insgesamt wird ein positives Bild der lokalen Netzwerkarbeit gezeichnet.
- Kooperation wird insbesondere in Form von Erfahrungsaustausch und Treffen zum wechselseitigen Kennenlernen gelebt. Rückmeldungen zur Beteiligung an gemeinsamer Planung und der Durchführung von kooperativen Projekten liegen eher im Mittelfeld und sind vermutlich noch ausbaufähig.
- Das efms bescheinigt den lokalen Netzwerken insgesamt eine gute Qualität, sprich: hohe Dynamik bei guter Stabilität. Besonders positiv sind die Rückmeldungen – mit einem Wert > 4 auf einer Skala zwischen 1 und 5 – zum Nutzen der Netzwerkarbeit sowie zur Motivation einer weiteren Mitwirkung.
- Auch die Aussage „Mit den Zielen des Stadtteilnetzwerks kann sich unsere Einrichtung gut identifizieren“ findet mit einem Wert von 4,02 recht viel Zustimmung. Etwas zurückhaltender wird die Aussage bewertet „Wir haben uns auf klare Maßnahmen geeinigt, um die Ziele zu erreichen“. Ein Befund, der Anlass zur Nachfrage und zur Diskussion in den örtlichen Netzwerken geben wird.
- Bei der Effektivität der Zusammenarbeit im Netzwerk bewerten die Einrichtungen den besseren Überblick über die Angebote im Stadtteil (4,41), eine Verbesserung der Angebotsqualität (4,06) sowie eine Aktivierung von Ressourcen für den Stadtteil. (3,96) besonders positiv.

Interessant sind auch die Einschätzungen zur Relevanz einzelner Stadtteilthemen. Besonders hohe Bedeutung wird neben einer erhofften „Aufwertung des Stadtteils“ den Handlungsfeldern „Sprach- und Lernförderung“, „Gesundheit, Bewegung und Ernährung“ sowie „kulturelle Bildung“ beigemessen – allesamt Aspekte einer ebenfalls hoch bewerteten Armutsprävention (vgl. Leitlinie 5).



- Ermöglichungsräume für die Bewohnerschaft – ein flexibles Raumangebot, das nach den Wünschen und Bedarfen der Bewohnerschaft genutzt werden kann.
- Die Verknüpfung mit einem Regelangebot, wie etwa einer Kindertageseinrichtung oder einem Beratungsangebot, um diese natürlichen Treffpunkte für weitere Begegnung zu nutzen.
- Knotenpunkt in einem gut strukturierten, verlässlichen Stadtteilnetzwerk – Kontakte pflegen und Unterstützung finden innerhalb des Stadtteils sowie in einem Kreis potentieller Fördergebender.
- Vermittlung, Unterstützung und Wertschätzung ehrenamtlich Aktiver
- Last but not least: jemanden vor Ort, der oder die sich kümmert, mit der Profession, Brücken zu bauen und die Umsetzung von kooperativ entwickelten Ideen und Maßnahmen zu ermöglichen.

Solche wohnortnahen Ankerpunkte gibt es bereits: Sie heißen Nachbarschaftshaus, aber auch Gemeinschaftshaus, Stadtteilhaus, Kulturladen, Stadtteilladen oder Stadtteiltreffpunkt. Auch wenn in den jeweiligen Konzepten noch weitere Funktionen hinzukommen – wie etwa Organisation von Veranstaltungs- und Ausstellungsprogrammen in den Kulturläden oder Treffpunkt stadtweit agierender Vereine im Nachbarschaftshaus – so kann deren integrierende und stabilisierende Kraft mit den oben genannten Funktionen umrissen werden. Aber längst gibt es solche Orte der Integration noch nicht überall da, wo sie gebraucht würden. Die Qualifizierung

und Stadtteilöffnung von Einrichtungen bleibt weiterhin wichtiges Anliegen, auch und vor allem in Stadtteilen mit benachteiligten Strukturen. So hatten sich für den Förderzeitraum Januar 2017 bis Dezember 2020 das SOS-Kinderdorf Nürnberg für den Standort des Mehrgenerationenhauses in Schweinau und der AWO Kreisverband Nürnberg für den Standort der AWOthek in Galgenhof im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus um eine Förderung beworben – beide mit Erfolg.

- **Stadtteilkonzepte – Schwerpunkte setzen, Ressourcen bündeln, Wirkung verstärken:** In der Reflektion bisheriger sozialer Stadtteilentwicklungsprozesse ist einmal mehr deutlich geworden, dass es zur Umsetzung und Konkretisierung sozialer Konzeptbausteine, wie sie etwa in den Integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten formuliert worden waren, die Übersetzung in soziale Stadtteilkonzepte und deren Fortschreibung braucht. Ein entsprechender Abstimmungsprozess der verschiedenen sozialen Fachämter und -bereiche wurde Ende 2017 für die Stadtteile mit Stadtteilkoordination begonnen. Dabei werden die soziale Infrastruktur und erforderliche Ergänzungen in den gemeinsamen Blick genommen. Es werden die lokale Netzwerkstruktur beschrieben und die Wechselbezüge zwischen strategischer Ausrichtung und gelebter Praxis vor Ort deutlich gemacht. Perspektivisch soll aber das Augenmerk auf die Angebotsstrukturen im jeweiligen Stadtteil gelenkt werden und darauf, welche unterstützende, fördernde, begleitende Maßnahmen entlang des Lebenslaufs im Stadtteil zur Verfügung stehen bzw. welche Lücken es in der Förderstruktur zu schließen gilt.

Stadterneuerung und Sozialraumentwicklung: gemeinsame Ziele, unterschiedliche Kompetenzen – eine gute Ergänzung!

Alle Stadtteile mit Stadtteilkoordination sind aktuell auch Gebiete der Stadterneuerung: Die Nürnberger Weststadt ist Fördergebiet im Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ zur Anpassung von Infrastruktur und öffentlichem Raum im Rahmen eines Strukturwandels. Die südlichen und südwestlichen Gebiete von Galgenhof über Gibitzenhof bis zu St. Leonhard und Schweinau sind allesamt Fördergebiete im Programm Soziale Stadt.

Anders als der Programmtitel suggeriert, stehen im Programm Soziale Stadt bis auf Zuschüsse aus dem Verfügungsfonds keine Mittel für sozialintegrative Maßnahmen zur Verfügung: Soziale Stadt bezeichnet ein Städtebauförderungsprogramm, das städtebauliche Missstände beheben, Infrastruktur für den Gemeinbedarf schaffen sowie öffentliche Räume gestalten will, um damit Impulse für eine Aufwärtsentwicklung im Stadtteil zu geben. In einem auf Bundesebene ressortübergreifend erarbeiteten Papier „Miteinander im Quartier“ wurde 2016 einerseits die Rückbesinnung des erfolgreichen Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt auf seine Kernkompetenz bekräftigt, zugleich aber dieses als Leitprogramm der sozialen Integration in den Stadtteilen begründet. Will heißen, Förderprogramme anderer Bundesressorts sollen auf ihre Sozialraumrelevanz hin befragt und vorzugsweise in Programmgebieten der Sozialen Stadt eingesetzt werden. Eine Entwicklung, die aus Nürnberger Sicht uneingeschränkt gutgeheißen wurde: Will man vor Ort tragfähige Verbesserungen für die Menschen erreichen, dann müssen städtebauliche Verbesserungen und die Weiterentwicklung sozialer Angebote Hand in Hand gehen, so die Überzeugung.

Mit dem Ziel, sich wechselseitig über Rahmenbedingungen und Aufgabenstellungen zu informieren und auf dieser Basis Eckpunkte einer guten Kooperation zu verabreden, hatten sich Mitte 2016 Kollegen und Kolleginnen aus dem Stadtplanungsamt, Bereich Stadterneuerung, und aus der Regiestelle Sozialraumentwicklung und Stadtteilkoordination im Referat für Jugend, Familie und Soziales zu einem Workshop zusammengefunden. Erklärter Wunsch war und ist es, die jeweiligen Rahmenbedingungen weitgehend aneinander anzupassen. Das heißt, Gebietsgrenzen in Absprache untereinander festzulegen, die Laufzeiten von Stadtteilkoordination und Quartiersmanagement aneinander anzunähern sowie nach Möglichkeit gemeinsame Quartiersbüros zu belegen. Selbstverständlich werden Stadtteilberichte für Stadtrat und seine Ausschüsse untereinander abgestimmt.

In St. Leonhard/Schweinau können Quartiersmanagement und Stadtteilkoordination auf eine bereits langjährige Praxis guter Kooperation an einem Standort zurückblicken. Im vergangenen Jahr wurde in der ehemaligen Apotheke ein neues Stadtteilbüro gemeinsam bezogen. Auch in den übrigen Stadtteilkoordinationsgebieten gibt es seit März 2017 ein Quartiersmanagement. In der Weststadt wird in der Fürther Straße 194 ein gemeinsames Quartiersbüro betrieben. Allein in der Südstadt, wo die beiden Programmgebiete Gibitzenhof und Galgenhof/Steinbühl bearbeitet werden, konnte kein gemeinsamer Standort realisiert werden.



Weitere Informationen:

www.bmu.de





Bereichsübergreifende Koordination vor Ort – ein Gewinn für alle Seiten

In allen Stadterneuerungsgebieten wurden in Auftaktgesprächen die vereinbarten Spielregeln standortbezogen konkretisiert: So ist es Übereinkunft, gewachsene Netzwerkstrukturen zu respektieren und zu nutzen. Die örtlichen Akteure sollen zwar gut eingebunden, aber nicht durch eine Reihe neuer und zusätzlicher Besprechungsformate „überfordert“ werden. Bewährt haben sich regelmäßige Jour-Fixe-Termine, in denen ein koordiniertes Vorgehen zwischen Stadtteilkoordination und Quartiersmanagement verabredet wird: Hier werden die Sitzungen der Stadtteilarbeitskreise vorbereitet. Es werden Befragungen koordiniert. Aktionen für den Stadtteil vorbesprochen, Terminpläne abgestimmt, Anfragen kanalisiert, Kooperationspartner vermittelt – alles mit der Maßgabe, Förderanliegen und -angebote möglichst effektiv umzusetzen.

Auch die Gesundheitskoordinatorinnen, die vom Gesundheitsamt im Rahmen der AOK-Modellförderung „Gesunde Kommune“ in ausgewählten Stadtteilen eingesetzt werden konnten, sind in die örtlichen Jour-Fixe-Termine eingebunden. Die Auswahl der Stadtteile und ihrer Zuschnitte erfolgte in guter Absprache mit der Regiestelle Sozialraumentwicklung. Die Stadtteilkordinationen übernahmen deren Einführung in die örtlichen Netzwerkstrukturen und fungierten als Türöffner für Kooperationen. Eine Vermittlungstätigkeit, die von lokalen Einrichtungen wie auch von Seiten der Gesundheitskoordination sehr geschätzt wird.

Lokale Netzwerke und die Aufnahme von Geflüchteten im Stadtteilleben

Wichtigste Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Förderstruktur im Stadtteil ist eine gut funktionierende Netzwerkarbeit vor Ort, so das Credo in der Stadtteilkoordination. Das efms bescheinigte den Nürnberger Stadtteilnetzwerken eine hohe Stabilität bei gleichzeitiger Flexibilität und Dynamik. Stabilität meint ein hohes Maß an Verlässlichkeit und das Vertrauen, auch schwierige Situationen und größere Herausforderungen

gemeinsam bewältigen zu können. Flexibilität bezeichnet in diesem Zusammenhang die Fähigkeit, sich auf veränderte Situationen mit Optimismus und Zuversicht einlassen zu können. Stabilität und Flexibilität in der lokalen Netzwerkarbeit waren beste Voraussetzungen, wie die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten in den koordinierten Stadtteilen bewiesen. Hierzu einige Blitzlichter aus den Stadtteilen:



St. Leonhard/Schweinau: Bereits 2012 beim Zuzug vieler, vor allem junger Menschen aus den osteuropäischen Ländern hatten sich Einrichtungen und Organisationen aus dem Stadtteilarbeitskreis St. Leonhard/Schweinau zum Arbeitskreis Geflüchtete formiert. Als im Jahr 2015 im nahen Umfeld viele neue Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet wurden, wurde der Kreis geographisch um Einrichtungen aus den Stadtteilen Großreuth-Schweinau, Leyh und Höfen erweitert. Im AK Geflüchtete treffen sich seither viermal im Jahr Haupt- und Ehrenamtliche, die mit Geflüchteten arbeiten. Gegenstand des Austauschs ist die je aktuelle Situation der Geflüchteten im Stadtteil. Die aktuellen Belegsituationen in den Gemeinschaftsunterkünften sind jeweils bekannt. Bedarfe werden besprochen und unterstützende Angebote oft auf kurzem Wege gemeinschaftlich organisiert.

So erhielten zum Beispiel die Gemeinschaftsunterkünfte in der Kunigundenstraße und in der Fuggerstraße gestaltete und begrünte Sitz- und Spielflächen durch die Vermittlung des Stadtplanungsamtes über das Programm Soziale Stadt. So entwickelte in St. Leonhard die Villa Leon mit den Kulturlotsen und dem Kulturpunkt gezielt Programme für Geflüchtete und so richtete in Schweinau das Mehrgenerationenhaus mit dem Café Kreativ und dem Café international Begegnungsangebote für Geflüchtete ein. Die SinN-Stiftung arbeitet mit ihren Stadtteilmüttern vor allem mit russischsprachigen Geflüchteten. Ein Ehrenamtlicher des Zentrums Aktiver Bürger bietet in der Villa Leon eine Hilfestellung bei der Jobsuche an. Seit 2017 lernen an der Mittelschule St. Leonhard geflüchtete Schüler und

Schülerinnen in sieben Ü-Klassen. Um deren Ankunft im Stadtteil zu erleichtern, entwickelte die Jugendsozialarbeit zusammen mit der Villa Leon das Theaterprojekt „Miteinander“. Unter diesem Motto steht auch ein Stadtteelflyer, der einen Überblick über alle Angebote für Jugendliche im Stadtteil gibt.

Dies alles sind vielfältige Beispiele, wie der AK Geflüchtete unbürokratisch und pragmatisch schnelle integrationsfördernde Angebote organisiert. Darüber hinaus nimmt er aber auch seine Verantwortung wahr, in dem er Probleme anzeigt: So hat er sich bereits zweimal erfolgreich an die Regierung von Mittelfranken gewandt und die Einrichtung von Stellen für eine Sozialbetreuung in der Gemeinschaftsunterkunft Kunigundenstraße und in der staatlichen Erstaufnahmeeinrichtung in der Witschelstraße bewirken können.

In **Galgenhof/Steinbühl** ist die Situation geflüchteter Menschen im Stadtteil ebenso ein wichtiger Tagesordnungspunkt bei allen Treffen des Stadtteilarbeitskreises. Hier werden Informationen über Angebote für Geflüchtete ausgetauscht, weitere Bedarfe rückgemeldet und Unterstützungsanfragen einzelner Einrichtungen adressiert. Das ermöglicht eine ebenso unkomplizierte wie zielgerichtete Vermittlung. Mittlerweile finden viele regelmäßige Angebote, Projekte und offene Treffen statt: Hier werden alltagspraktische Tipps weitergegeben, Sprache gelernt und geübt, Begegnung und Kennenlernen ermöglicht sowie Tipps rund um das Thema Gesundheit vermittelt.



Der Stadtteilarbeitskreis **Gibitzenhof/Rabus** hat sich bereits lange vor Inbetriebnahme der ersten Gemeinschaftsunterkunft im Stadtteil auf die Ankunft der neuen Nachbarinnen und Nachbarn eingestellt: Im Stadtteil sollte ein Willkommen gelebt und von Anfang an Zugänge zu Stadtteilangeboten geöffnet sein. In diesem Stadtteil mit seinem besonders hohen Defizit an Spiel- und Freiflächen sollten vor allem auch Bewegungsangebote für alle Altersgruppen eröffnet werden: Dank des Engagements von Vielen – allen voran Rampe e.V., ein Verein zur Unterstützung obdachloser oder von Obdachlosigkeit bedrohter Jugendlicher und junger Erwachsener – und mit der finanziellen Unterstützung durch die Stadtteilpatenschaften (vgl. Leitlinie 7) konnte ein zweiter Standort für den Sozialen Sport von Rampe e.V. aufgebaut werden: Freitagnachmittags wird jetzt Fußball gespielt. Die Angebote sind für alle im Stadtteil offen und werden bestens angenommen. Ein großer Erfolg und ein integratives Erlebnis war das Sportfest, das im Herbst 2017 in gemeinsamer Aktion und mit viel Engagement von Rampe e.V., den Gemeindemitgliedern – jung und alt – von St. Markus, den Geflüchteten in der Gemeinschaftsunterkunft Vogelweiherstraße zusammen mit der Stadtteilkoordination organisiert worden war.

Auch in **Gostenhof** gingen die Stadtteilarbeitskreise gleich bei Bezug der Gemeinschaftsunterkunft in der Kohlenhofstraße auf die Sozialdienste zu und boten Vermittlung und Vernetzung zu den Angeboten nahegelegener Einrichtungen an: Beratungsangebote, Sprachförderung, Kinderbetreuung waren die drängendsten Bedarfe. Selbstverständlich beteiligt

sich der Sozialdienst regelmäßig an den Stadtteilarbeitskreis-Treffen. Beim verstärkten Zuzug von Geflüchteten ab 2015 wurden schnell und unbürokratisch in Kooperation und Absprache örtlicher Einrichtungen zusätzliche Angebote vor Ort geschaffen: zum Beispiel Deutsch- oder Nähkurse für Flüchtlingsfrauen, Elternbildungsangebote, Angebote zur Betreuung von Kindern und vieles mehr – alles unkompliziert und in Kooperation und Absprache der örtlichen Einrichtungen untereinander.

In **Muggenhof** war von 2015 bis 2016 auf dem ehemaligen Quellegelände eine große Not-Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Die Kollegen und Kolleginnen der Sozialberatung waren ebenso wie die Aktiven im Helferkreis mit dem Stadtteilarbeitskreis Muggeley und seinen Einrichtungen verbunden. Auch hier konnten zusätzliche Angebote, wie etwa Deutschkurse, Nähkurse, Kulturlotsenangebote bedarfsorientiert organisiert werden. Auf die unbürokratische Unterstützung und Hilfestellung durch die Stadtteilpaten konnte gezählt werden.

All diese Beispiele mögen zeigen, dass die Menschen und Einrichtungen in diesen Stadtteilen Kooperation und Zusammenspiel leben und auf dieser Basis Integrationsanforderungen gut annehmen können – ein großes Potential für die Stadt(teil)gesellschaft.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/stadtteilkoordination.html

9. Zuwanderung gestalten, interkulturelle Vielfalt leben

Auch in den Jahren 2016/2017 lag der Fokus integrationspolitischer Aktivitäten auf Geflüchteten. Ging es in den Jahren 2014 und 2015 jedoch vorwiegend um die Herausforderung, viele Menschen in kurzer Zeit menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen, lag im Berichtszeitraum der Schwerpunkt auf der Integration der Geflüchteten. Nach Verständnis des Sozialreferats sind die zentralen Handlungsfelder der Integration

- Sprache,
- Bildung (formale, non-formale, Alltagsbildung),
- Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung,
- Sport, Kultur und Freizeit sowie
- Wohnen.

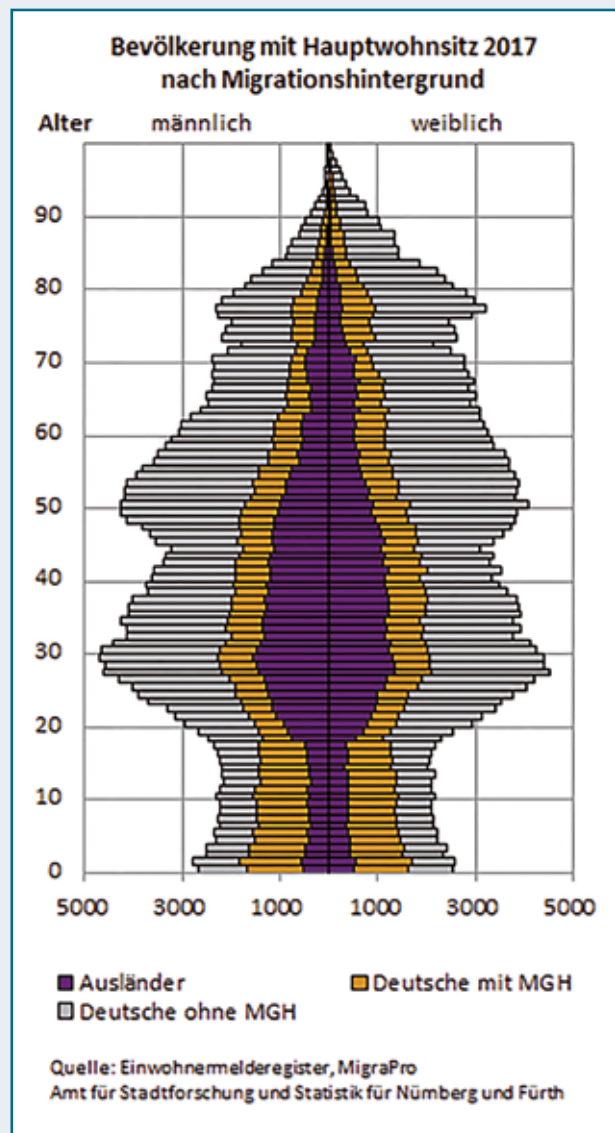
Auch die qualitative Weiterentwicklung der Flüchtlingshilfe stand im Fokus, d.h.

- Belegung der städtischen GU nach bestimmten Kriterien, z.B. reine Frauenunterkünfte oder LGBTQI5-Unterkünfte,
- Abschluss von Zielvereinbarungen und Einführung von Qualitätskriterien bei den Trägern der Sozialbetreuung,
- Erarbeitung eines kohärenten Integrationskonzepts für die Dienststellen des Sozialreferats unter Einbezug der Schnittstellen zu Schule, Jobcenter, BAMF etc.

Am Beginn des Berichtszeitraums – d.h. am Jahresanfang 2016 – war die Situation in der Stadt Nürnberg jedoch gekennzeichnet von größtem Druck: Allein im zweiten Halbjahr 2015 waren knapp 5.000 Flüchtlinge der Stadt Nürnberg zur Unterbringung zugewiesen worden, die zum Teil in Schulturnhallen untergebracht werden mussten. Im ersten Halbjahr 2016 waren insgesamt sechs Not-Gemeinschaftsunterkünfte (GU)

in Betrieb, in denen die Menschen in großen Hallen notdürftig untergebracht waren.

Es brauchte das gesamte Jahr 2016, um die Not-GU zu räumen und die Menschen in reguläre GU umzuverteilen. Im Dezember 2016 konnte die letzte Not-GU geschlossen werden. Das wurde unter anderem auch dadurch möglich, dass ab Januar 2016 der Zuzug praktisch auf null gesunken ist. Das Jahr 2017 brachte ebenfalls nur Zuzüge im Rahmen der Familienzusammenführung.



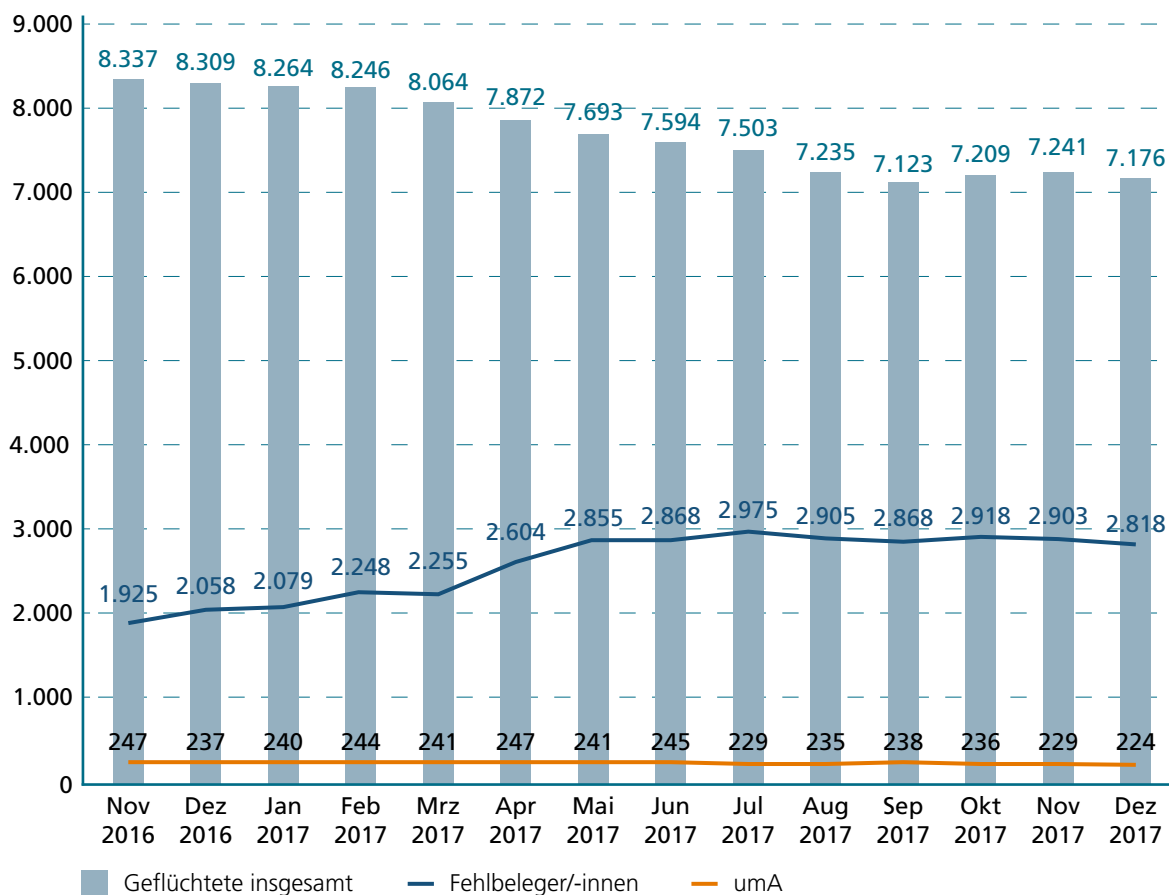
Bevölkerung in der Hauptwohnung 2017

		Deutsche ohne Migrationshintergrund		Menschen mit Migrationshintergrund					
				Deutsche mit MigH*		Ausländer/-innen		insgesamt	
Alter	gesamt	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe
jeden Alters	532.194	289.766	54%	120.476	23%	121.952	23%	242.428	46%
unter 3	15.424	5.440	35%	6.935	45%	3.049	20%	9.984	65%
3 bis unter 6	14.024	4.866	35%	6.595	47%	2.563	18%	9.158	65%
6 bis unter 10	17.439	6.087	35%	8.173	47%	3.179	18%	11.352	65%
10 bis unter 15	21.623	7.536	35%	10.162	47%	3.925	18%	14.087	65%
15 bis unter 18	13.167	5.099	39%	5.586	42%	2.482	19%	8.068	61%
18 bis unter 25	43.795	22.403	51%	8.394	19%	12.998	30%	21.392	49%
25 bis unter 45	157.574	78.157	50%	28.972	18%	50.445	32%	79.417	50%
45 bis unter 65	142.747	86.821	61%	25.676	18%	30.250	21%	55.926	39%
65 bis unter 80	74.846	49.703	66%	14.030	19%	11.113	15%	25.143	34%
80 und älter	31.555	23.654	75%	5.953	19%	1.948	6%	7.901	25%

*Migrationshintergrund

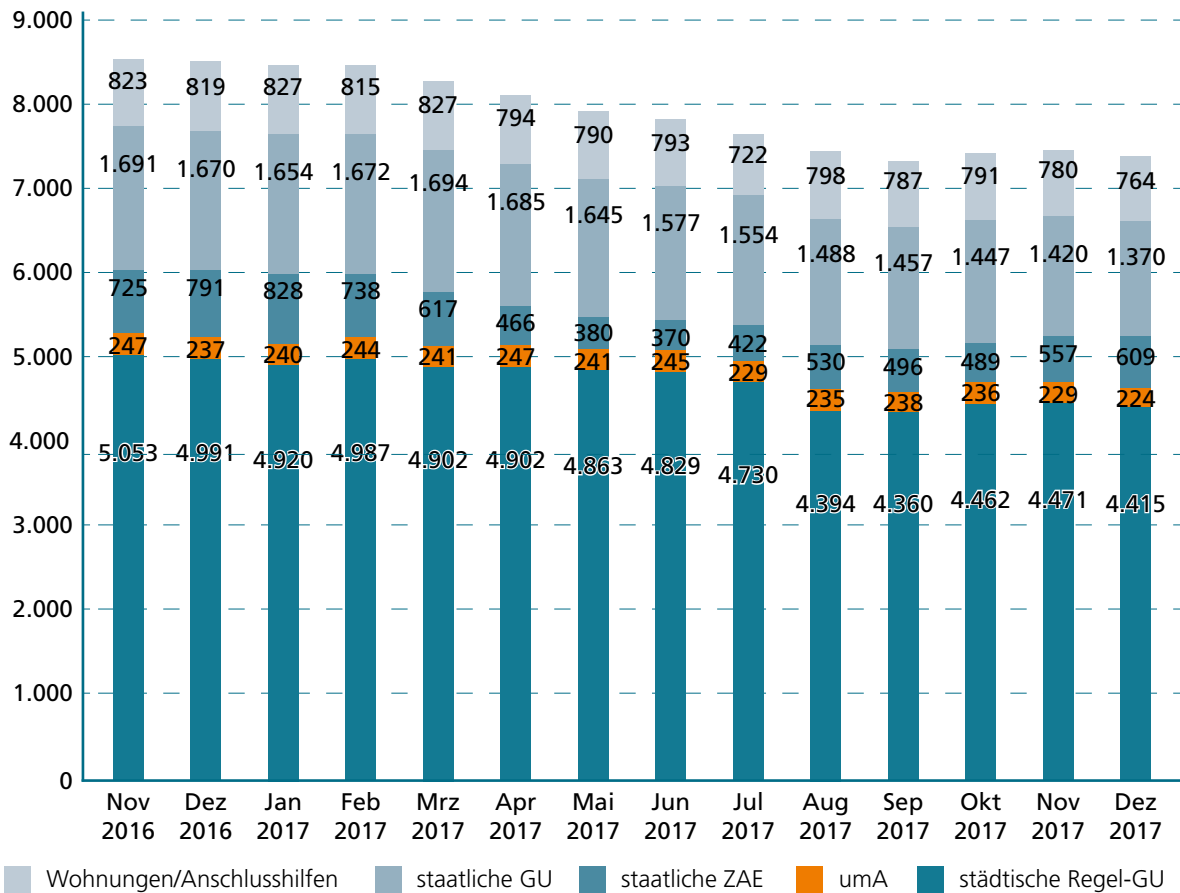
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2017.

Geflüchtete im Zeitverlauf



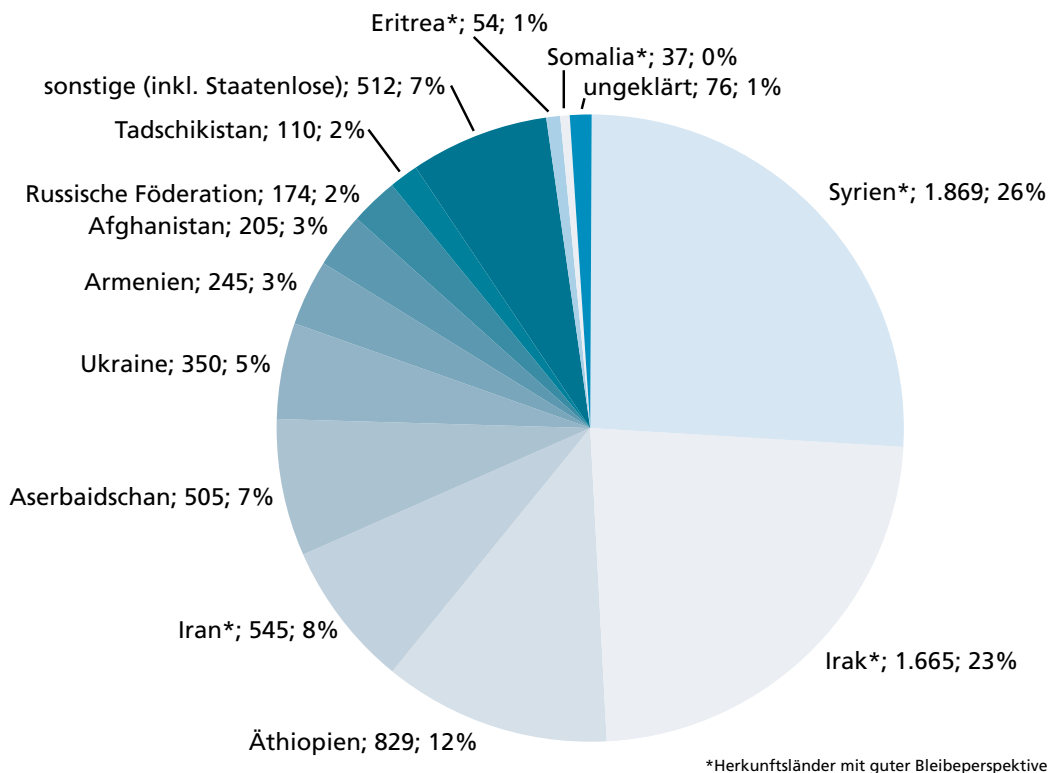
Quelle: Sozialamt, Jugendamt der Stadt Nürnberg, Regierung von Mittelfranken, eig. Berechnungen, 2017.

Unterbringung im Zeitverlauf

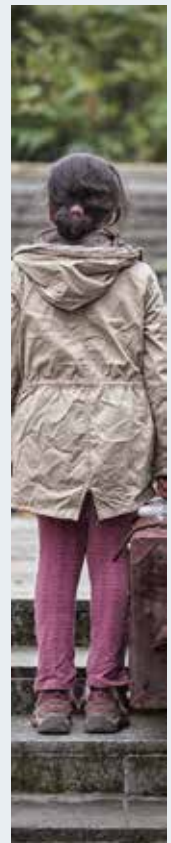


Quelle: Sozialamt, Jugendamt der Stadt Nürnberg, Regierung von Mittelfranken, eig. Berechnungen, 2017.

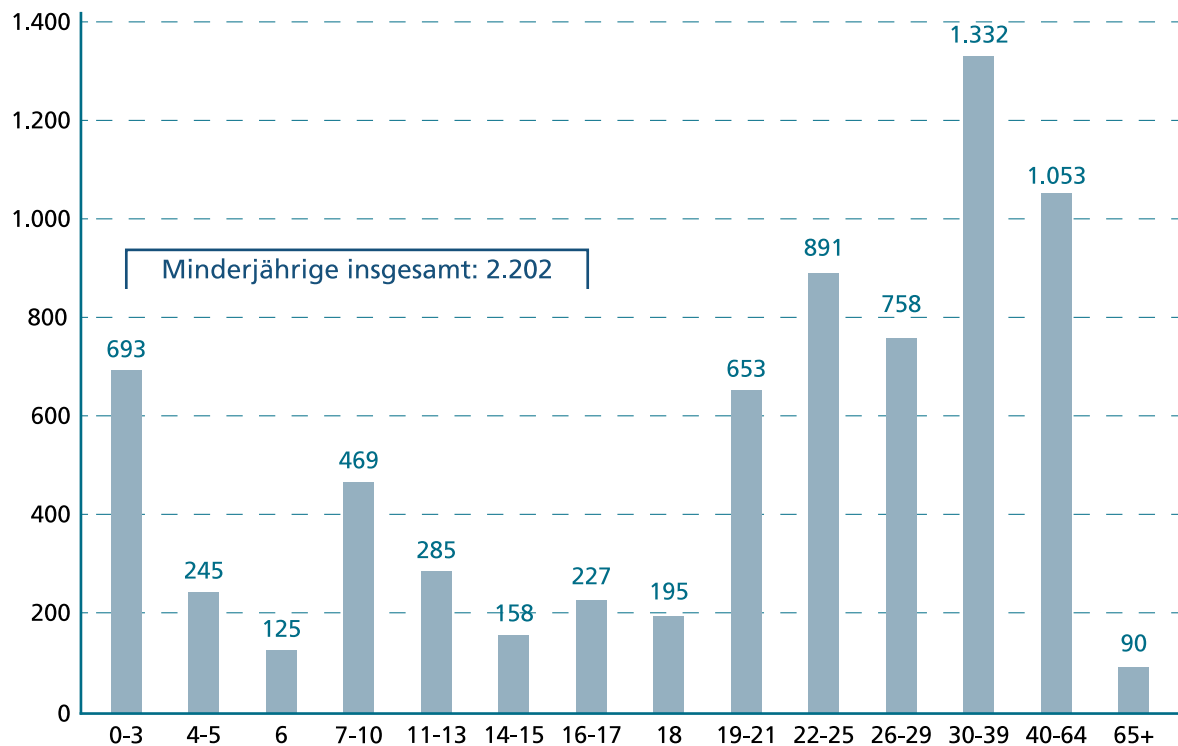
Herkunftsländer



Quelle: Sozialamt, Jugendamt der Stadt Nürnberg, Regierung von Mittelfranken, eig. Berechnungen, Stand: 31.12.2017.



Altersstruktur



Quelle: Sozialamt, Jugendamt der Stadt Nürnberg, Regierung von Mittelfranken, eig. Berechnungen, Stand: 31.12.2017.

Studie „Nicht mit leeren Händen“

Für eine gelingende Integration ist es unerlässlich, zu erfahren, was Zugewanderte beschäftigt und welche Ressourcen sie bereits mitbringen. Im Jahr 2016 befragte das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) Geflüchtete in Nürnberger Gemeinschaftsunterkünften zu ihren Kompetenzen, Erwartungen und Perspektiven. In Kooperation mit der Stadt Nürnberg wurde der Fragebogen ausgearbeitet und die Befragung in 13 städtischen Gemeinschaftsunterkünften unter volljährigen Geflüchteten durchgeführt. Die Befragung wurde in persönlichen Interviews in den Sprachen Arabisch, Russisch, Farsi/Dari durchgeführt, somit konnten die Herkunftsregionen Syrien, Irak, Iran, Afghanistan sowie die GUS-Staaten abgedeckt werden. Insgesamt wurden 280 Geflüchtete befragt.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Kompetenzen und Fähigkeiten der Geflüchteten vielfältig sind, bei vielen Befragten eine solide Bildung vorhanden ist und vor allem die Bereitschaft und Motivation, die vorhandenen Fähigkeiten einzusetzen, groß ist. Es gilt also an den

vorhandenen Fähigkeiten anzuknüpfen und die passenden Maßnahmen individuell zu erarbeiten. Zentrale Ergebnisse der Studie sind:

- Die große Mehrheit der Befragten (über 97%) hat eine Schule besucht, 25% ein Studium begonnen, 13% der Befragten dieses abgeschlossen.
- 82% der Befragten haben im Herkunftsland einen Beruf ausgeübt. Die Branchen sind sehr divers und lassen sich zum Teil nur schwer in den Rahmen des deutschen Arbeitsmarktes übertragen. Auch die Frage, mit welcher Qualifikation der jeweilige Beruf ausgeübt wurde, bleibt unbeantwortet. Fast die Hälfte der ausgeübten Berufe befindet sich jedoch im Bereich Rohstoffgewinnung, Produktion, Fertigung.
- Die Motivation, in Deutschland einer Arbeit nachzugehen, ist mit 95% ebenfalls sehr hoch. Dies gilt auch für die Bereitschaft, sich unentgeltlich zu engagieren (83%).
- 72% der Befragten haben bislang keinen Integrationskurs besucht. Dieser Befund lässt



sich auf Basis der Datengrundlage nur unzureichend interpretieren. Auch wenn davon auszugehen ist, dass der Großteil der Befragten aufgrund der Bleibeperspektive Anspruch auf einen Integrationskurs hat, so wird durch die Befragung nicht abgebildet, ob alternativ beispielsweise ein Sprachkurs oder andere Kursformen besucht werden. Berücksichtigt man all jene Befragten, die sich in verschiedenen Formen der Beschäftigung befinden und somit aktuell keinen Integrationskurs besuchen können, bleibt noch eine Zahl von 57%.

- Viele der befragten Geflüchteten haben wenige bis gar keine Kontakte zu Personen außerhalb ihrer Gemeinschaftsunterkunft bzw. zu Personen, die in Deutschland geboren sind (55% zu keiner einzigen Person). Auch hier

sind die Möglichkeiten der validen Interpretation begrenzt.

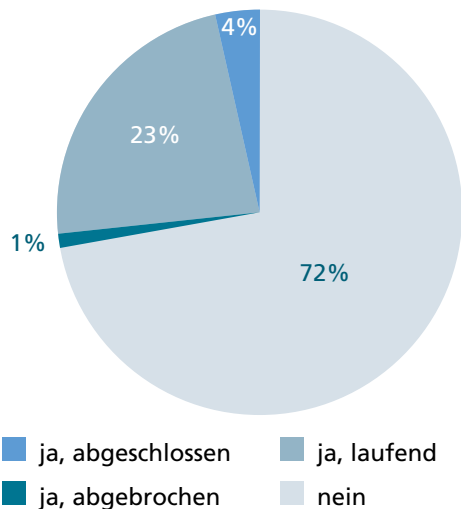
Die Befunde zeigen deutlich, dass Geflüchtete „nicht mit leeren Händen“ in Deutschland angekommen sind, gleichwohl jedoch große Anstrengungen unternommen werden müssen, um den wechselseitigen Prozess der Integration zum Erfolg zu führen. Die Studie betont ebenfalls die Notwendigkeit von bürgerschaftlichem Engagement und der Integration in Arbeit.



Weitere Informationen:

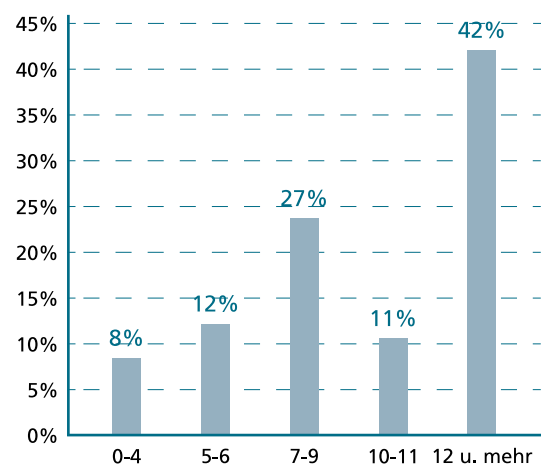
www.iska-nuernberg.de/nicht-mit-leeren-haenden/ergebnisse.html

Besuch Integrationskurs



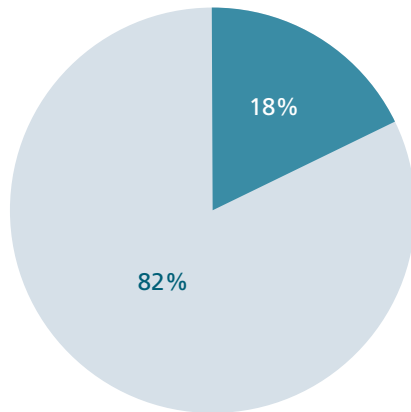
Quelle: ISKA, 2016.

Schulbildung/Schulbesuch in Jahren



Quelle: ISKA, 2016.

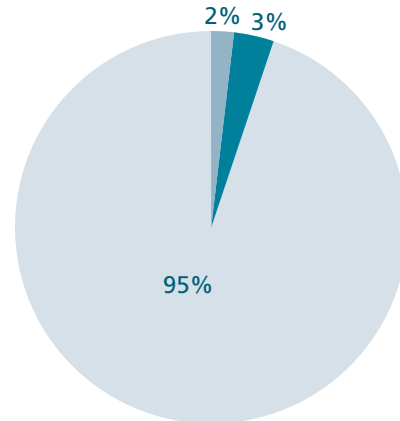
Beruf im Herkunftsland ausgeübt



ja nein

Quelle: ISKA, 2016.

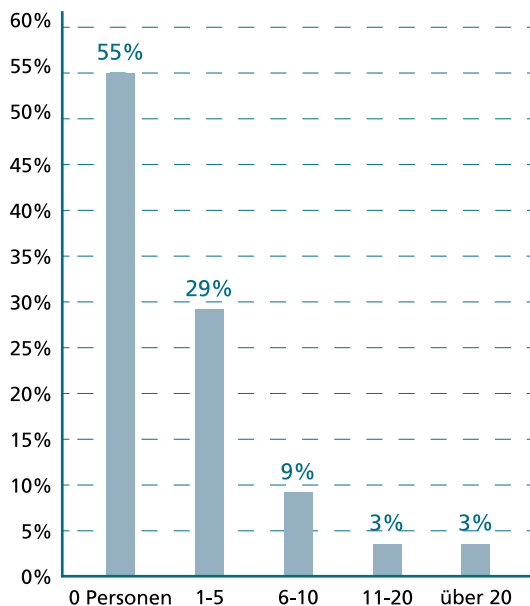
Motivation zur Arbeit gegen Entlohnung



ja nein vielleicht

Quelle: ISKA, 2016.

Soziales Netzwerk: Wieviele in Deutschland geborene Kontaktpersonen?



Quelle: ISKA, 2016.



„Frag' einfach Integreat!“

Im September 2017 ging die Nürnberger Instanz der App Integreat an den Start. Integreat bietet Neuzugewanderten – insbesondere Geflüchteten – wertvolle Informationen für den Alltag in Deutschland. Das Besondere ist, dass alle Informationen speziell auf Nürnberg zugeschnitten sind. Egal, ob es um ausländerrechtliche Fragen, Kindertagesbetreuung, Schule, Wohnen oder Freizeit geht – Integreat nennt die konkreten Anlaufstellen in Nürnberg und bietet darüber

hinaus viele wertvolle Hinweise. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung – insbesondere der Kommunalen Bildungscoordination und dem Amt für Kultur und Freizeit – entwickelte das Sozialreferat die Inhalte. Auch Geflüchtete waren im Rahmen eines Workshops in die Gestaltung eingebunden, um sicherzustellen, dass nicht an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbei gearbeitet wird.



Integreat ist kostenfrei, steht derzeit in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Farsi, Russisch und Amharisch zur Verfügung und funktioniert nach dem Download auch offline auf allen gängigen Smartphones. Es existiert auch eine Website, auf der man auf alle Inhalte vom PC aus zugreifen kann.

Um die Zielgruppe zu erreichen, setzt die Stadt Nürnberg neben Aushängen in Gemeinschaftsunterkünften und an Orten, die von Geflüchteten aufgesucht werden, stark auf Social Media: Die Kulturinitiative „Refugees Nürnberg. You are here“ drehte einen kurzen, mehrsprachigen Videoclip zur App, der gezielt auf Social-Media-Kanälen eingesetzt wird.

Integreat ist als gemeinsames Projekt von Studierenden der TU München und der Universität Augsburg entstanden. Das Pilotprojekt startete im November 2015 in der Stadt Augsburg. Rechtlich steht hinter Integreat die Mitte 2016 in Augsburg gegründete gemeinnützige GmbH „Tür an Tür – Digitalfabrik“.



Weitere Informationen:

www.integreat-app.de



Video zur App:

<https://youtu.be/DXJ1CWKBWZI>

Bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe

Die ehrenamtliche Unterstützung für Geflüchtete entwickelte sich in Nürnberg – wie vielerorts in Deutschland – von der „Not-Hilfe“ (2015) über die Unterstützung beim Ankommen (2016) hin zur Integrationsarbeit (2017). Bürgerschaftliches Engagement spielt dabei in allen zentralen Handlungsfeldern der Integration eine – teilweise erhebliche – Rolle und ergänzt und begleitet hauptamtliche Angebote. Die Anforderungen an eine kommunale Koordination von bürgerschaftlichem Engagement in der Flüchtlingshilfe wandeln sich ständig, zielen jedoch grundsätzlich darauf ab, ehrenamtliche Integrationsarbeit immer mehr in die Regelstrukturen zu integrieren.

2015/16 ging es vordergründig darum, zivilgesellschaftliche Akteure zu vernetzen und Strukturen zu schaffen, um sie für alle Zielgruppen (Hauptamtliche, aktive Ehrenamtliche, engagementwillige Bürgerinnen und Bürger einschließlich Geflüchtete) sichtbar zu machen: Das Bürgertelefon Flüchtlingshilfe wurde eingerichtet, ein Newsletter informiert seit April 2015 regelmäßig über die Engagementlandschaft im Bereich Integration, es gründeten sich über 30 dezentrale Helferkreise im ganzen Stadtgebiet, in der Online-Datenbank „BürgerNetz Flüchtlingshilfe“ lassen sich Einsatzstellen suchen und finden, der Stifter- und Spenderverbund



Flucht, Asyl und Wohnungslosigkeit sorgt für finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Initiativen. Seit 2016 nimmt die Bedeutung von individueller Unterstützung (Patenmodelle) gegenüber Gruppenangeboten immer mehr zu. Engagierte ziehen sich stellenweise aus organisierten Helferinitiativen zurück, um, im Rahmen von freundschaftlicher (Nachbarschafts-)Hilfe, Einzelne bei ihrer individuellen „Alltagsintegration“ zu begleiten.

2017 standen neben Netzwerkarbeit die Qualifikation und Akquise von Ehrenamtlichen, sowie die Stabilisierung und Konsolidierung von Helfernetzwerken im Fokus. Große Relevanz ist

dem Thema „Geflüchtete im Ehrenamt“ zuzuschreiben. Es gilt, passende Engagementmodelle zu identifizieren und klare Regelungen und Zugangswege zu kommunizieren. Eine weitere wichtige und zu allen Handlungsfeldern parallel laufende kommunale Aufgabe ist die Anerkennung und Wertschätzung von ehrenamtlicher und zivilgesellschaftlicher Integrationsarbeit (vgl. Leitlinie 7).



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/helferkreise.html

Alltagsbildung für Geflüchtete

Im Januar 2016 bestimmten Empörung und Verunsicherung die öffentliche Diskussion zur Flüchtlingsfrage im Nachhall auf die in mehreren Städten erfolgten Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht. Politisch Verantwortliche, Fachkräfte und engagierte Bürgerinnen und Bürger in der Flüchtlingsarbeit waren sich darüber im Klaren, dass zügig Wege zu eröffnen waren, die Integration der Neuzugewanderten zu ermöglichen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft zu stärken.

Aus dieser Ausgangslage heraus wurde die Projektgruppe „Alltagsbildung für Flüchtlinge“, befristet für ein halbes Jahr, im Geschäftsbereich des Referates für Jugend, Familie und Soziales zusammengestellt. Die Mitwirkenden legten

sechs Monate lang einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Menschen, die in den zurückliegenden Wochen und Monaten in unserer Stadt als Flüchtlinge angekommen waren. Zielsetzung war die Vermittlung von Grundinformationen und Verhaltensanforderungen für ein respektvolles Miteinander und in alltäglichen Situationen, ohne Ansehen der vermuteten Bleibeperspektive. Das Projekt sollte bei der Erprobung von Veranstaltungsformaten den Kontakt zu Flüchtlingen suchen, die noch in (Not-)Gemeinschaftsunterkünften lebten.

Zu den ersten Modulen gehörten ein interaktiver Workshop des Menschenrechtsbüros rund um grundlegende Menschenrechte sowie Stadtspaziergänge/Stadtteilspaziergänge, die das

gemeinsame Kennenlernen von Einrichtungen der Innenstadt und in Stadtteilen ermöglichen. Hierfür übernahm das Jugendamt die Federführung in der Erprobungsphase. Aufgenommen wurde nach kurzer Zeit die Durchführung von insgesamt 13 niedrigschwellig gestalteten Elterngesprächsrunden, da die Erstkontakte mit Flüchtlingsberatungen hierzu Bedarf an Information und Austausch ergaben (z.B. zu Fragen der Orientierung in der Bildungslandschaft oder zum Verständnis von elterlicher Verantwortung).

Da von vornherein auch die Themen „Mann und Frau, sexuelle Selbstbestimmung, respektvoller Umgang miteinander“ bearbeitet werden sollten, bot es sich an, die Zusammenarbeit mit Trägern zu suchen, die über Expertise zu diesen Themen verfügen, aber (noch) nicht in Gemeinschaftsunterkünften gearbeitet hatten, wie z.B. ProFamilia, „Heroes“ (DEGRIN e.V) und Jadwiga (vgl. Leitlinie 10). Die Überlegung, dass kulturpädagogische Elemente den Zugang zur Auseinandersetzung mit jungen Flüchtlingen erleichtern könnten, führte dazu, weitere Module gemeinsam mit der Jugendinformation (Kreisjugendring Nürnberg-Stadt), dem Theater Thevo und dem Medienzentrum PARABOL auszuprobieren. Mit den insgesamt

- 42 Veranstaltungen in oder in der Nähe von
- 38 städtischen Unterkünften wurden rund
- 600 Flüchtlinge unterschiedlichen Alters erreicht – das sind etwa
- 9% der damals in städtischen Unterkünften lebenden Flüchtlinge.

Basierend auf den Erfahrungen der Projektgruppe legte das Referat für Jugend, Familie und Soziales im Jahr 2017 einen

mit 250.000 Euro ausgestatteten Integrationsfonds auf, mit dem Projekte städtischer Dienststellen, von Vereinen, Verbänden und weiteren gemeinnützigen Organisationen gefördert werden können, die die Integration Geflüchteter in Nürnberg unterstützen. Einige der erfolgreichen Formate aus der Alltagsbildung wurden in den Integrationsfonds überführt, für andere wurden Stiftungsmittel über die wbg2000-Stiftung und die Zukunftsstiftung der Sparkasse akquiriert. Über diese Stiftungsmittel konnten für die Jahre 2016 bis 2018 zusätzlich 410.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Der Integrationsfonds erfährt im Jahr 2018 eine Wiederauflage.

wbg 2000 Stiftung



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/publikationen.html#24



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/integrationsfonds.html

Der Schlüssel zur Integration: Sprache

Die NOA ist vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Durchführung von Integrationskursen zugelassen. Mit dem Know-How aus über 25 Jahren in der Beschäftigung und Weiterbildung war klar: Deutsch lernt man nur mit Spaß erfolgreich. In Absprache mit allen Akteuren im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales konzentriert sich die NOA hierbei auf Gruppen mit besonderem Förderbedarf; dies

sind Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern sowie Flüchtlinge mit unklarer Bleibeperspektive, aber Anspruch auf Förderung. Für das Bundesministerium für Bildung und Forschung führt die NOA mehrwöchige Kurse zum Einstieg oder zur Alphabetisierung durch. Bei den Integrationskursen für Frauen des BAMF bieten wir zeitgleich Kinderbetreuung in Spielgruppen an.



Das Sprach- und Lerncafé im Südstadtforum Service & Soziales hingegen ist ein offenes Angebot, in dem Deutschkenntnisse vertieft und eingeübt werden können, aber auch weitere Unterstützung gewährt wird und Kontakte geknüpft werden können. Jeden Dienstag und Donnerstag von 9 bis 11 Uhr richtet es sich an Frauen mit der Möglichkeit der Kinderbetreuung und Montag sowie Freitag von 14 bis 16 Uhr an alle.



Weitere Informationen:

www.noa-nuernberg.de/deutschlernen



Direkt zum Film:

<https://vimeo.com/219054602>

Entwicklung bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (umA)

Nach den Zugangsspitzen im Jahr 2015 ging die Zahl von ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Zeitraum 2016/2017 zunächst leicht und ab etwa Mitte 2016 signifikant zurück. Wurden im Jahr 2015 insgesamt 662 Minderjährige in Nürnberg in Obhut genommen, ging diese Zahl 2016 auf 172 und schließlich 2017 auf 69 zurück. In der Folge galt es, die Infrastruktur, u.a. die 2015 geschaffene kommunale Erstaufnahmeeinrichtung mit dem dafür inzwischen bereit gestellten Personal, wieder kurzfristig zurückzubauen. Gleiches galt für die Clearingstelle Mittelfranken der Rummelsberger Dienste für junge Menschen, die von einer Kapazität von bis zu 120 Plätzen sukzessive auf eine Kapazität von 20 Plätzen zurückgefahren werden musste. Auch für die freien Träger der Jugendhilfe, die in Nürnberg und überregional stationäre Angebote in großem Umfang ein-

gerichtet hatten, bedeutete der Rückgang zum Teil schwierige Restrukturierungsmaßnahmen und die Beendigung vieler befristeter Arbeitsverhältnisse. Diese strukturellen Anpassungen waren insbesondere auch deshalb heikel, weil Prognosen über die Entwicklung der Zugangszahlen nicht möglich waren und insofern stets drohte, auf plötzlich wieder ansteigende Fallzahlen nicht adäquat vorbereitet zu sein.

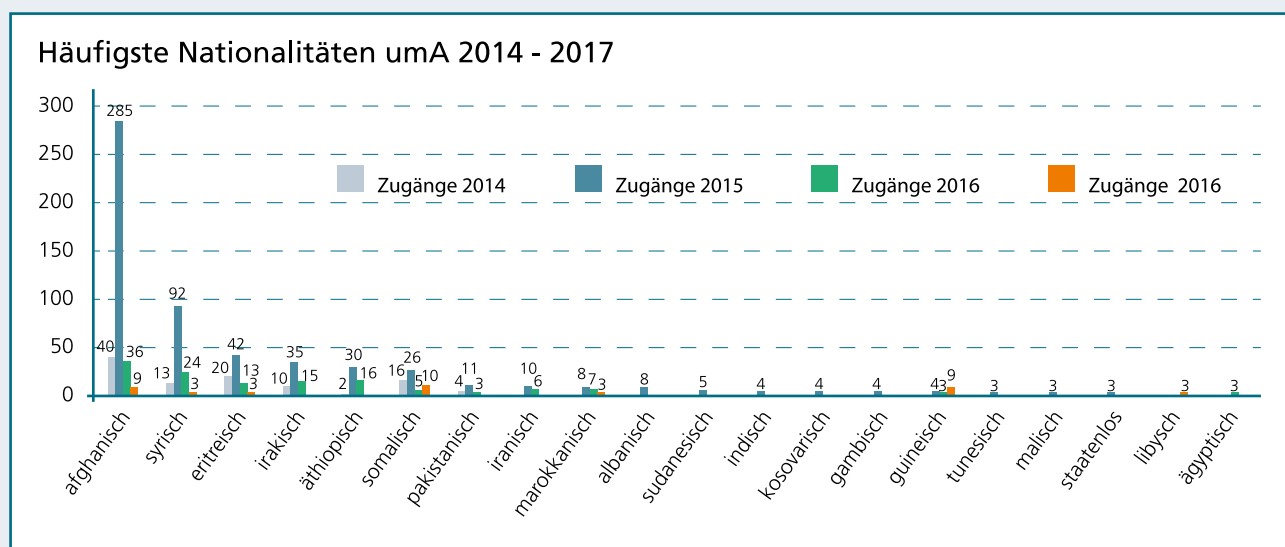
Die gesetzlichen Änderungen zur vorläufigen Inobhutnahme und zur bundesweiten Verteilung traten zum 1. November 2015 in Kraft und wurden in den Jahren 2016 und 2017 wirksam. Die bayerische Übererfüllung der Aufnahmequote baute sich in diesem Zeitraum völlig ab, viele Minderjährige wurden aus Bayern in andere Bundesländer verteilt. Etwa Mitte 2017 ergab sich für Bayern wieder eine Aufnahmepflicht

im Rahmen des Verteilverfahrens. Nürnberg lag dabei leicht unter seiner Quotenpflicht, hatte aber in eigener Zuständigkeit immer wieder Aufgriffe, so dass Zuteilungen aus der Bundesverteilung ausblieben.

Ein Thema, das die Jugendhilfe in den Jahren 2016 und 2017 zunehmend beschäftigte, war die Ausbildungsmöglichkeit für junge Geflüchtete mit unklarer Bleibeperspektive. Vielfach erhalten sie keine Beschäftigungserlaubnis und können trotz angebotener Lehrstellen nach Abschluss der Berufsintegrationsklassen keine Ausbildung beginnen. Eine fatale Situation, die in Verbindung mit der drohenden Abschiebung in das Heimatland zu Ängsten, Frustration und Resignation führt. Umso enttäuschender ist diese Hemmnis, da seitens der Kammern und Verbände und letztlich der regionalen Betriebe viele Angebote unterbreitet wurden, junge Geflüchtete in Ausbildung zu bringen. Selbst vor

dem Hintergrund einer möglicherweise schlechten Bleibeperspektive ist Ausbildung auch für die Zukunft in der Heimat das beste Kapital, dass junge Menschen mitnehmen können.

Nach den schlimmen Ereignissen 2016 in Bayern, in denen zwei junge Geflüchtete nach einem Radikalisierungsprozess für traurige Schlagzeilen sorgten, gab es auch in Nürnberg vereinzelte Hinweise auf solche Radikalisierungsprozesse. Das Sozialreferat, Jugendamt und die Nürnberger Polizei nahmen dies zum Anlass, sehr kurzfristig Informationsveranstaltungen für die Fachkräfte in der Flüchtlingsarbeit zu organisieren, mit denen in präventivem Sinn auf frühe Anzeichen möglicher Radikalisierung hingewiesen wurde, Sensibilität geschaffen und Interventionsmöglichkeiten dargestellt wurden. Glücklicherweise kam es in Nürnberg dann auch zu keinen nennenswerten Zwischenfällen mit jungen Geflüchteten.



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2017.

Vermittlung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Pflegefamilien

2014 entschied das Jugendamt Nürnberg in Kooperation mit den Pflegekinderdiensten der Freien Träger, den SOS-Jugendhilfen Nürnberg-Fürth-Erlangen, dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. und den Rummelsberger Diensten für junge Menschen gGmbH eine Initiative zur Vermittlung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Pflegefamilien zu starten. Hin-

tergrund war unter anderem der massive Anstieg von zu versorgenden Kindern und Jugendlichen, als auch der Bedarf nach Alternativen zur Unterbringung in stationären Wohngruppen. In Kooperation mit der Fachstelle Vollzeitpflege des Jugendamts wurde ein Fortbildungskonzept für Mitarbeitende der Pflegekinderdienste, als auch für Pflegeelternbewerberinnen und

-bewerber und eine Öffentlichkeitskampagne entwickelt. Nürnberg war bundesweit einer der ersten Jugendämter, die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Pflegefamilien vermittelte. Im Jahr 2016 fand ein vom Jugendamt Nürnberg organisierter Fachtag für andere Jugendämter statt, der auf großen Zuspruch stieß. Bis dato haben

- 220 interessierte Bürgerinnen und Bürger Infoveranstaltungen besucht,
- 35 Paare und acht Einzelpersonen haben an Fortbildungen – jeweils sechs Seminarmodule zu unterschiedlichen Themen – teilgenommen. Neun Familien nahmen mit Kindern und Jugendlichen an einem Wochenendseminar teil.
- 35 Kinder und Jugendliche wurden in Pflegefamilien vermittelt.

Zwischenzeitlich hat sich auch eine Pflegeelterngruppe gegründet.

Herausfordernde Themen in den Pflegefamilien waren sehr häufig Belastungen durch die psychische Verfassung der Kinder und Jugendlichen infolge traumatischer Kriegs- und Fluchterfahrungen, die Schul- und Lernsituation und die Schulplatzsuche. Mit zunehmenden Alter nimmt im Besonderen auch die Angst vor Abschiebung zu und die fehlende Erlaubnis, eine Ausbildung zu beginnen, stellt ein großes Problemfeld dar. Eher selten geht es um Essen, Religionsausübung, Einhaltung von Regeln oder überzogene Erwartungen und Forderungen bzgl. der finanziellen Möglichkeiten der Pflegefamilie. Die Abbruchrate ist nicht höher als bei klassischen Pflegeverhältnissen oder in der stationären Jugendhilfe. Insgesamt kann von einem gelungenen Modell gesprochen werden, das ohne das hohe Engagement der Pflegeeltern nicht möglich gewesen wäre. Wünschenswert wäre, dass sich weiterhin interessierte Bürgerinnen und Bürger finden, die gerne ein Pflegekind/-Jugendlichen in ihrer Familie aufnehmen würden.



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/imperia/md/jugendamt/dokumente/beratung_und_hilfe/vollzeitpflege_infomappe_fluechtlinge.pdf

JUNGE FLÜCHTLINGE ANGEKOMMEN ... UND JETZT?



**PFLEGE
ELTERN
GEWINNEN**

**INFORMATIONEN
FÜR PFLEGEFAMILIEN**

Gesamtprojekt Rettystraße in Mögeldorf

Was tun, wenn ein unbegleiteter, minderjähriger Asylbewerber volljährig wird? Das war eine der vielen zentralen Anforderungen an das Jugendamt angesichts der Fluchtereignisse im Jahr 2015. Die Umverteilung in eine staatliche oder städtische Gemeinschaftsunterkunft hätte die bisherige pädagogische Unterstützung der Jugendhilfe gefährdet. Die Bündelung aller Akteure und ihrer Fördersysteme erschien als richtiger Ansatz. Die Kombination der Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes oder, bei Schutzberechtigung, des SGB II, mit den Sprachintegrationsklassen der Berufsschule, Erziehungsbeistandschaft und Asylsozialberatung, sollte gezielt an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt herantreiben.

Die Angst der Nachbarschaft vor dem Wohnheim in der Rettystraße hat sich längst gewandelt in bundesweite Anerkennung des neuen Ansatzes. Zu verdanken ist dies einem Team von Mitarbeitenden aus der Noris-Arbeit gGmbH (NOA) und von NOA.kommunal, die sich in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Jugendamt rund um die Uhr um die Bewohner

kümmern. Die 35 jungen Erwachsenen leben nicht mehr nur in Mögeldorf, sondern zusätzlich in zwei Außenwohngruppen in St. Leonhard und Laufamholz. Das bisherige Ergebnis kann sich sehen lassen, was auch am unermüdlichen Einsatz des Helferkreises liegt. Weit überwiegend absolvieren die Bewohner die Berufsintegrationsklassen mit Erfolg und erhalten in den Ferienzeiten zusätzliche Fördermöglichkeiten mit Werkstattbezug in der NOA. Von neun Bewohnern, die ihre zwei Jahre Sprachintegration an der Berufsschule abgeschlossen hatten, sind acht in Ausbildung oder eine alternative Anschlussmöglichkeit vermittelt worden. Allerdings konnten drei von ihnen ihre Ausbildung trotz Vertrages nicht beginnen, da ihnen die Ausbildungserlaubnis verweigert wurde, nachdem ihre Identität noch nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte.



Weitere Informationen:

www.noa-nuernberg.de/heranfuhrung-und-eingliederung-in-ausbildung-und-dauerbeschaeftigung-head

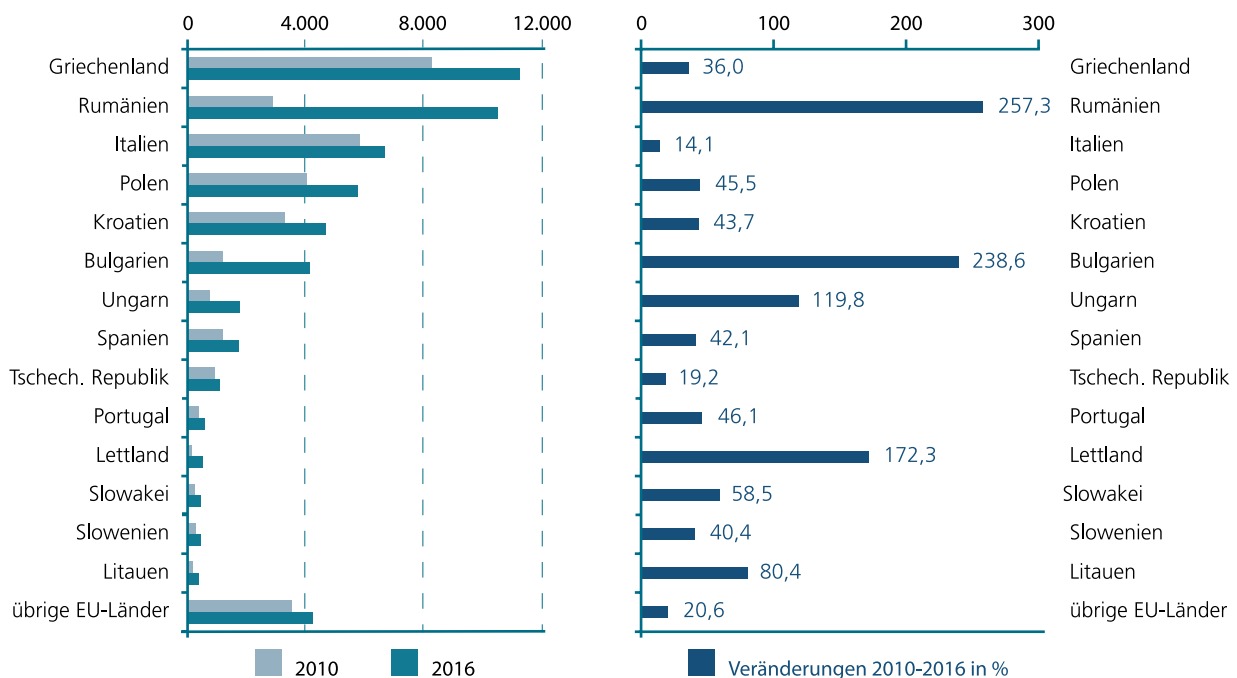
Entwicklung der EU-Binnenwanderung

Die Binnenwanderung aus den neuen EU-Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien, aber auch aus dem schon vorher beigetretenen Polen, machte bundesweit in den Jahren 2012 und 2013 Schlagzeilen. Die Zuwanderung hatte den Charakter einer „Armutswanderung“, die zugewanderten Menschen – überwiegend junge Menschen, viele Alleinstehende, aber auch Paare und kleine Familien – „strandeten“ in großer Zahl in den Einrichtungen der Obdachlosenhilfe, d.h. sie frequentierten die Wärmestube, die Straßenambulanz und die Notschlafstellen in der Stadt Nürnberg. Insbesondere die Wohnsituation war in vielen Fällen prekär.

In vielen Städten, besonders in den Großstädten Nordrhein-Westfalens, halten diese Auffälligkeiten bis heute an. In Nürnberg ist das nicht der Fall – zwar sind die Zugewanderten der Jahre 2012 und 2013 gemäß Bevölkerungsstatistik noch alle da, sie haben aber ganz überwiegend Wohnung und Arbeit gefunden. Nach der Statistik des Jobcenters ist die SGB-II-Empfangenquote unter Menschen aus Bulgarien und Rumänien niedriger als jene unter allen Ausländerinnen und Ausländern. Offenbar ist die Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt in der Stadt Nürnberg besser gelungen als anderswo.

EU-Bürger/-innen in Nürnberg – 2010 und 2016 im Vergleich

Bevölkerung mit Hauptwohnsitz am 31.12., sortiert nach dem Einwohnerbestand 2016



Quelle: Einwohnermelderegister, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

Bestand ELB (erwerbsfähige Leistungsberechtigte) im Jahresvergleich

Gleitender Jahresdurchschnittswert März bis Februar.

ELB im Vergleich	gJDW Februar 2016 (März 2015 bis Februar 2016)	gJDW Februar 2017 (März 2016 bis Februar 2017)	Veränderung in %
JC Nürnberg gesamt	33.309	32.776	-1%
ELB (Deutsche)	18.497	17.490	-5,4%
ELB (Ausländer)	14.727	15.398	+4,6%
Griechenland	1.604	1.502	-6,4%
Bulgarien	516	648	+25,5%
Italien	764	712	-6,8%
Polen	643	600	-6,8%
Rumänien	746	804	+7,7%
Russische Föderation	653	590	-9,7%
Türkei	2.416	2.145	-11,2%
Ukraine	1.050	931	-11,3%

Quelle: Jobcenter Nürnberg-Stadt, 2017.

10. Geschlechtersensibel handeln, Gleichstellung verwirklichen

Diversity-Sensibilität hat in der Sozialen Arbeit einen hohen Stellenwert und ist oft Bestandteil der unterschiedlichen Ausbildungswege und Studiengänge. Gleichwohl gilt es immer wieder zu prüfen, ob alle aktuellen Herausforderungen in den Blick genommen sind oder ob es blinde Flecken gibt. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Aspekt der Diversity-Orientierung. Dabei richtet sie sich an Männer und Frauen, Jungen und Mädchen sowie an Personen, die sich keiner dieser binären Kategorien eindeutig zuordnen möchten oder können. Der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales ist in all seinen Handlungsfeldern aufgefordert, geschlechtersensibel zu handeln. In den Jahren

2016 und 2017 ging es vor allem darum, Geflüchteten Verhaltenssicherheit in einer neuen Kultur zu vermitteln, geflüchtete Frauen und Kinder in Gemeinschaftsunterbringung wirksam zu schützen, Angebote speziell für Mädchen in der Kinder- und Jugendarbeit zu fokussieren sowie Frauen und Männer bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Auch das Thema Personalgewinnung spielt eine immer größer werdende Rolle – viele Berufe der Sozialen Arbeit werden vor allem von Frauen ausgeübt. Männer für diese Tätigkeiten zu gewinnen, ist eine der Herausforderungen, denen sich die Dienststellen des Sozialreferats aktuell widmen.

Schutz geflüchteter Frauen und Kinder

Auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung haben viele Menschen, die seit 2015 zu uns gekommen sind, Verstörendes erlebt. Insbesondere allein reisende Frauen und Kinder sind der Gefahr von sexualisierter Gewalt und Menschenhandel ausgesetzt. Aber auch nach der Ankunft im Aufnahmeland gilt es, verletzbaren Personengruppen ausreichend Schutz zu gewährleisten. Im Jahr 2015 erarbeitete daher UNICEF gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium und zahlreichen Verbänden die „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften“. Diese enthalten sechs Forderungen:

- Es ist ein einrichtungsinternes Schutzkonzept zu entwickeln, das auf der Einhaltung und Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte basiert und den Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in allen Bereichen der Unterkunft gewährleistet.
- Personal und Personalmanagement sind dem Schutzkonzept verpflichtet und das Personal wird dementsprechend sensibilisiert und weitergebildet.

- Der Schutz ist durch interne Strukturen und externe Kooperation sicherzustellen, z.B. durch feste Ansprechpersonen, Information der Bewohnerschaft über ihre Rechte, vor allem aber
- über eine standardisierte Verfahrensweise bei Verdacht auf Gewalt, vergleichbar mit den Verfahrensweisen z.B. bei Kindeswohlgefährdung oder häuslicher Gewalt, die in der Stadt Nürnberg für die Gesamtbevölkerung entwickelt worden sind.
- Es sollen menschenwürdige, schützende und fördernde Rahmenbedingungen geschaffen werden, wobei es vor allem um bauliche Maßnahmen, d.h. Schutzräume, Rückzugsmöglichkeiten und kinderfreundliche Räume geht.
- Ein Monitoring der Umsetzung des Schutzkonzepts soll stattfinden.

Schon bevor die Mindeststandards veröffentlicht wurden, hat die Stadt Nürnberg sich mit dem Thema Schutz von Kindern und Frauen in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften (GU) befasst und hat versucht, die Rahmenbedingun-

gen und Standards in den Einrichtungen menschenwürdig zu gestalten, z.B. durch die lange Zeit durchgehaltene Linie, eher kleinere Häuser zu akquirieren, um gedeihliches Zusammenleben zu fördern, durch frühzeitige Verfahrensabsprachen mit dem ASD zur Vorgehensweise bei Kindeswohlgefährdung (vgl. Leitlinie 3) und durch das konsequente Beauftragen von Sozialbetreuung ab dem ersten Belegungstag.

Unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der GU herrschen ganz überwiegend sozialer Friede und ein störungsfreies Zusammenleben. Nach Aussagen der Polizei sind die Unterkünfte hinsichtlich Ereignismeldungen nicht auffälliger als die „normalen“ Haushalte in der Stadt Nürnberg. Wenn es Meldungen gibt, betreffen diese – wie auch in den „Normalhaushalten“ – Fälle von innerfamiliären Auseinandersetzungen und häuslicher Gewalt. Grund genug, Schutz- und Hilfesysteme zu installieren, ohne in „Alarismus“ zu verfallen. Problematischer waren die großen Not-GU, die ab dem vierten Quartal 2015 bis Ende 2016 eingerichtet werden mussten, in denen bis zu 600 Menschen in einem Objekt auf engstem Raum untergebracht waren und in denen zahlreiche Konflikte entstanden und Polizeieinsätze gefahren werden mussten (vgl. Leitlinie 9).

Von Beginn an (ab April 2016) hat sich die Stadt Nürnberg mit zwei Modellstandorten, finanziert durch das Bundesfamilienministerium und die UNICEF, an dem Modellprojekt „Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften“ beteiligt. Träger der Modellprojekte ist das BRK, Kreisverband Nürnberg. Im April 2016 startete das Projekt in der Not-GU Tillystraße. Nach der Schließung der GU Ende 2016 zog das



Projekt in die städtische GU in der Eilgutstraße um. Hier wird ein Schutzkonzept entwickelt und umgesetzt, das vor allem auf die Familien im Familiennachzug zugeschnitten ist, die in der GU Eilgutstraße zentral untergebracht werden, bevor die weitere Verteilung stattfindet.

Seit August 2016 arbeitet eine zweite Gewaltschutzkoordinatorin des BRK in der städtischen GU Schloßstraße, mit etwa 200 Bewohnerinnen und Bewohnern eine der wenigen großen städtischen GU. An beiden Standorten gibt es

- ein Schutzkonzept,
- passend ausgestattete Gemeinschaftsräume für Frauen und Kinder bzw. Familien,
- kind-, frauen- und familienbezogene Angebote von ehrenamtlichen und professionellen Helfenden,
- Frauen- und Familienberatung,
- Multiplikatorenarbeit (Schutzkonzept als Teil der Einführungsveranstaltung für Ehrenamtliche, Schulungen zur Umsetzung des Schutzkonzepts, Konsultationen mit den Hauptamtlichen der Sozialberatung).

In einer zweiten Fördertranche ab 2017 wurde ein weiteres Projekt in der Stadt Nürnberg vom Bundesfamilienministerium gefördert: AWO und BRK haben in Kooperation mit dem Frauenhaus Nürnberg eine Schutzunterkunft für geflüchtete Frauen in Betrieb genommen. Aus den Erfahrungen der bereits in Nürnberg existierenden Frauenunterkünfte erscheint es notwendig, für von Gewalt betroffene geflüchtete Frauen eine geschützte Einrichtung, angelehnt an die Prinzipien eines Frauenhauses (Besuchsverbot für Männer, Beratung auch zur Gewalterfahrung, Trennungsberatung usw.), einzurichten.

Schon seit Anfang 2015 betreibt die Stadt Flüchtlingsunterkünfte als reine Fraueneinrichtungen. Jede alleinstehende Frau, die zuwandert, wird gefragt, ob sie in eine reine Fraueneinrichtung möchte und ihrem Wunsch entsprechend untergebracht. Wenn im Verlauf des Aufenthalts in einer gemischt belegten GU der Wunsch entsteht, in eine Frauen-GU umzusiedeln, wird durch die Objektbetreuung

der Fachstelle für Flüchtlinge im Sozialamt die betroffene Frau ebenfalls sofort umverlegt. Derzeit gibt es vier reine Frauen-GU im Stadtgebiet mit insgesamt 66 Plätzen. In diesen Unterkünften ist allerdings – weil kein „Frauenhauskonzept“ besteht – der Besuch von Männern erlaubt, die Dienste durch Sozial- und Objektbetreuung des Sozialamtes können nicht viel über das übliche Maß hinausgehen.

Seit März 2016 gibt es in Nürnberg zudem eine kleine Unterkunft mit zehn Plätzen für LGBTQI⁶ mit einem speziellen Betreuungskonzept von Betroffenen für Betroffene, mit dem Fliederlich e.V. beauftragt ist. Zwischenzeitlich wurden zwei weitere Unterkünfte mit zehn und mit 15 Plätzen in Betrieb genommen.

Ähnlich wie im Schutzkonzept des BMFSFJ und der UNICEF gefordert, hat die Verwaltung bei den städtischen GU eine Reihe von Kooperationen verabredet, die dem Schutz verwundbarer Gruppen in den GU dienen. Dies sind vor allem

- Kooperation und Verfahrensabsprachen mit dem ASD im Jugendamt; wenn ein Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung in einer Unterkunft entsteht, sind Meldewege und Vorgehensweise bei allen Beteiligten bekannt und werden zuverlässig umgesetzt;
- Einbindung der Fachstelle für Flüchtlinge in das Hilfsangebot für Frauen (Teilnahme an Arbeitskreisen und Fachveranstaltungen, Beratung durch das Frauenbüro, das Frauenhaus, das Internationale Frauencafé usw.);
- Kooperation und Verfahrensabsprachen mit der Polizei bei Einsätzen im Rahmen von häuslicher Gewalt in GU: der „Störer“ kann weggewiesen werden (Aufnahme in einer von drei dafür vorbereiteten Einrichtungen mit Wachdienst rund um die Uhr) nach dem Prinzip „Wer schlägt, der geht“;
- bei Fällen von Gewalt gegen Frauen werden obligatorisch Mitarbeiterinnen der Regeldienste hinzugezogen und machen ein „proaktives“ Beratungsangebot entsprechend dem „Nürnberger Weg“.

Wichtig sind ebenso Kooperationen mit Verbänden, um Geflüchtete für Themen wie Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Kinderschutz und Gleichberechtigung zu sensibilisieren. Der Grundstein hierzu wurde in vielen Fällen im Projekt „Alltagsbildung für Flüchtlinge“ gelegt (vgl. Leitlinie 9). Neben dem konkreten Schutzbedürfnis geht es bei den Kooperationen auch häufig darum, Geflüchteten Verhaltenssicherheit in einer neuen Kultur zu geben, die vielfach einen anderen Umgang mit Geschlechterrollen, Sexualität oder Kindererziehung pflegt, was mitunter zu Irritationen führt. Kooperationspartner sind z.B.

- ProFamilia (Sexuelle Bildung, Partnerschaftsfragen),
- Jadwiga und Frauenberatung Nürnberg (Beratung zu und Sensibilisierung für häusliche Gewalt, Zwangsheirat, Menschenhandel),
- Degrin e.V. (Angebote für Männer zu Geschlechterrollen, Ehrbegriff u.a.),
- Treffpunkt e.V. (Angebote für Väter und junge Männer, Frauenintegrationszentrum),
- AWO Elternbildungsprogramme (Elterngesprächsrunden in GU),
- der Deutsche Kinderschutzbund (Förderung von Selbstwirksamkeit und Selbstbewusstsein bei Kindern),
- das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg (Workshop Freiheit & Würde),
- das Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg (Elternlotsinnen) u.a.



Weitere Informationen:

www.bmfsfj.de





Geschlechtsspezifische Mädchenarbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und eine eigene geschlechtliche Identität ein wesentliches Moment jeder persönlichen Identität bleibt, ist Status Quo des Fachdiskurses. Geschlechtsspezifische Mädchenarbeit ist deshalb Grundprinzip und Querschnittsaufgabe in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Mädchen und junge Frauen sollen gefördert, Benachteiligungen verhindert oder abgebaut werden: Hierzu gehören geschlechtsreflektierte Angebote, die spezifische Mädchen- und Jugendthemen aufgreifen, Freiräume zum Ausprobieren und Entwickeln eigener Einstellungen und Kompetenzen in Mädchen-Tagen und Gruppen, Wochenend- und Ferienfahrten, Workshops, Ferienangeboten, Junge-Mütter-Treffs etc. schaffen. Vernetzung geschieht u.a. im Mädchen-Arbeitskreis Nürnberg. Er besteht seit 1986 als Gremium des Fachaustausches, der Fachdiskussion, der gegenseitigen Unterstützung und ist Wiege etlicher Kooperationspro-

jekte. Die Verabschiedung des Konzeptes „Mädchen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ durch den Jugendhilfeausschuss 1997, die auch der Mädchen-AK sehr begrüßte, schaffte den Rahmen und die Verbindlichkeit für flächendeckende Mädchenarbeit.

Aktuelle, im Arbeitskreis entstandene Projekte sind z.B. das Mädchencamp, an dem sechs Einrichtungen ca. 65 Mädchen einladen, sich eine Woche als „Heldinnen“ kennenzulernen. Der Berufe-Infotag für Mädchen, geplant von vier Einrichtungen, verschafft Mädchen die Gelegenheit aus erster Hand Informationen zu handwerklichen und MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu bekommen, die für sie aufbereitet werden. Die Idee zum Mädchenkalender „MiA – Mädchen in Aktion“ entstand ebenfalls im AK. Die Umsetzung begann 2009 als Kooperationsprojekt Nürnberger Fachfrauen, das sich zu





einem regional basierten Informationsmedium für Mädchen und junge Frauen entwickelte. Ziel war, Themen Mädchenspezifisch zu behandeln, Infos und Hilfestellungen zu geben und mit Spaß durch das Jahr zu begleiten. Nürnberger Fachstellen, Jugendschutz, Suchtprävention u.a. lieferten immer wieder Beiträge. Der Kalender 2016/ 2017 griff mit dem Motto „Colourful Life“ Ressentiments gegenüber geflüchteten jungen Menschen auf. Mit dem Thema „Selbständig und Erwachsen werden“ der Ausgabe 2017/2018 verabschiedete sich das Medium; ein neues Projekt, das ebenfalls regional aufgestellt sein soll, ist in Vorbereitung.

Auch das Netzwerk Mädchenarbeit Mittelfranken forciert seit Jahren regionale Kooperationen. Das umfangreichste Projekt stellte bislang die mittelfränkische Kampagne „Uns geht's ums Ganze“ dar. Nürnberg beteiligte sich mit 20 Veranstaltungen, Workshops, Fahrten, Projektwochen für Mädchen und junge Frauen, die sich mit sexueller Selbstbestimmung auseinandersetzen und geschlechtsbezogene Inszenierungsformen jenseits von Rollenklischees finden konnten. Die Abschlussdokumentation der Kampagne erschien im Oktober 2016. Seit 2014 bereiten Fachfrauen aus Nürnberg, Fürth und Erlangen unter dem Label „Immer dieser Mädchenkram“ regionale Fachtage zur Mädchenarbeit mit ca. 70 Teilnehmerinnen vor. „Mädchen und Gewalt“ sowie „Work-Life-Balance“ waren die Themen der letzten beiden Fachtage.

In der Mädchen- und Frauenkommission des Bayerischen Jugendrings findet die Fachdiskussion auf bayerischer Ebene statt. Mit Handreichungen für die Praxis („Mädchen wollen mehr! Berufsorientierung für Mädchen – Kriterien und Standards für die Praxis“, „Pro Mädchen! Argumente für die Mädchenarbeit“) oder einem Begriffsinstrumentarium zu aktuellen Schlagworten erhalten Mitarbeitende der Kinder- und Jugendarbeit alltagstaugliche Hilfestellungen.

„Erhebt Euch – Befreit Euch – Tanzt!“ ist jährlich am 14. Februar das Motto in fast 100 deutschen Städten bei One Billion Rising, um die Stimme für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben von Frauen zu erheben. Der Flashmob für Nürnberg wird formal vom DGB Mittelfranken veranstaltet, mit dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, der Frauenbeauftragten, dem Jugendamt und mit finanzieller Unterstützung des Kulturreferats der Stadt Nürnberg, zudem beteiligen sich weitere Nürnberger Organisationen und Einrichtungen. Die weltweite Aktion One Billion Rising entstand nach Veröffentlichung einer UN-Studie, nach der weltweit eine von drei Frauen im Laufe ihres Lebens Gewalt erleiden muss.



Weitere Informationen:

www.uns-gehts-ums-ganze.de/mittelfranken





Vereinbarkeitsfragen und Antidiskriminierung in der Arbeit des Bündnisses für Familie

„Sexuelle Selbstbestimmung in der Kommune – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen für die Städte Nürnberg und Erlangen“ – so der Titel einer Studie des Centre for Human Rights an der FAU Erlangen-Nürnberg, die 2016 im Auftrag beider Städte publiziert wurde. Ziel dieser Studie ist es, die Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sowie die aktive Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung in der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit der Städte Nürnberg und Erlangen zu stärken und als Querschnittsthema zu verankern. Der Stab Familie unterstützte diese Studie mit einem Experteninterview und durch Bereitstellung eigener Publikationen für die Analyse der Forschungsgruppe.

Im Jahr 2017 fand in Nürnberg erstmals eine „Väterwoche“ statt, organisiert durch den Ansprechpartner für Männer der Stadt Nürnberg. Das Bündnis für Familie gestaltete die Eröffnungsveranstaltung mit einer Lesung des Autorenpaars Stefanie Lohaus und Tobias Scholz. Sie gehen in ihrem Buch „Papa kann auch stillen“ auf die Probleme junger Eltern ein, Kind, Job und Hausarbeit tatsächlich partnerschaftlich unter einen Hut zu bekommen.



Weitere Informationen:

www.bff-nbg.de



Weitere Informationen:

www.izgdd.fau.de/publikationen



Jungen-Zukunftstag Boys' Day



Der Boys' Day

Die Dienststellen des Referats für Jugend, Familie und Soziales beteiligen sich regelmäßig am Boys' Day. Zielgruppe des Aktionstages sind Jungen ab der 5. Klasse, die im Rahmen eines Tagesgesprächkurses ihre Talente in für Jungen untypischen Berufsfeldern erproben. Unternehmen, Schulen und Hochschulen sowie Einrichtungen aus den Bereichen Bildung und Erziehung, Gesundheit, Soziale Arbeit oder Gleichstellung laden ein. Bundesweit erhalten dadurch tausende Schüler Einblicke in Berufe und Studienfächer, in denen noch wenige Männer arbeiten. Der Tag setzt hier einen wichtigen Impuls: Er ermuntert Jungen über ihre Berufs- und Studienwahl sowie ihre Zukunft nachzudenken. Beispielhaft seien nachfolgend die Aktivitäten des NürnbergStift genannt, das sich 2018 zum vierten Mal an der bundesweiten Kampagne beteiligen wird.

Im NürnbergStift findet der Boys' Day jedes Jahr im August-Meier-Heim statt, wo in entspannter Atmosphäre mehrere Praxisstationen und Themenfelder zu verschiedenen Aspekten von Pflege und Betreuung aufgebaut und präsentiert werden. Mit Hilfe eines „Age-Simulator-Anzugs“ können die Jungen dann beispielsweise

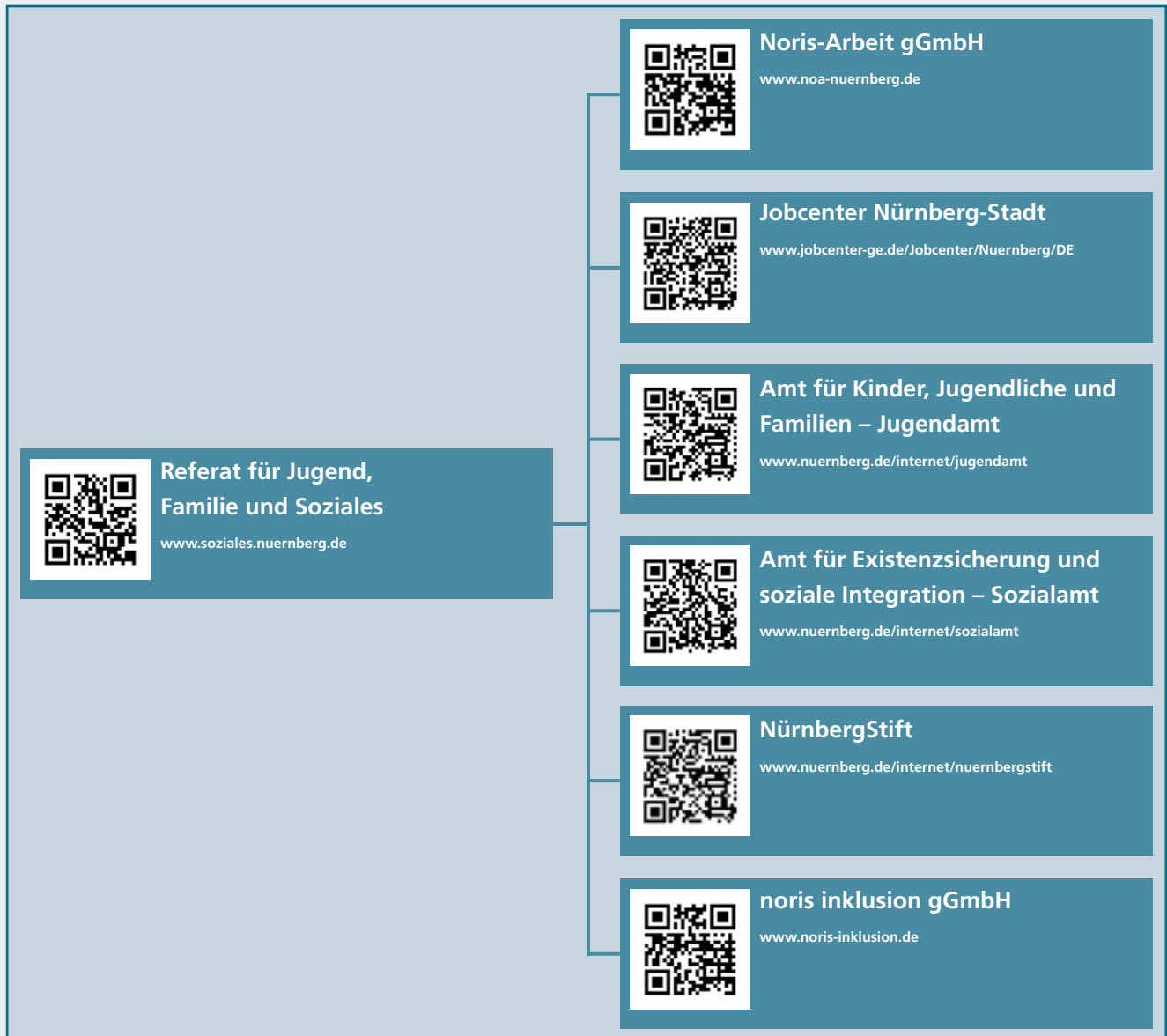
se am eigenen Leib erfahren, auf welche Weise körperliche Veränderungen, Sehbehinderungen oder krankheitsbedingte Beeinträchtigungen das Körpergefühl und die Sicherheit eines alten Menschen beeinflussen. Mit einer „Schwarzlichtbox“ werden Fragen zur persönlichen Hygiene und eine korrekte Händedesinfektion im Wortsinne sichtbar gemacht, aber auch die Funktionsweise eines elektrischen Pflegebetts kann erklärt und getestet werden. Durch einen Besuch in der Tagesbetreuung für Menschen mit Demenz werden schließlich noch jenseits von Technik und medizinischen Fragestellungen die Anforderungen an soziale Kompetenzen und die eigene Sensibilität spürbar.

Zum Tagesabschluss findet stets eine Feedbackrunde statt, bei der die Jungen ihre Meinungen und Beobachtungen teilen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass durch den Boys' Day wohl nur im Ausnahmefall eine konkrete Entscheidung zur Ausbildung als Altenpfleger angebahnt wird – dass die Erlebnisse und Gespräche eines solchen Tages jedoch dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und das Image des Berufsbilds als „reiner Frauenberuf“ aktiv zu verändern.



1. Organisationseinheiten

Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales



Kontaktadressen

Referat für Jugend, Familie und Soziales

Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-23 80
Telefax 09 11 / 2 31-55 10
E-Mail ref.v@stadt.nuernberg.de

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt

Dietzstr. 4
90443 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-25 34 und 09 11 / 2 31-32 05
Telefax 09 11 / 2 31-84 77
E-Mail jugendamt@stadt.nuernberg.de

Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt

Dietzstr. 4
90443 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-23 35 (Dienststellenleitung)
und 09 11 / 2 31-23 15 (Auskünfte, Beratung und Beschwerden)
Telefax 09 11 / 2 31-58 80
E-Mail sha@stadt.nuernberg.de

NürnbergStift

Zentrale Verwaltung
Regensburger Str. 388
90480 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 15 31-80 0
Telefax 09 11 / 2 15 31-98 00
E-Mail nuest@stadt.nuernberg.de

Noris-Arbeit gGmbH

Allersberger Str. 130
90461 Nürnberg
Telefon 09 11/58 63-0
Telefax 09 11/58 63-23 8
E-Mail noris.arbeit@noa.nuernberg.de

noris inklusion gGmbH

Bertolt-Brecht-Str. 6
90471 Nürnberg
Telefon 09 11/4 75 76-11 00
Telefax 09 11/4 75 76-11 09
E-Mail info@noris-inklusion.de

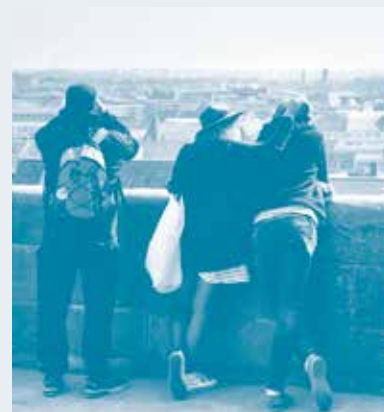
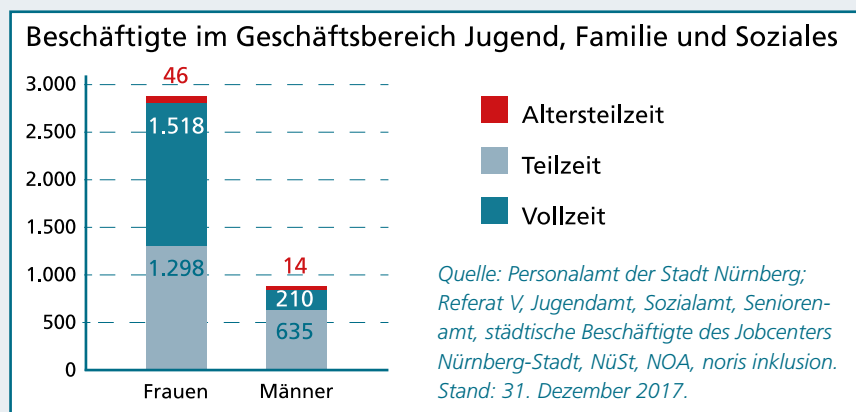
Jobcenter Nürnberg-Stadt

Fichtestr. 45
90489 Nürnberg
Telefon 09 11/58 66-501
Telefax 09 11/ 58 66-590
E-Mail jobcenter-nuernberg@jobcenter-ge.de

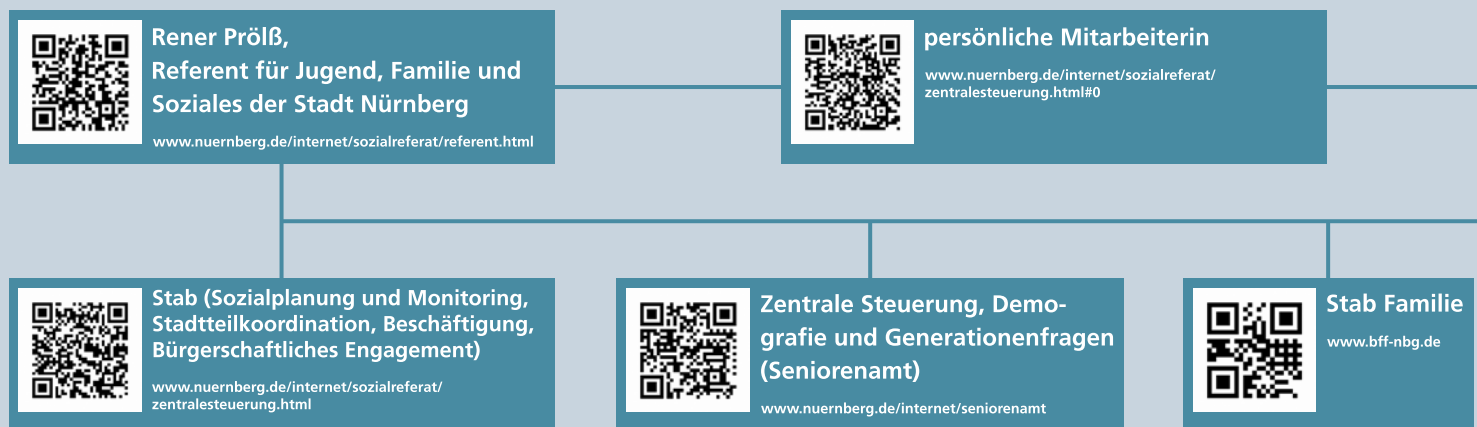
	Frauen				Männer					
Dienststelle	insg.	VZ ¹	TZ ²	ATZ ³	insg.	VZ ¹	TZ ²	ATZ ³	insg.	Frauenanteil
Referat/Seniorenamt	34	17	16	0	19	18	1	0	53	62%
Sozialamt	233	106	125	2	101	78	20	3	334	70%
Jobcenter	131	88	43	0	59	52	7	0	190	69%
Jugendamt	1.733	834	868	31	336	232	96	8	2.069	84%
NOA gGmbH	99	43	56	0	90	70	20	0	189	52%
NOA.kommunal	31	13	18	0	35	33	2	0	66	47%
noris inklusion	175	46	129	2	122	89	33	0	297	59%
NürnbergStift	425	151	263	11	97	63	31	3	522	81%
Gesamt	2.861	1.298	1.518	46	859	635	210	14	3.720	77%

¹Vollzeit, ²Teilzeit, ³Freistellungsphase der Altersteilzeit

Quelle: Personalamt der Stadt Nürnberg, NürnbergStift, Noris-Arbeit gGmbH, noris inklusion, Stand: 31. Dezember 2017.



Die Dienststelle Referat für Jugend, Familie und Soziales



Systematische Personalentwicklungs- und Fortbildungsplanung

Die Umsetzung der im Orientierungsrahmen festgehaltenen Leitgedanken für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik, ist Aufgabe aller Mitarbeitenden im Geschäftsbereich des Referats V. Um sie dabei zu unterstützen und sie bei den Entwicklungen in der eigenen Berufs- und Lebensbiographie zu begleiten sowie die Weiterentwicklung der Organisationseinheiten zu fördern, wurde im Herbst 2013 die Fachstelle Personalentwicklung und Fortbildung für soziale Berufe (PEF:SB) gegründet. Die Arbeit der Fachstelle ist als langfristig orientierter Prozess angelegt, der eng mit den Aufgabenstellungen des Personalamts, den Führungskräften und der Personalvertretung verbunden und zu koordinieren ist. Die Vielfalt an spezialisierten Tätigkeitsfeldern im Geschäftsbereich unterstreicht hierbei die Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Personalentwicklung, die über die angebotsorientierte Ausgestaltung eines klassischen (Fort-)Bildungsprogramms hinausgeht.

Grundlage für eine bedarfsorientierte Ausgestaltung der Angebote der Fachstelle stellt der jährlich implementierte Prozess der PE-/ Fortbildungsplanung in den verschiedenen Dienststel-

len des Referats dar. Ziel des Prozesses ist eine zielgerichtete und systematische Ermittlung der Bedarfe, die Freiräume für eine individuelle Ausgestaltung in den einzelnen Organisationseinheiten lässt. Neben den Entwicklungsbedarfen, die sich aus der strategischen Ausrichtung der Stadt Nürnberg und des Referats ergeben, sowie von Fachkräften sozialer Berufe der Städteachse Schwabach-Erlangen-Nürnberg-Fürth und Freier Träger berücksichtigt. Die Umsetzung wird durch eine breite Kommunikations- und Informationsstruktur sowie durch eine systematisierte Beteiligung aller Hierarchieebenen und der Personalvertretung sichergestellt. Dadurch wird das Vorgehen für alle Beteiligten transparent gestaltet und möglichst alle Mitarbeitenden und Führungskräfte aus den unterschiedlichen Ebenen der Dienststellen können erreicht werden.

Diese gezielte und systematische PE-/Fortbildungsplanung ist Teil der kontinuierlichen Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung der Fachstelle und leistet einen Beitrag dazu, dass die fachlichen und sozialen Qualifikationen und Kompetenzen der Mitarbeitenden im Geschäftsbereich bewahrt und entsprechend der sich laufend ändernden Anforderungen entwickelt werden.



Informations- und Koordinationsstelle Integration von Flüchtlingen

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/zentralesteuerung.html#14



Fachstelle Personalentwicklung & Fortbildung: Soziale Berufe

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/bildungsprogramm.html

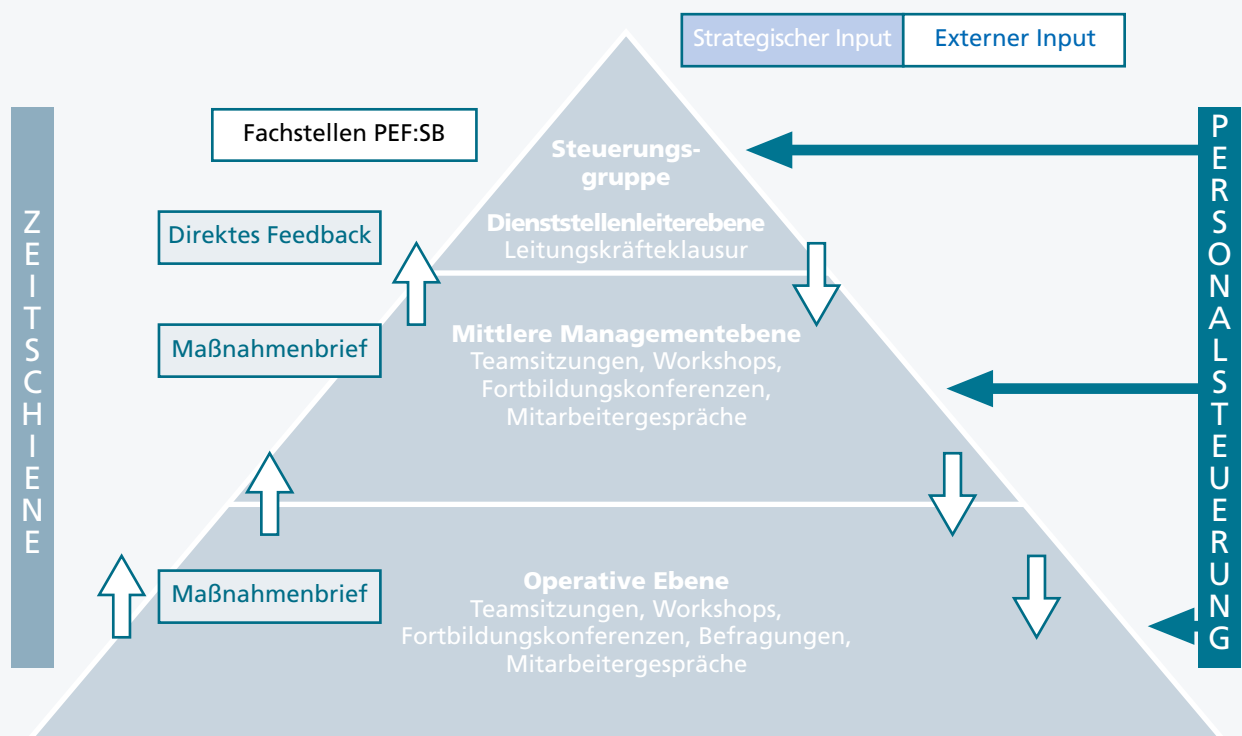


Verwaltung und Controlling

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/zentralesteuerung.html#37



Bedarfserhebung PE-/Fortbildungsplanung im Referat V



Quelle: Referat für Jugend, Familie und Soziales, Fachstelle PEF:SB, 2017.





2. Die Fachausschüsse: Jugendhilfe-, Sozialausschuss und Werkausschuss NürnbergStift

In der fachlichen Zuständigkeit des Referats liegen der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Werkausschuss NürnbergStift. Der Referent für Jugend, Familie und Soziales schlägt Themen vor und bringt Vorlagen ein; die Tagesordnung wird vom Oberbürgermeister unterzeichnet. Das Erarbeiten von Ausschussunterlagen obliegt den Ämtern im Geschäftsbereich bzw. dem Eigenbetrieb NürnbergStift sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Referat.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt der Häufigkeit der Sitzungen und der Anzahl der Tagesordnungspunkte nach den ersten Rang ein. Er tagte in den Jahren 2016 acht und 2015 zehn Mal und beriet dabei an die 120 Tagesordnungspunkte. Darunter fielen drei gemeinsame Sitzungen mit dem Schulausschuss.
- Der Sozialausschuss tagte in den Jahren 2016 sechs Mal und 2017 fünf Mal, darunter zweimal gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss.
- Der Werkausschuss NürnbergStift (NüSt) tagte 2016 fünf Mal und im Jahr 2017 vier Mal und beriet knapp 30 Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung.
- Im Plenum des Stadtrats war der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales mit 14 Beiträgen vertreten. Neben dem Beschluss

personeller Veränderungen im Jugendhilfeausschuss waren die Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturentwicklung (gemeinsam mit dem Geschäftsbereich 3. Bürgermeister Schule und Sport), die Situation Geflüchteter, der Zweite Nürnberger Familienbericht sowie der Wirtschafts- und Finanzplan des Eigenbetriebs NürnbergStift Gegenstand der Beratung.

Eine Liste aller in den Ausschüssen behandelten Tagesordnungspunkte findet sich im Internetauftritt des Referats für Jugend, Familie und Soziales. Über das elektronische Ratsinformationssystem der Stadt Nürnberg sind alle Tagesordnungen öffentlicher Sitzungen und die Vorlagen des Stadtrates und seiner Ausschüsse einsehbar.



Weitere Informationen:

www.stadtrat.nuernberg.de



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/ausschuesse.html

Jahresbericht

2016/2017

Stadt Nürnberg

Referat für Jugend, Familie und Soziales

Hauptmarkt 18

90403 Nürnberg



Weitere Informationen:

www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/jahresbericht.html